

I. germ.

10

h

T. germ.
10^h

Bergius

<36613648620019

<36613648620019

Bayer. Staatsbibliothek

DIE

PREUSSISCHEN GEWERBEGESETZE.

VON

CARL JULIUS BERGIUS.

LEIPZIG.

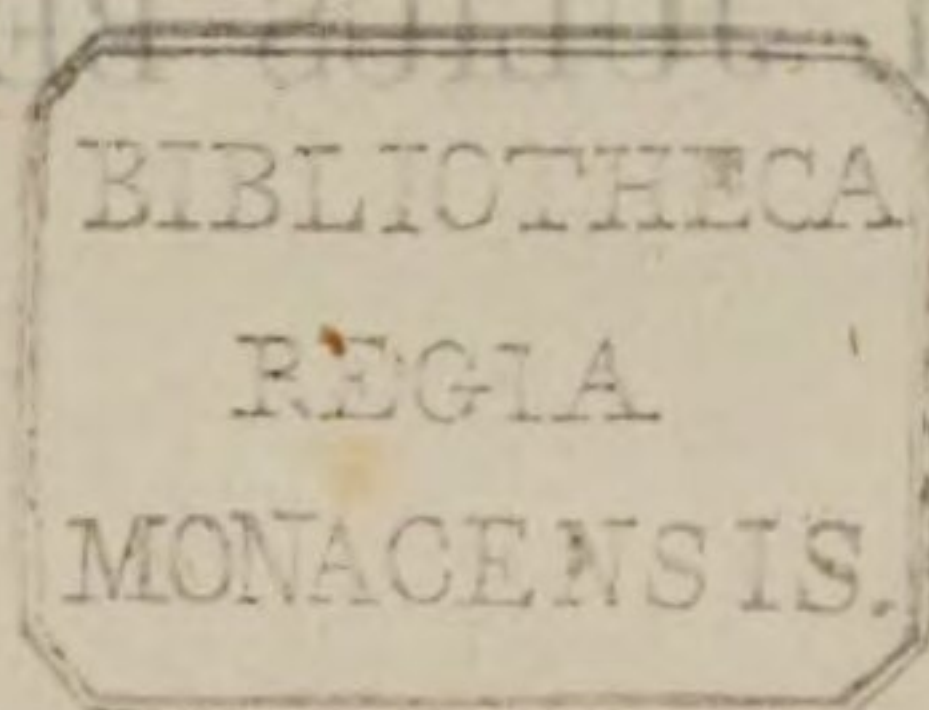
VERLAG VON HEINRICH HÜBNER.

1857.

78 = A.

Jede politische Veränderung, die nicht eine gute wirthschaftliche Umgestaltung herbeiführt, masst sich einen ihr nicht zustehenden Namen an, wenn sie sich als Fortschritt betitelt. — Es giebt ein Werk, für welches alle Triebfedern der Gesellschaft angespannt, in Rücksicht auf welches alle Gesetze so viel als möglich koordinirt werden müssen; ich spreche von der Verbesserung des Looses der grossen Mehrheit. Die Arbeitsfreiheit, im weitesten Sinne genommen, muss ein mächtiger Helfer für dieses Werk sein. Für die ungeheure Mehrheit der Menschen, deren einziges Vermögen in der Arbeit liegt, ist und bleibt die Arbeitsfreiheit die positive und praktische Freiheit. Durch sie wird der Fortschrittsgeist alle Produktionszweige beleben, und allmählig das Problem des wohlfeilen Lebens gelöst werden, dessen Erledigung den modernen Gesellschaften um ihrer Ehre und Sicherheit willen geboten ist. Unter dem Schirm der Arbeitsfreiheit wird sich jener Wohlstand verallgemeinern, der für die Mehrheit die nothwendige Grundlage des geistigen und des moralischen Fortschrittes bildet.

MICHEL CHEVALIER (1847).



Inhalt.

	Seite
Einleitung	1
I Sind Gewerbe Gesetze nöthig?	10
II. Die Gesetzgebung bis 1845	33
III. Gewerbefreiheit und Gewerbesteuern	56
IV. Die Gesetzgebung seit 1845	71
V. Schlussbetrachtungen	82

Inhalt

Seite

I

10

33

58

71

82



Einleitung.

In früheren Zeiten war die gewerbliche Gesetzgebung im Preussischen Staate in ihren Grundlagen im Ganzen nicht viel anders, als in den meisten Ländern Europa's. Im Lauf des gegenwärtigen Jahrhunderts hat sie aber Veränderungen mancher Art erfahren, und daher ist es wohl an der Zeit, sich diese Veränderungen zu vergegenwärtigen und zu erwägen, ob und in wie weit sie als Fortschritte oder als Rückschritte anzusehen sind.

Britische Staatsmänner heben bei öffentlichen Versammlungen gern hervor, dass der Freihandel in keinem Lande schon in so weitem Umfang zur praktischen Geltung gelangt ist, als in dem ihrigen. Unter Freihandel — Free Trade, Libre-Échange — ist aber nicht allein Handelsfreiheit, sondern auch dasjenige, was bei uns Gewerbefreiheit genannt wird, zu verstehen. Es ist dasselbe, was schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Physiokraten lehrten: Laissez faire et laissez passer!

C. J. Kraus (Staatswirthschaft IV Seite 349) kommt, nach Prüfung des Merkantilsystems und des physiokratischen Systems, zu dem Schluss, dass jedes System unhaltbar sei, das einseitige Begünstigungen oder Beschränkungen beabsichtigt. „Schwinden nun solchergestalt alle begünstigenden als beschränkenden Systeme bei genauerer Prüfung hinweg; so behauptet sich von selbst das klare und einfache System der natürlichen Gewerbefreiheit. Nach diesem wird es Jedermann überlassen, so lange er die Gesetze der Gerechtigkeit nicht verletzt, seinem Interesse auf seinem eigenen Wege nachzugehen und seinen Fleiss und Verlag mit jedes andern Menschen Fleisse und Verlage in Concurrenz zu bringen.

Der Landesherr ist völlig von einer Pflicht entbunden, bei welcher er, sobald er sie auszuüben versucht, unzähligen Täuschungen ausgesetzt sein muss, und zu deren gehöriger Ausübung keine menschliche Weisheit oder Wissenschaft jemals hinreichen kann: von der Pflicht, über den Gewerbefleiss der Privatpersonen die Oberaufsicht zu führen und solchen auf die dem Interesse der Staatsgesellschaft angemessensten Beschäftigungen zu leiten.“

Wenn man nun auch annehmen darf, dass der praktische Freihandel in England jetzt auf die Dauer gesichert ist, so gebührt doch den Männern, welche Preussen in dem Decennium nach dem Tilsiter Frieden besser wiederherstellten, als es vor der Schlacht von Jena gewesen war, das Verdienst, dass sie die Richtigkeit des Prinzips des Freihandels — zu einer Zeit, als England noch sehr weit davon entfernt war — klar erkannten, in den Gesetzen ausdrücklich aussprachen und nicht ohne Erfolg zur praktischen Geltung zu bringen bestrebt waren.

In Frankreich lagen unter Ludwig XVI. Handel und Gewerbe in den Banden des strengsten Zunftzwanges. Die damaligen Einrichtungen gingen bis auf Heinrich III. zurück, der zuerst den Satz ausgesprochen hat, nur der König verleihe das Recht auf Arbeit, ein Wort, welches die ganze Lehre der Socialisten in monarchischer Fassung in sich enthält. Die Meister jedes Handwerks handhabten darin die innere Ordnung, liessen Keinen ausser ihrer Zahl zur Ausübung desselben zu, nahmen Niemanden auf, der sich nicht vor ihnen einer Prüfung seiner Fähigkeiten unterzogen hätte. Anfangs blieben viele Gewerke von dieser Organisation verschont, bis auch hier die Finanznoth des Staats zerstörend eingriff, und den Handwerkern das Zunftrecht wie den Richtern die Aemter verkaufte. Bald ging man weiter, theilte vorhandene Handwerke in mehrere Zünfte, und stempelte die geringfügigsten Erwerbszweige zu zunftmässigen Handwerken um. So gab es Ebenisten neben den Schreibern, Trödler neben den Schneidern, Pastetenhändler neben den Bäckern. Die Obstweiber wie die Blumenmädchen bildeten geschlossene mit Statuten versehene Innungen; in den Zünften der Näherinnen, Stickerinnen, Putzmacherinnen durften nur Männer das Meisterrecht erwerben. Eine Menge dieser Statuten erschwerten dem fähigsten Gesellen die Meisterschaft durch übertriebene Gebühren, eine kaum geringere liess überhaupt nur die Söhne der Meister oder die zweiten Männer verwittweter Meisterinnen zu. Kurz, der Missbrauch der

Staatsgewalt zum Nutzen bevorzugter Einzelinteressen trat in der grellsten Weise hervor. Wer einmal nicht zu dieser Aristokratie des Handwerkes gehörte, hatte keinen Weg, durch seiner Hände Arbeit anders als in ewiger Dienstbarkeit zu leben. Die Bauern, welche die Verzweiflung des Hungers in die Städte trieb, fanden kein Gewerbe als den Tagelohn ihren Bestrebungen geöffnet. Was das System dem Staate bedeute, empfand man sehr wohl auf beiden Seiten, bei den Bevorzugten wie bei den Hintangesetzten. Als Turgot 1776 die Zünfte sprengte, erklärte das Pariser Parlament, Prinzen, Pairs und Doctoren einhellig: alle Franzosen seien in feste Körperschaften getheilt, deren Kette vom Throne an bis zum niedrigsten Handwerk ein Ganzes bilde, unentbehrlich zur Existenz des Staates, unauflöslich, wenn nicht alle gesellschaftliche Ordnung zu Grunde gehen sollte. Es dauerte nicht lange, so wurden hiernach die Zünfte hergestellt.

So ging es überhaupt mit den Massregeln Turgot's, des grössten Reformators seiner Zeit. Alle Klassen der Privilegirten erhoben sich dagegen und sahen ihre ganze bisherige Existenz gefährdet. Hofleute, Parlamente, adlige Grundherren und zünftige Handwerker setzten sich mit hitzigem Geräusch zur Wehre. Zum ersten Male sah man damals in Paris, was seitdem in so furchtbarer Steigerung sich wiederholen sollte, dass die Polizeibehörden der Hauptstadt, dieses Mal im Interesse der Privilegirten, selbst den Pöbelaufstand gegen die Krone anfachten. Ludwig fand im Anfange, dass er und Turgot allein das Volk liebten, und war fest gegen den Strassentumult und das Parlament; aber hatte dann keine Waffe gegen die eigene Ermüdung und den bohrenden Einfluss seiner täglichen Umgebung. Nach kaum andert-halbjähriger Verwaltung musste Turgot der Reaction des alten Staatswesens weichen, fast alle seine Schöpfungen brachen wieder zusammen.

Die Revolution kam, und aus den Decreten der National-Versammlung vom 4. August 1789 ging die Freiheit der Arbeit, die Gleichheit des Rechts und die Einheit des Staates hervor. An diesem Tage wurden die Zünfte für aufgehoben und die Gewerbefreiheit erklärt. Die Gewerbefreiheit war auf der Stelle thatsächlich ins Leben getreten, nicht ohne mancherlei Verwirrung und Verluste, aber von Anfang an schöpferisch und kraft-erzeugend. Es dauerte jedoch bis zum März 1791, ehe sie förmlich durch ein Gesetz sanctionirt, und in demselben jedem Fran-

zosen der Betrieb eines jeden Gewerbes unter der einzigen Bedingung, jährlich ein Patent zu lösen, verstattet wurde. Jede Fessel also zersprang, jede Art einer Organisation des Gewerbes wäre aber für den Einzelnen sogleich wieder eine Fessel gewesen; die National-Versammlung hatte keinen andern Gedanken, als jedem Einzelnen die unbedingte Anwendung seiner Kräfte zu überlassen. Ein Gesetz vom 14. Juni 1791 verbot auch alle Vereine von Arbeitern desselben Handwerks, die Einführung von Mitgliederlisten, Vereinskassen und Behörden, als Erneuerung der aufgehobenen Zünfte. Wir haben in unseren Tagen von der feudalen wie von der socialistischen Partei sehr viel gegen dies System der Vereinzelung, des Atomismus und Egoismus vernommen. Alles, was seitdem gesagt worden ist, fasste übrigens schon damals Marat in den Vorwurf zusammen, die National-Versammlung habe mit der freien Concurrenz die Losung zu industrieller Anarchie, Betrugerei und Verarmung gegeben. Indess ist jetzt die geschichtliche Erfahrung gross genug geworden, um die Thatsache ohne irgend einen Zweifel auszusprechen, dass die volle Freiheit der Arbeit in keinem Gebiete reicheren Ertrag als auf dem industriellen gebracht hat.

Die 1789 eingetretene Freigebung der inneren Concurrenz hat nicht blos die Masse des erzeugten Gutes gesteigert, sie hat auch die Vertheilung günstiger gestattet. Vor der Revolution hatte der Arbeiter fast um die Hälfte weniger Brod für seinen Lohn, als heutigen Tages. Bei den übrigen Nahrungsmitteln war das Verhältniss ähnlich, bei den Kleidungsstoffen aber noch ungünstiger. Im Ganzen genommen war Frankreich unter der alten Monarchie in Industrie und Gewerbe vierfach, in der Landwirthschaft dreifach, in dem Handel doppelt so arm als gegenwärtig.*)

Es ist keine Aussicht vorhanden, dass in Frankreich die Zünfte werden wiederhergestellt werden.

Wenn nun jetzt in Frankreich auch die Freiheit des auswärtigen Handels keinesweges so weit geht, wie in England, und derselbe, ähnlich wie bei uns, noch vielfach durch Zölle, die nicht lediglich Finanzzölle sind, erschwert und selbst durch Verbote beschränkt ist, so hat Preussen doch nicht, wie Frankreich, beinahe siebenzig Jahre Gewerbefreiheit genossen.

*) H. v. Sybel, Geschichte der Revolutionszeit von 1789 bis 1795. I. S. XLI bis L. 29. 196. 217—220.

In Preussen gewährte die Regierung eine Gewerbefreiheit, die vom Volk eigentlich nicht gefordert worden war. Es geschah dies in der Zeit nach dem Tilsiter Frieden, wo so Vieles geändert wurde, dass man die stattgefundenen — nicht gerade homöopathischen — Reformen allenfalls eine Revolution nennen könnte. Diese Reformen erfolgten auf Anrathen von Beamten mit tüchtiger wissenschaftlicher Bildung. Die Hauptstadt des Staats bekam erst 1810 eine Universität. Auf der Universität Königsberg hatte aber von 1781 bis 1807 Kraus gelehrt, und von ihm sagte Hüllmann im Jahre 1810 in der Vorrede zum fünften Band der Staatswirthschaft: „Bereichert mit vielfachen, in der Wirklichkeit gesammeltem, Stoff; ausgerüstet mit einem Geist, fähig, diesen Stoff zu prüfen, zu berichtigen, zu ordnen; durch Uebung in der Mathematik und Philosophie zu der Deutlichkeit im Vortrage gelangt, die dem Studium der Staatswirthschaft Jünglinge und Männer von verschiedenem Berufe gewann: hat der Verfasser durch einige seiner Schüler unverkennbar auf die neuesten Massregeln der Regierung gewirkt; er hat nachdrücklicher, als irgend ein Kathederlehrer, in das bürgerliche Leben eingegriffen. Zufällig ist gewiss nicht das Zusammentreffen der neuesten wichtigen, von der vaterländischen Provinz des Verfassers ausgegangenen, staatswirthschaftlichen Reformen, mit dem Eifer, womit Kraus viele Jahre in öffentlichen Vorlesungen (die wirksamer sind, als Bücher) auf diese Reformen gedrungen hat, und wovon die vorliegenden Hefte nur ein schwacher Nachklang sein können.“ Kraus hatte fortdauernd sehr volle Auditorien; er fand allgemeine Anerkennung und Achtung bei seinen Zuhörern und dem gebildeten Publikum. Und wie in den Behörden die Referendarien, Assessoren und jungen Räthe ganz in seinen Ansichten lebten und wirkten, so waren hochgestellte Staatsmänner mit Kraus eng befreundet, und mit eigener und lebhafter Ueberzeugung Vertheidiger und Anhänger seiner Ansichten und der Ideen Adam Smith's. *)

Nicht in der Weise, wie in Preussen damals geschehen, pflegen in England Reformen zu Stande zu kommen. Hören wir darüber zunächst eine Stimme aus England selbst: **)

*) Staatswirthschaft I. S. XIV. XIX. C. F. W. Dieterici, der Volkswohlstand im Preussischen Staate. S. 45.

**) Edinburgh Review. 1854. October. S. 565.

„Wir sind ein Volk, in dem die Individualität stark und dem die Freiheit des persönlichen Handelns besonders werth ist. Wir lieben es Alle, nicht allein unsere eigenen Angelegenheiten zu führen, sondern auch soviel wir können, zu thun, um die Angelegenheiten der Nation ebenfalls zu führen. In den Ländern des Continents ist die Freiheit des Individuums beinahe auf den Antheil beschränkt, den eine allgegenwärtige Regierung ihm nicht abnehmen kann, und sein Thun auf solche Dinge, die sie nicht für ihn thun kann; es ist so, als wenn ihm nur das zufiele, was von ihm selbst noch übrig bleibt. In diesem Lande lieben wir es, das Handeln der Regierung auf diejenigen Angelegenheiten, die wir, einzeln oder vereinigt, für uns selbst nicht gut abmachen können, und ihre Gewalt auf dasjenige, was nothwendig ist, um unsere persönliche Freiheit sicher zu stellen, zu beschränken. Die Regierung ist weniger unser Gewalthaber und Leiter, als die executive Macht, welche unsere Angelegenheiten ausführt. Wenn es sich von Aufstellung irgend eines neuen Princip, oder von Abstellung irgend einer ärgerlichen Beschwerde, oder von Einführung irgend einer wichtigen Reform handelt, so besteht das Verfahren auf dem Continent darin, dass eine Commission von besonders befähigten Männern bestellt, ein geheimer Bericht an das Ministerium erstattet, eine Regierungskase erlassen und die grosse Aenderung von oben nach unten durch die verschiedenen Unterbehörden durchgeführt wird. In England ist das Verfahren umgekehrt. Irgend ein Einzelner, der sich oft weder durch seine Stellung, noch sein Talent besonders auszeichnet, erkennt entschieden und klar das, was eingeführt oder abgeschafft werden muss — erkennt oft wirklich nur die Grösse des Uebelstandes oder die Wichtigkeit des Gegenstandes, ist aber gänzlich unbekannt mit den Mitteln, um dem Einen abzuhelpen oder das Andere zu erreichen; er steckt Andere mit seinem Eifer an und flösst ihnen seine Ueberzeugungen ein; eine Verbindung kommt entweder stillschweigend oder ausgesprochener Massen zu Stande; jedes Mittel, welches Erfahrung und Scharfsinn an die Hand geben mag, wird in Thätigkeit gesetzt, um ihre Ideen zu verbreiten; Jünger werden herangezogen, Aufklärung wird verbreitet; Versuche werden angestellt; Flugschriften werden in Umlauf gebracht; die Presse wird gewonnen; die Sache wird Jahr für Jahr im Parlament vorgebracht, bis zuletzt entweder beharrliche Vorstellungen und wiederholte Gründe das Ministerium oder irgend

ein Mitglied desselben veranlassen, „die Sache aufzunehmen,“ — oder sonst die allgemeine Meinung ganz aufgeregt ist, und der Geist der Nation mit Sturm genommen wird; die Erörterung geht in eine Agitation über; der Eifer steigert sich zur Schwärmerei; der rieselnde Bach wird ein reissender Fluss; und Täuschung und Hindernisse werden durch den unwiderstehlichen, gewaltigen Strom gänzlich beseitigt. Wenn wir zurückblicken, so werden wir finden, dass die Geschichte jeder grossen in diesem Lande bewirkten socialen Reform dieser Schilderung entsprochen hat. Kaum Eine ist von der Regierung ausgegangen, oder ist von ihr aufgenommen, ehe nicht der Geist der Nation für sie gewonnen war. Fast Alle waren das Werk von Individuen — beständig von ihnen angefangen, häufig durch sie durchgeführt — zuweilen mit nur schwacher Zustimmung des Parlaments, das einer populären Idee, welche es indessen nicht theilte, sich nicht widersetzen wollte; zuweilen mit der kalten und hochmüthigen Nachsicht der Administration gegen die „Stütze“ irgend eines wohlwollenden Vertheidigers, dessen Ansehen von Bedeutung ist, dessen Beistand sie nicht zu verlieren wünscht, und dessen Ansichten sie, obgleich sie dieselben für „seltsam“ und „verdriesslich“ hielt, eigene Ueberzeugungen nicht entgegenzustellen hatte. Die Parlamentsreform war eine Frage, welche die Macht einer Partei in sich schloss und war deshalb eine Ausnahme; aber die Nationalerziehung, die Gefängnisdisciplin, die Sklaverei und der Sklavenhandel, das Pennyporto, der Freihandel waren alles Fälle, welche unsere Schilderung beweisen und erläutern.“

In ganz ähnlicher Weise sprach sich 1845 auch ein Franzose aus, der England besser studirt und gekannt hat, als wohl die meisten Franzosen, nämlich Frederic Bastiat:

„Die constitutionelle Taktik, um zur Lösung einer grossen nationalen Frage zu gelangen, liegt in der Kunst der Agitation. Wir sind in dieser Art von Strategie noch Neulinge. Ich besorge nicht, die nationale Eigenliebe zu verletzen, wenn ich behaupte, dass eine lange Erfahrung den Engländern die, uns noch fehlende, Kenntniss der Mittel beigebracht hat, durch welche man einem Princip den Sieg verschafft, nicht durch ein Scharmützel eines Tages, sondern durch ein langsames, geduldiges, hartnäckiges Kämpfen; durch gründliche Discussion, durch Heranbildung der öffentlichen Meinung. Es giebt Länder, wo derjenige, welcher den Gedanken einer Reform erfasst, damit anfängt,

die Regierung zu ihrer Vornahme aufzufordern, ohne sich darum zu kümmern, ob die Gemüther auch vorbereitet sind, darauf einzugehen. Die Regierung würdigt die Sache nicht, und damit ist sie abgethan. In England wendet sich der Mann, welcher einen Gedanken hat, den er für erspriesslich hält, an diejenigen seiner Mitbürger, die mit derselben Idee übereinstimmen. Man verbindet sich, man organisirt sich, man sucht Proselyten zu machen; und schon bei dieser ersten Arbeit werden unpraktische Pläne ziemlich beseitigt. Wenn indessen die Idee an sich einen Werth hat, so gewinnt sie Terrain, durchdringt alle Schichten der Gesellschaft und verbreitet sich von Ort zu Ort. Die entgegengesetzte Idee ruft ihrerseits Verbindungen und Widerstand hervor. Das ist die Periode der öffentlichen, allgemeinen Discussion, der unaufhörlich erneuerten Petitionen und Motionen; man zählt die Stimmen des Parlaments, man misst den Fortschritt, und fördert ihn, indem man die Wählerlisten läutert, und wenn endlich der Tag des Triumphs kommt, so ist das Verdict des Parlaments nicht eine Revolution, es ist die Bekundung von dem Stande der Meinungen; die Reform des Gesetzes folgt der Reform der Ideen und man kann sicher sein, dass die populäre Eroberung auf immer sicher ist.“*)

Wie schon erwähnt, gewährte die Preussische Regierung Gewerbefreiheit, ohne dass das Volk sie gefordert hatte. Wenigstens hatte desfalls irgend eine Agitation nicht stattgefunden. Dass die Privilegirten damit unzufrieden waren, lässt sich denken; dass sie aber eine eigentliche Agitation für Abschaffung derselben zu Stande gebracht hätten, lässt sich ebenso wenig behaupten, als dass im Jahre 1848 eine solche ernstliche Agitation sich über den Kreis der Monopolsüchtigen hinaus verbreitet hätte.

Mit den Reformen in der gewerblichen Gesetzgebung war es eigentlich ebenso, wie mit den anderen Reformen, die seit 1807 stattfanden. Eine Bürgschaft der Dauer hatten sie nicht in sich. Sobald die Reaction für Beseitigung der Reformen die Beamten-schaft für sich gewinnen konnte, waren dieselben gefährdet. Denn in dem absoluten Preussen waren die Beamten ein mächtiges Element. Erst seit dem 6. Februar 1850, wo die Verfassung beschworen wurde, datirt das constitutionelle Preussen. Seitdem

*) Cobden et la Ligue ou l'agitation anglaise pour la liberté des échanges. Oeuvres complètes. III. S. 71.

ist in der gewerblichen Gesetzgebung noch nicht sehr viel geändert worden. Aber schon vor 1848 hatte die Gewerbefreiheit Beschränkungen erfahren. Hatte etwa der Einfluss der Beamten abgenommen, oder war überhaupt eine Zeit unwissenschaftlicher Beamten gekommen? Letzteres meinte Schön, der notorisch an den seit 1807 vorgenommenen Reformen einen erheblichen Antheil gehabt hatte.*)

*) Königsberg in Pr., den 19. Decbr. 1842.

Mit Ew. Wohlgeboren gefälliger Zuschrift vom 6. d. M. habe ich Ihre Schrift über unser Staats-Schuldenwesen erhalten, und danke Ihnen verbindlichst dafür. In unserer heutigen unwissenschaftlichen Beamten-Zeit macht es besondere Freude einen Beamten zu finden, der die Wissenschaft in ihrem Werthe erkennt, und der da weiss, dass der Beamte ohne Wissenschaft in seinem Fache bei weitem hinter dem Handwerker steht, indem dieser nur einen eng begränzten Kreis auszufüllen hat, und ihn in der Regel ausfüllt, für den Beamten aber, die Wissenschaft in ihrer Unerschöpflichkeit, den Kreis bildet.

Unser Schuldenwesen ist leider! durch augenblickliche politische Rücksichten, so zusammengesetzt geworden, dass, wenn wir einen wirklichen Finanzminister bekommen, dieser zunächst zur Einheit aufzuräumen, und eine grosse Anzahl Staatskostgänger zu entlassen haben wird. Auch hier heisst es: Gott hat die Welt (wie die Finanzen) einfach geschaffen, aber die Menschen suchen Künste, und weiter: Und wenn ihr nicht werdet, wie die Kindlein, werdet ihr nicht in's Himmelreich kommen. Und dabei muss man ein Romantiker sein, und den Spruch festhalten:

„ich traue dem Entschluss,

dass ich auf Erden Himmel finden muss!“

Leben Sie wohl!

Schön

I.

Sind GewerbeGesetze nöthig?

Irgend ein Gesetz zu erlassen, ohne dass vorher das Bedürfniss dazu erwiesen ist, wird nicht zu billigen sein. Ebenso wird man die Freiheit nicht beschränken dürfen, ehe nicht das Bedürfniss dazu erwiesen ist. Man kann daher fragen, ob GewerbeGesetze überhaupt nöthig, also nützlich, sind und ob nicht die Gewerbefreiheit schon aus dem Wesen des Eigenthums folgt.

Was ist Eigenthum? Von kommunistischer Seite erging der Ausspruch: Eigenthum ist Diebstahl. Was sagen die Oekonomisten?

John Stuart Mill*) sagt: „Die Institution des Eigenthums, auf ihre wesentlichen Elemente zurückgeführt, besteht in der Anerkennung eines Rechts für jede Person, ausschliesslich über dasjenige zu verfügen, was sie durch eigene Anstrengung hervorgebracht, oder durch Geschenk oder rechtmässige Uebereinkunft, ohne Gewalt oder Betrug, von denen, die es hervorgebracht haben, erhalten hat. Die Grundlage des Ganzen ist das Recht der Producenten auf dasjenige, was sie selbst hervorgebracht haben.“

Bastiat äussert in einem am 15. Mai 1848 veröffentlichten Aufsatz,**) dass, da Rousseau gemeint hätte, der Gesellschaftszustand wäre eine menschliche Erfindung, er das Gesetz und den Gesetzgeber sehr hoch hätte stellen müssen; nach seiner Meinung müsste der Gesetzgeber die Personen umformen, und das Eigenthum schaffen, oder auch nicht schaffen. Dagegen sagt Bastiat: Nicht weil es Gesetze giebt, giebt es Eigenthum; sondern weil

*) Grundsätze der politischen Oekonomie, nebst einigen Anwendungen auf die Gesellschaftswissenschaft. Uebersetzt von A. Soetbeer. I. S. 255.

**) *Propriété et Loi. Oeuvres complètes.* IV. S. 275—297.

es Eigenthum giebt, giebt es Gesetze. „Die Oekonomisten meinen, dass das Eigenthum eine providentielle Thatsache ist, wie die Person. Das Gesetzbuch ruft das eine nicht mehr als das andere ins Dasein. Das Eigenthum ist eine nothwendige Folge der Natur des Menschen. Mit einem Wort, der Mensch wird als Eigenthümer geboren, weil er mit den Bedürfnissen, deren Befriedigung zum Leben unerlässlich ist, mit den Organen und den Fähigkeiten, deren Anwendung zur Befriedigung dieser Bedürfnisse unerlässlich ist, geboren wird. Die Fähigkeiten sind nur die Erweiterung der Person; das Eigenthum ist nur die Erweiterung der Fähigkeiten. Den Menschen von seinen Fähigkeiten trennen, heisst ihn sterben lassen; den Menschen von dem Produkt seiner Fähigkeiten trennen, heisst ihn auch sterben lassen. Es giebt Publicisten, die sich viel damit zu thun machen, wie Gott den Menschen hätte machen sollen; wir unsererseits studiren den Menschen, so wie Gott ihn gemacht hat; wir constatiren, dass er nicht leben kann, ohne für die Befriedigung seiner Bedürfnisse zu sorgen; dass er ohne Arbeit für die Befriedigung seiner Bedürfnisse nicht sorgen kann, und dass er nicht arbeiten kann, wenn er nicht gewiss ist, die Frucht seiner Arbeit für seine Bedürfnisse zu verwenden. Desshalb glauben wir, dass das Eigenthum von göttlicher Einsetzung und dass seine Gewissheit oder seine Sicherheit der Zweck des menschlichen Gesetzes ist. Es ist so wahr, dass das Eigenthum älter ist, als das Gesetz, dass es selbst unter den Wilden, die keine Gesetze oder wenigstens keine geschriebenen Gesetze haben, anerkannt ist. Wenn ein Wilder seine Arbeit dazu angewendet hat, um sich eine Hütte zu bauen, so macht ihm Niemand daran den Besitz oder das Eigenthum streitig. Ohne Zweifel kann ihn ein anderer kräftigerer Wilder daraus vertreiben, aber dies geschieht nicht, ohne den ganzen Stamm aufzubringen und zu beunruhigen. Eben dieser Missbrauch der Kraft giebt Anlass zur Verbindung, zur Verständigung, zum Gesetz; setzt die öffentliche Gewalt zum Dienst des Eigenthums ein. Weit entfernt also, dass das Eigenthum aus dem Gesetz hervorgeht, geht das Gesetz aus dem Eigenthum hervor. Man kann sagen, dass das Princip des Eigenthums sogar unter den Thieren anerkannt ist. Die Schwalbe pflegt im Frieden ihre Familie in dem Neste, welches sie durch ihre Anstrengungen gebaut hat. Selbst die Pflanze lebt und entwickelt sich durch Assimilirung, durch Aneignung. Sie eignet sich die Stoffe, die Gase, die Salze,

die ihr erreichbar sind, an. Diesen Vorgang zu unterbrechen reicht hin, um sie vertrocknen und umkommen zu lassen. Ebenso lebt und entwickelt sich der Mensch durch Aneignung. Die Aneignung ist ein natürlicher, providentieller, für das Leben wesentlicher Vorgang, und das Eigenthum ist nur die Aneignung, welche durch die Arbeit ein Recht geworden ist. Wenn die Arbeit Stoffe assimilirungsfähig, aneignungsfähig gemacht hat, die es nicht waren, so sehe ich wahrlich nicht ein, wie man behaupten könnte, dass der Vorgang der Aneignung von Rechtswegen zum Vortheil eines andern Individuums, als desjenigen, welches die Arbeit ausgeführt hat, stattfinden soll. Mit Rücksicht auf diese ursprünglichen Thatsachen, die nothwendige Folgen der Natur des Menschen selbst sind, tritt das Gesetz ein. Da das Streben nach Leben und Entwicklung den starken Menschen dazu verleiten kann, den schwachen Menschen zu berauben, und auf diese Weise das Recht der Arbeit zu verletzen, so ist man übereingekommen, dass die Kraft Aller dazu bestimmt ist, um der Gewaltthätigkeit vorzubeugen und sie zu unterdrücken. Die Mission des Gesetzes besteht also darin, dem Eigenthum Achtung zu verschaffen. Nicht das Eigenthum beruht auf Ueber-einkunft, sondern das Gesetz. Untersuchen wir nun den Ursprung des entgegengesetzten Systems. Alle unsere seitherigen Verfassungen erklären das Eigenthum als heilig, was als Zweck der gemeinsamen Verbindung die freie Entwicklung, sei es der Individuen, sei es der besonderen Verbindungen, durch die Arbeit zu bezeichnen scheint. Hierin liegt, dass das Eigenthum ein dem Gesetz vorhergehendes Recht ist, wobei das Gesetz nur die Aufgabe haben würde, das Eigenthum zu gewährleisten. Aber ich frage mich, ob diese Erklärung nicht gewissermassen instinktmässig, als Phrase, als todter Buchstabe, in unsere Verfassungsurkunden gekommen ist, und ob sie überhaupt die Grundlage aller auf die Gesellschaft bezüglichen Ueberzeugungen bildet? Entweder, wenn es wahr ist, wie man sagt, dass die Literatur den Ausdruck der Gesellschaft bildet, kann man in dieser Beziehung zweifelhaft werden; denn niemals wahrlich haben die Publicisten, nachdem sie das Princip des Eigenthums ehrfurchtsvoll begrüsst hatten, die Dazwischenkunft des Gesetzes deshalb angerufen, um dem Eigenthum Achtung zu verschaffen, sondern um das Eigenthum, den Kredit und die Arbeit einzuschränken, anzugreifen, umzuformen, gleich zu machen, abzuwägen und zu organisiren. Oder man muss dem

Gesetz, und folglich dem Gesetzgeber, eine absolute Macht über die Personen und das Eigenthum zuschreiben. Wir können dies bedauern, aber wir dürfen uns darüber nicht wundern. Woher schöpfen wir unsere Ideen über diese Gegenstände, und sogar den Begriff des Rechts? Aus den lateinischen Büchern, aus dem römischen Recht. Ich habe nicht mein Recht gemacht, aber es genügt mir zu wissen, dass dort die Quelle unserer Theorien ist, um zu behaupten, dass sie falsch sind. Die Römer mussten das Eigenthum lediglich als eine Sache der Uebereinkunft, als ein Produkt, als eine künstliche Schöpfung des geschriebenen Gesetzes ansehen. Offenbar konnten sie nicht, wie es die politische Oekonomie thut, bis auf die Natur des Menschen selbst zurückgehen, und die nothwendige Beziehung und Verkettung bemerken, welche bestehen zwischen den Phänomenen: Bedürfnisse, Fähigkeiten, Arbeit, Eigenthum. Das wäre eine Widersinnigkeit und ein Selbstmord gewesen. Wie hätten sie, die vom Raube lebten, deren ganzes Eigenthum die Frucht der Beraubung war, die ihre Unterhaltungsmittel auf die Arbeit der Sklaven gegründet hatten, wie hätten sie, ohne die Grundlagen ihrer Gesellschaft zu erschüttern, den Gedanken in ihre Gesetzgebung bringen können, dass der wahre Titel des Eigenthums die Arbeit, welche es hervorgebracht hat, ist? Nein, das konnten sie weder sagen, noch denken. Sie mussten ihre Zuflucht zu dieser empirischen Definition des Eigenthums nehmen, *jus utendi et fruendi*, einer Definition, die nur mit den Wirkungen Beziehungen hat, und nicht mit den Ursachen, nicht mit den Anfängen; denn die Anfänge, diese waren sie wohl gezwungen im Schatten zu halten.“

„Wie das Princip der Juristen in seinem Wesen die Sklaverei in sich schliesst, so enthält dasjenige der Oekonomisten sogleich die Freiheit. Das Eigenthum, das Recht die Frucht seiner Arbeit zu geniessen, das Recht zu arbeiten, sich zu entwickeln, seine Kräfte zu gebrauchen, wie man Lust hat, ohne dass der Staat anders als durch sein schirmendes Wirken einschreitet, das ist die Freiheit. — Und ich kann noch nicht begreifen, warum die zahlreichen Anhänger der entgegengesetzten Systeme auf der Fahne der Republik das Wort Freiheit stehen lassen. Man sagt, dass Einige von ihnen es ausgelöscht haben, um das Wort Solidarität an die Stelle zu setzen. Diese sind aufrichtiger und consequenter. Sie hätten nur Communismus sagen

sollen, und nicht Solidarität; denn die Solidarität besteht, wie das Eigenthum, unabhängig vom Gesetz.“

Aus dem Wesen des Eigenthums folgert hiernach Bastiat das Recht eines Jeden, zu arbeiten, wie er will und kann — also die Gewerbefreiheit. —

Hiervon verschieden ist die Anerkennung eines sogenannten Rechts auf Arbeit, welche nicht die Oekonomisten, sondern die Socialisten und Communisten verlangen. Wenn der Staat, die öffentliche Gewalt, es unternimmt, Arbeitern Beschäftigung zu geben, so kann dies nur auf Kosten der Gesammtheit geschehen; es müssen also Alle steuern, d. h. einen Theil ihres Eigenthums abgeben, um Einigen Gewinn zu verschaffen. Eine Andeutung eines Rechts auf Arbeit findet sich auch im A. L. R. II. 19. §. 1. 2: „Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und denselben auch von andern Privatpersonen, welche nach besondern Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können. Denjenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der Ihrigen Unterhalt selbst zu verdienen, erman- gelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäss sind, angewiesen werden.“ Aehnlich heisst es in der Verfassung der französischen Republik vom 4. November 1848, Artikel 13: „Die Gesellschaft befördert und unterstützt die Entwicklung der Arbeit — indem sie durch den Staat, die Departements und die Gemeinden Arbeiten, welche geeignet sind, unbeschäftigte Arbeiter zu verwenden, veranlasst.“

In seiner letzten, im Juli 1850 veröffentlichten Flugschrift sagte Bastiat *): „Als vorübergehende Massregel, in einer Zeit der Krisis, während eines harten Winters, kann dies Dazwischentreten der Steuerpflichtigen gute Wirkung haben. Es wirkt in demselben Sinne, wie Versicherungen. Es fügt der Arbeit und dem Lohne nichts hinzu, sondern nimmt von der Arbeit und dem Lohne für gewöhnliche Zeiten, um, freilich mit Verlust, schweren Zeiten auszuhelfen. Als fortdauernde, allgemeine, systematische Massregel ist es nichts anderes, als eine verderbliche Mystifikation, etwas Unmögliches, ein Widerspruch, welcher ein Bis-

*) F. Bastiat's Schriften: Was man sieht und was man nicht sieht, oder die politische Oekonomie in einer Lection u. s. w., übersetzt von C. J. Bergius S. 26. 67.

chen künstlich hervorgerufene Arbeit, die man sieht, zeigt, aber viel verhinderte Arbeit, die man nicht sieht, verbirgt.“ — „Brüder, besteuert Euch, um mir Arbeit nach Eurem Preise zu verschaffen! Das ist das Recht auf Arbeit, der Elementar-Socialismus oder vom ersten Grade. Brüder, besteuert Euch, um mir Arbeit nach Meinem Preise zu verschaffen! Das ist das Recht auf Gewinn, der raffinirte Socialismus oder vom zweiten Grade. Der Eine oder der Andere leben von denjenigen ihrer Wirkungen, die man sieht. Sie werden an denjenigen ihrer Wirkungen sterben, die man nicht sieht. Was man sieht, ist die Arbeit und der durch die Besteuerung der Gesellschaft hervorgerufene Gewinn. Was man nicht sieht, sind die Arbeiten und die Gewinne, zu welchen dieselben Steuern führen würden, wenn man sie den Steuerpflichtigen liesse.“

Ist nun die Gewerbefreiheit der natürliche Zustand, der schon aus dem Eigenthumsrecht folgt, so sollte man meinen, dass Gewerbe Gesetze überhaupt unnütz sind.

In Preussen handelte es sich aber nicht davon, erst Gewerbe Gesetze zu machen, sondern davon, ob die alten bestehen bleiben konnten, oder ob sie aufzuheben oder nur zu ändern waren.

Welche von der Wissenschaft als richtig anerkannten Grundsätze mussten damals massgebend sein? Offenbar diejenigen Adam Smith's, zu deren Verbreitung in Preussen keiner mehr beigetragen hatte, als Kraus.

Wenn man nun dasjenige, was schon vor achtzig Jahren Smith in dem zehnten Kapitel des ersten Buchs — Wie Arbeitslohn und Kapitalgewinn nach Verschiedenheit der Gegenstände, auf welche die Arbeit oder das Kapital angewendet wird, verschieden sind — lehrte, jetzt noch als richtig anzuerkennen hätte, so könnte man danach über die Preussische gewerbliche Gesetzgebung urtheilen. Es wird demnach erforderlich sein, die wichtigsten Punkte dieses Kapitels nachfolgend in der Kürze zusammenzustellen.

Die Vortheile und Nachtheile, welche die verschiedenen Arten, seinen Fleiss oder sein Kapital anzuwenden, bringen, müssen in einem Bezirke nahe liegender Orte im Ganzen entweder in einem völligen Gleichgewicht sein, oder sich doch diesem Gleichgewicht immerfort zu nähern suchen. Diese Tendenz würde wenigstens da bestehen, wo die Dinge ihrem natürlichen Lauf überlassen wären, wo eine vollkommene Freiheit herrschte

und jedermann das Recht hätte, die Beschäftigung, die ihm gefiele, zu wählen und mit seinen Beschäftigungen, so oft es ihm beliebte, zu wechseln. Dann würde nämlich Jeder durch seinen Eigennutz dahin gebracht werden, die vortheilhafteren Gewerbe aufzusuchen und sich von den weniger einträglichen zurückzuziehen. Nun sind aber in ganz Europa sowohl Arbeitslohn als Kapitalgewinn, besonders beide nach Geld berechnet, bei den verschiedenen Gattungen der Arbeit und der Kapitalanlage sehr verschieden. Diese Verschiedenheit rührt theils von der Eigenthümlichkeit der Beschäftigungen selbst her, welche, entweder wirklich oder wenigstens nach der Einbildung der Menschen, bei einigen dieser Beschäftigungen den Mangel grosser Geldvorthelle ersetzen, bei andern den Ersatz grosser Geldvorthelle erfordern, theils von den europäischen Polizeiverfassungen, welche allenthalben, mehr oder weniger, den natürlichen Gang der Dinge stören.

Die Ungleichheiten, welche aus der Natur der Beschäftigungen selbst entstehen, hängen davon ab: 1) ob die Beschäftigung selbst angenehm oder unangenehm ist; 2) ob sie sich leicht und wohlfeil, oder schwer und mit Kosten erlernen lässt; 3) ob sich zu derselben zu jeder Zeit oder nur zu gewissen Zeiten Gelegenheit findet; 4) ob dabei ein grösseres oder geringeres Vertrauen auf die Person, die sie treibt, gesetzt werden muss; endlich 5) ob das Gelingen der Arbeit wahrscheinlich oder unwahrscheinlich ist. Diese fünf Umstände, eine so grosse Verschiedenheit sie in dem Lohne der Arbeit und dem Gewinne, welchen Kapitalien bringen, verursachen, machen deshalb doch nicht, dass im Ganzen ein Gewerbszweig wirklich oder in der Einbildung der Menschen viel vortheilhafter oder nachtheiliger ist, als der andere. Der Einfluss dieser Umstände ist derartig, dass sie das, was an Gelde weniger gewonnen wird, auf andere Weise vergüten, oder dem grösseren Gewinn durch gegenseitige Lasten die Wage halten. Wenn jedoch bei den verschiedenen Gewerben Vortheil und Nachtheil auf diese Weise ein Gleichgewicht sein sollen, ist, ausser der vollkommensten Freiheit noch erforderlich: dass diese Gewerbe sämmtlich an dem Orte oder in der Gegend schon eingeführt und wohlbekannt sind; dass sie sich in demjenigen Zustande befinden, den man ihren natürlichen nennen kann; und dass eines, wie das andere, die ganze und einzige Beschäftigung derer, die sich damit abgeben, ausmachen. Wo eine dieser drei Bedingungen fehlt, da entstehen zwischen den verschiedenen Arten, Geld oder Kapital

anzulegen, selbst alsdann, wenn die Menschen der vollkommensten Freiheit dabei geniessen, Ungleichheiten in Absicht der Vortheile und Nachtheile, die damit verknüpft sind. „Aber die Polizei lässt in den europäischen Staaten nirgends diese Freiheit ungestört und bringt dadurch noch weit wichtigere Ungleichheiten hervor.“ Sie thut dies hauptsächlich auf dreifache Weise: 1) indem sie die Concurrenz in gewissen Gewerben auf eine geringere Anzahl von Mitbewerbern einschränkt, als sich sonst mit denselben abgeben würden; 2) indem sie in anderen diese Concurrenz auf eine unnatürliche Weise vergrößert, und 3) indem sie den freien Umlauf der Kapitalien und der Arbeit von einem Orte zum andern hemmt. *) Wenn gleich der letzte Punkt, namentlich im Vergleich gegen den zweiten, keinesweges ohne erhebliche Bedeutung ist, so ist der wichtigste doch der erste und erfordert daher hier ein näheres Eingehen.

Das vornehmste Mittel, die Concurrenz der Arbeiter durch die Verringerung ihrer Anzahl einzuschränken, liegt in den ausschliessenden Privilegien der Zünfte. Jedes Zunftprivilegium schränkt nothwendig in der Stadt, wo das Gewerbe zunftmässig betrieben wird, die Concurrenz in demselben auf die Personen ein, welche zu der Zunft gehören. Dazu wird gemeiniglich erfordert, dass man in derselben Stadt, unter einem qualificirten Meister die Lehrjahre ausgestanden habe. Zuweilen bestimmen die Zunftordnungen, wie viel Lehrburschen es den Meistern erlaubt sei zu halten; immer aber bestimmen sie die Jahre, welche die Lehrzeit dauern soll. Beide Anordnungen haben keine andere Absicht, als die Anzahl der Mitbewerber in diesen Handthierungen auf eine geringere Anzahl von Personen, als sonst dieselben zu ergreifen geneigt sein würden, einzuschränken. Dies thut die

*) Z. B. durch die nöthige Einholung besonderer Erlaubniss zum Betrieb eines Gewerbes, oder zum Aufenthalt, oder zur Niederlassung in einem Lande oder an einem Orte, durch Pässe, Passkarten oder Aufenthaltskarten und durch Abgaben davon, durch Erhebung von Einzugs- oder Hausstandsgeldern, durch Erschwerungen und sonstige Beschränkungen der Freizügigkeit und Locomotion — Beschränkungen, die in einer Zeit, welche auf ihre Eisenbahnen und Dampfschiffe stolz ist, und durch ihre, selbst unterseeischen, Telegraphen den Verbrechern es dennoch erschwert, dem strafenden Arm der Gerechtigkeit zu ent-schlüpfen, besonders merkwürdig erscheinen müssen — ferner durch obrigkeitliche Festsetzung der Preise gewisser Waaren, Arbeiten oder Dienstleistungen, durch Beschränkungen in Bezug auf Darlehne und Zinsen.

Bestimmung der Anzahl der Lehrburschen gerade zu. Lange Lehrjahre wirken auf denselben Endzweck nicht so unmittelbar, aber ebenso sicher, weil sie die Unkosten einer solchen Erziehung vermehren.

In älteren Zeiten scheinen sieben Jahre durch ganz Europa den gewöhnlichen Zeitraum der Lehrjahre bei den meisten zunftmässigen Gewerben ausgemacht zu haben. Das fünfte Statut der Königin Elisabeth verordnete, dass von allen, zu damaliger Zeit in England getriebenen Gewerben, Handwerken oder Künsten die Ausübung Niemanden erlaubt sein sollte, als dem, der zuvor wenigstens sieben Jahre als Lehrbursche bei einem Meister des Handwerks oder der Kunst gestanden hatte. Hierdurch wurde das, was bis dahin nur eine Privatanordnung einzelner Innungen gewesen war, in England ein allgemeines Landesgesetz, jedoch nur für die in Marktstädten, nicht aber für die auf dem Lande, betriebenen Gewerbe, und auch nur für die schon vorher in England eingeführten Gewerbe, nicht aber für irgend eines der seitdem entstandenen. Dies führte denn zu lächerlichen Unterscheidungen. So konnte ein Wagenmacher seine Räder weder sich selbst machen, noch durch Gesellen machen lassen, sondern musste sie von einem Rademachermeister kaufen, weil nämlich dies letzte Handwerk schon vor dem fünften Regierungsjahre der Elisabeth getrieben worden war. Einem Rademacher dagegen war es erlaubt, wenn er auch nie als Lehrbursche bei einem Stellmacher gedient hat, sowohl selbst Wagen zu bauen, als sich zu deren Verfertigung Gesellen zu halten, weil nämlich das Stellmachergewerbe vor jenem Gesetz noch nicht zunftmässig getrieben, also demselben nicht unterworfen war. Aus einem gleichen Grunde waren viele der zu Manchester, Birmingham und Wolverhampton sich befindenden Fabrikarbeiten von dem Zwange dieses Gesetzes frei. In Schottland bestimmt kein allgemeines Gesetz die Dauer der Lehrzeit, und Smith kannte überhaupt kein Land in Europa, wo die Zunftgesetze so wenig drückend wären. „Das Recht, welches jeder Mensch hat, die Früchte seiner eigenen Arbeit zu geniessen, so wie es das älteste und ursprünglichste aller Eigenthumsrechte ist, sollte billig auch das heiligste und unverletzlichste sein. Der einzige Schatz eines armen Mannes besteht in der Geschicklichkeit und Stärke seiner Hände; und ihn verhindern, diese Stärke und diese Geschicklichkeit auf die ihm wohlgefälligste Weise, ohne Beeinträchtigung irgend eines Menschen zu gebrauchen, heisst das heiligste Eigenthum desselben verletzen. Es

ist ein Eingriff sowohl in die natürliche Freiheit, nicht nur des arbeitenden Mannes selbst, sondern auch der Personen, die sich seiner Geschicklichkeit bedienen wollen. So wie der eine gehindert wird, zu arbeiten, was ihm gut dünkt, so werden die andern gehindert, den für sich arbeiten zu lassen, welcher ihnen gefällt. Ob ein Mensch zu der Verrichtung, welcher er sich unterzieht, tüchtig sei, kann sicher der Beurtheilung derer überlassen werden, welche seine Arbeit gebrauchen, da es ihr Interesse so unmittelbar und so nahe angeht. Die Besorgnisse des Gesetzgebers, dass sie eine unrechte Wahl treffen möchten, sind ebenso unnöthig, als die Anstalten, durch welche er dies zu verhüten sucht, drückend sind.“

Die Festsetzung einer langen Lehrzeit ist kein sicheres Mittel gegen schlechte Arbeit. Die Ursache davon ist weit öfter Betrug, als Ungeschicklichkeit, und gegen Betrug kann die längste Lehrzeit keine Sicherheit geben. Eine lange Lehrzeit gewöhnt die jungen Leute auch noch nicht zum Fleisse. Von einem Lohnarbeiter oder einem nach dem Stücke arbeitenden Gesellen lässt sich viel eher vermuthen, dass er sehr fleissig sein werde, weil er nach dem Grade seines Fleisses mehr oder weniger erwirbt. Aus der entgegengesetzten Ursache ist zu erwarten, dass ein Lehrbursche ein fauler Arbeiter sein werde, weil er keinen unmittelbaren Vortheil davon hat, fleissig zu sein. In den gemeinen Handthierungen hat die Arbeit nichts Angenehmes, als den Verdienst, zu welchem sie verhilft. Die, welche am geschwindesten in einen Stand kommen, wo sie dieser Annehmlichkeit der Arbeit genießen können, sind auch wahrscheinlich die ersten, welche einen Geschmack daran gewinnen, und sich daher zum Fleisse am zeitigsten gewöhnen. Natürlich bekommt ein junger Mensch eine Abneigung vor der Arbeit, wenn er lange ohne allen Lohn arbeiten muss. „Waisenknaben müssen, wenn sie auf ein Handwerk gebracht werden, gemeiniglich einige Jahre länger, als andere, in der Lehre bleiben, und gerade aus ihnen sieht man die meisten Faullenzer und Taugenichtse entstehen.“ „Bei den Alten waren Lehrburschen und Lehrjahre ganz unbekannte Dinge. In den neueren Gesetzbüchern hingegen macht die Bestimmung der gegenseitigen Pflichten der Lehrherren und Lehrburschen einen beträchtlichen Artikel aus. Das römische Recht schweigt von diesen Pflichten gänzlich. Ich kenne kein lateinisches oder griechisches Wort, welches genau den Begriff des Wortes Lehrbur-

sche ausdrückte, das heisst, einen Dienstboten eines Gewerbmannes bezeichnet, der sich auf eine gewisse Zeit von Jahren unter der Bedingung vermiethet, dass aller Gewinn seiner Arbeit seinem Herrn zugehört, er aber, zum Lohn dafür, in dem Gewerbe unterrichtet wird.“

Eine lange Lehrzeit ist in allen Fällen etwas Unnöthiges. Selbst bei kunstreicheren Gewerben, welche zusammengesetzte Maschinen erfordern, reichen wenige Wochen und vielleicht Tage hin, um einen jungen Menschen auf die vollständigste Weise zu unterrichten, wie diese Maschinen angewendet werden. Zwar kann auch bei gemeinen Handwerken die nöthige Geschicklichkeit und Handfertigkeit nicht anders, als durch viele Uebung erlangt werden. Aber zu dieser Uebung würde ein junger Mensch weit mehr Fleiss und Aufmerksamkeit mitbringen, wenn er vom Anfang an um Lohn, das heisst, als Geselle, arbeitete, so nämlich, dass er nach Verhältniss der wenigen Arbeit, die er verfertigte, bezahlt würde, und dafür hinwiederum die Materialien bezahlte, die er aus Ungeschicktheit verdirbt. In dieser Weise würde gewiss seine Erziehung in den meisten Fällen ihren Zweck besser erreichen, in allen aber weniger kostbar und unangenehm für ihn sein. Die Meister würden freilich dabei verlieren, so viel nämlich, als der Arbeitslohn beträgt, welchen sie eine Reihe von Jahren hindurch, für Arbeit, die der Lehrbursche jetzt umsonst thut, geben müssten. Am Ende aber würden auch wohl die Lehrburschen verlieren. In einem Gewerbe, dessen Erlernung so leicht gemacht wäre, würden sie mehrere Mitarbeiter bekommen, und, nachdem sie ausgelernt hätten, einen geringeren Lohn, als jetzt, zu erwarten haben. Durch eben diese Vermehrung der Mitbewerber würden die Meister ihren Gewinn, so wie die Gesellen ihren Lohn vermindert sehen. Alle Handwerker würden verlieren, aber das Publikum würde gewinnen, da die Produkte von jenen wohlfeiler, wie bisher, zu Markte kämen.

Eben um dies Sinken der Preise und also die damit verbundene Verminderung von Arbeitslohn und Gewinn zu verhindern, wurden Innungen und Innungsgesetze eingeführt, deren Tendenz nur dahin geht, die freie Concurrenz, welche die Preise auf ihr kleinstes Mass zurückbringen würde, einzuschränken. Zur Errichtung einer Innung war in älteren Zeiten nur die Genehmigung der Obrigkeit der Stadt, worin sie ihren Sitz haben sollte, nöthig. In England wurde auch die Genehmigung des Königs erfordert.

Dies Vorrecht der Krone bezweckte mehr, derselben Geld zu verschaffen, als die allgemeine Freiheit gegen Monopolisten zu vertheidigen. Für Geld war ein Innungsprivilegium leicht zu erhalten. Wenn sich eine Klasse von Handwerkern ohne königliche Privilegien als Zunft gerirte, wurde sie deswegen ihres Innungsrechts nicht immer beraubt, sondern nur angehalten, für das angemasste Recht dem Könige jährlich eine bestimmte Geldsumme zu erlegen. Die Aufsicht über die Zünfte übten die städtischen Magistrate. Die Verwaltung der Städte war überhaupt ganz in den Händen der Handwerker und Gewerbsleute; und jede Klasse derselben strebte danach, zu verhüten, dass der Markt mit der Waare, die sie hervorbrachte, überfüllt wurde, das heisst im Grunde, zu machen, dass er nie mit dieser Waare vollständig versorgt ist. Jede Klasse beeiferte sich, schickliche Anordnungen für diesen Endzweck auszudenken und einzuführen; und wenn man ihr nur dies zu thun gestattete, erlaubte sie gern jeder anderen Klasse ein Gleiches zu thun. Dadurch wurde freilich jede Klasse genöthigt, die Waaren, welche alle übrigen lieferten, etwas theurer, als ihr natürlicher Preis gewesen wäre, zu bezahlen; aber jede wurde dadurch auch in den Stand gesetzt, die Waare, welche sie zu Markte brachte, gerade um so viel theurer zu verkaufen. In dem Verkehr der Klassen unter einander gewann und verlor hierdurch freilich keine. Aber in ihrem Verkehr mit dem platten Lande gewannen sie sämmtlich.

Der Preis, welchen die Stadt für die bei ihr eingeführten Lebensmittel und Rohstoffe wirklich bezahlt, besteht in den von ihr ausgeführten Handwerks- und anderen Waaren. Je theurer sie diese verkauft, desto wohlfeiler kauft sie jene; und die städtische Industrie wird in eben dem Grade einträglicher, in welchem es die ländliche weniger ist.

Die Einwohner einer Stadt sind einander nahe, können also leicht Verabredungen unter einander treffen. Daher bilden zuweilen die unerheblichsten Gewerbe Innungen. Und wo sie auch nicht Zunftprivilegien besitzen, herrscht doch bei ihnen der Innungsgeist, das heisst, die Eifersucht gegen Fremde, die Abneigung, Lehrlinge anzunehmen, oder Andern die Geheimnisse ihrer Kunst mitzutheilen, — Gesinnungen, wodurch sie zu freiwilliger Uebereinstimmung in den zur Einschränkung der Concurrenz abzielenden Massregeln bewogen werden, wenn sie diese Massregeln auch nicht durch bindende Gesetze einschärfen können.

Und eine je kleinere Anzahl von Personen ein Gewerbe beschäftigt, desto leichter ist natürlich eine Verabredung unter ihnen möglich.

Die Bewohner des platten Landes dagegen, die auf einer grossen Fläche zerstreut leben, vereinigen sich weit schwerer. Sie haben nicht nur niemals eine Innung ausgemacht, sondern der Innungsgeist hat auch niemals unter ihnen geherrscht. Nie hat man für den Ackerbau, das allgemeine Landgewerbe, eine Lehrzeit festgesetzt, und doch ist, wenn man die eigentlichen gelehrten Beschäftigungen und die schönen Künste abrechnet, vielleicht kein Gewerbe, welches mehr Einsichten und Erfahrung, und eine grössere Mannigfaltigkeit von Kenntnissen erforderte. Dazu kommt noch, dass die Arbeiten des Landbaues bei jeder Aenderung der Witterung und bei jeder Verschiedenheit des Bodens und anderer Umstände eine verschiedene Richtung bekommen; daher sie immer die eigene Beurtheilung des Landmannes erfordern. Die Operationen bei den Handwerkern dagegen bleiben unverändert dieselben, oder doch einander sehr gleich, und können folglich durch blosser Nachahmung und mechanische Uebung zur Vollkommenheit gebracht werden. Selbst untergeordnete Arbeiten des Landbaues erfordern Verstand und Erfahrung in einem höheren Grade, als die meisten mechanischen Arbeiten. Der Bauer, welcher pflügt, hat zu seinen Werkzeugen Thiere, deren Gesundheit, Stärke und Gemüthsart sehr verschieden sind, und zu seinem Material den Erdboden, dessen Bestandtheile und Lagen ebenso abwechseln, so dass beide zu ihrer Behandlung die immer erneute Anwendung der Urtheilskraft erfordern. In der That ist der gemeine Bauer in Absicht dieser Fähigkeit gar nicht so weit hinter seinen städtischen Mitbürgern zurück, als sein äusseres Ansehen zuweilen vermuthen lässt. Sein Verstand ist, da er eine grössere Mannigfaltigkeit von Gegenständen zu überlegen hat, dem Verstande des Handwerkers, der vom Morgen bis auf den Abend oft nur eine oder zwei gleichförmige Operationen wiederholt, gemeiniglich überlegen. In China und Hindostan sollen die Landarbeiter mehr geehrt und besser bezahlt sein, als die meisten mechanischen Künstler. Wahrscheinlich würde es allenthalben so sein, wenn nicht der Innungszwang und der Innungsgeist dies verhinderte.

Personen gleichen Handwerks kommen selten zusammen, ohne dass sich ihr Gespräch zu Verabredungen gegen das Publikum

hinlenkt und mit Entwürfen zu Erhöhung der Preise endigt. Durch Gesetze lassen sich Zusammenkünfte der Art freilich nicht wohl verbieten, doch brauchten sie durch Gesetze nicht erleichtert oder nothwendig gemacht zu werden. Dies geschieht aber, wenn die Gesetze die Personen von einerlei Gewerbe ermächtigen, sich zur Versorgung ihrer Armen, ihrer Kranken, Wittwen und Waisen, selbst Taxen aufzulegen; wodurch eine Gemeinkasse unter ihnen errichtet wird, deren Verwaltung auch der versammelten Gemeinheit zusteht. Die Zunftprivilegien setzen nicht blos die Gewerbsleute in die Nothwendigkeit, sich zu versammeln, sondern sie ertheilen diesen Versammlungen auch ein gesetzgeberisches Ansehen, indem sie den Willen der Mehrheit verbindlich für die übrigen Glieder einer Zunft machen. In einem freien Gewerbe kann eine wirksame Verbindung der Glieder nicht anders zu Stande kommen, als wenn Alle ohne Ausnahme in denselben Gesinnungen zusammenstimmen; und sie kann nicht länger dauern, als diese Uebereinstimmung der Gesinnungen dauert. In einer durch die Gesetze bestätigten Zunft dagegen ist es genug, wenn die grössere Anzahl übereinstimmt. Diese ist berechtigt, eine Zunftordnung oder sogenannte Innungsartikel zu machen, die dann, durch Strafen unterstützt, die Concurrenz viel sicherer und auf längere Zeit einschränken, als die freiwillige Uebereinstimmung der Gemüther je thun würde.

Endlich ist das Vorgeben, dass die Zunftverbindungen ein unentbehrliches Mittel für die Regierung seien, um die Gewerbsleute unter Aufsicht zu halten, und den Gewerben selbst eine gewisse Leitung zu geben, völlig grundlos. Die reellste und zweckmässigste Aufsicht, unter der eine Arbeit stehen kann, ist nicht die seiner Zunftgenossen, sondern die seiner Kunden. Die Furcht, sein Brod zu verlieren, ist das, was ihn am sichersten von Betrügereien zurückhält, und zu einer sorgfältigen Arbeit auffordert. Ein Zunftmonopol schwächt die Wirksamkeit einer solchen Aufsicht. Wo dieses vorhanden ist, muss man diese und keine andern Leute zu den Arbeiten, deren man nöthig hat, nehmen, sie mögen ihre Sachen gut oder schlecht machen. Gewiss sind die Zunftmonopole die Ursache, warum man in manchen ansehnlichen Städten auch nicht einen einzigen tauglichen Handwerker, selbst in einigen der unentbehrlichsten Gewerbe findet. Will man daselbst ein Stück taugliche Arbeit bekommen, so muss man sie in den Vorstädten, bei den sogenannten Pfu-

schern machen lassen (die, weil sie kein ausschliessliches Privilegium haben, sich auf nichts als ihre Geschicklichkeit verlassen können), und muss dann diese Waare verstohlenerweise in die Stadt zu bringen suchen.

So hindert also die in Europa eingeführte Polizei durch die Einschränkung der Concurrenz, die sie bei gewissen Gewerben veranlasst, das natürliche Gleichgewicht, in welches sich sonst die Vortheile und Nachtheile der verschiedenen Gewerbe von selbst setzen würden. —

Unter den von Deutschen gelieferten Bearbeitungen der politischen Oekonomie ist mir keine bekannt, die ich in Bezug auf den Inhalt und die Form dem auch schon in Deutschland in hohen Ansehen stehenden, bereits oben angeführten Werke Mill's, von welchem von 1847 bis 1852 drei Auflagen erschienen, an die Seite stellen möchte. Mill (I. S. 391.) meint nun, das in Rede stehende, wohlbekannte und sehr populäre, Kapitel Smith's enthalte die beste bisher gegebene Darlegung über diesen volkswirtschaftlichen Gegenstand; zwar wäre seine Behandlung nicht so vollständig und erschöpfend, als sie bisweilen angesehen worden sei; „so weit aber, wie sie geht, ist seine Nachweisung im Ganzen überzeugend.“ Diesem Urtheile Mill's, glaube ich, wird man beitreten müssen.

Kraus (II. S. 45—97 V. S. 198—204) schloss sich in dieser Materie genau an Smith an.

R. v. Mohl spricht 1844 in der zweiten Auflage seiner Polizeiwissenschaft (II. S. 288.) von dem angeblichen Nutzen der Zünfte und bemerkt (S. 285), mehrere Schriftsteller hätten ihre Ansicht geändert, so namentlich J. G. Hoffmann, der 1803 entschieden gegen, 1841 aber mehr für die Zünfte spräche; ferner Rau, welcher sich, umgekehrt, 1816 für die Zünfte, nun aber in seiner Volkswirtschaftspolitik gegen dieselben erkläre; endlich hätte er selbst sich in der ersten Auflage 1832 gegen die Zünfte erklärt.

Rau gilt von den jetzt lebenden deutschen Oekonomisten als die erste Autorität. Seine Meinungsveränderung ist daher von viel grösserer Bedeutung, als diejenige Mohl's.

Was Hoffmann betrifft, so halte ich seine Schrift von 1841: Die Befugnisse zum Gewerbebetriebe etc. für sein schwächstes Werk, möchte dagegen seine Schrift: Das Interesse des Menschen und Bürgers bei den bestehenden Zunftverfassungen, die er 1803 zu

Königsberg in seinem acht und dreissigsten Lebensjahre, als er noch nicht im Staatsdienst war, aber in Verhältnissen gelebt hatte, worin er das Treiben der Handwerker unbefangen beobachten konnte, ohne sich als Verfasser zu nennen, herausgab, heute noch allen Denen dringend empfehlen, denen es wirklich Ernst ist, sich über diese Materie aufzuklären. Er ist darin mit Smith im Einklang. Jeder von ihnen hat besonders die Verhältnisse seines Vaterlandes im Auge. Hoffmann geht aber noch tiefer und erschöpfender darin ein. Er rieth damals, die Zünfte, als entbehrlich und selbst schädlich gewordene Anstalten, durch eine folgerecht angeordnete Reihe gewerblicher Vorschriften allmählig aufzulösen, da, wenn es auch in den Zünften viele verständige Männer gebe, welche den Druck der Zunftverfassungen wahrhaft und tief empfänden, dennoch nicht abzusehen sei, dass sie aus eigener Kraft ohne Dazwischenkunft des Staats ihre Bande zu lösen vermögen (S. 190), und schloss: „Die Zeit hat mannigfaltige Fesseln gelöst: sie wird auch die Bande des Gewerbsfleisses lösen, welche sie schon gelüftet hat. Heisst Regieren im schönsten Sinne: vorsichtig die Hindernisse wegräumen, welche Einseitigkeit, Unwissenheit und Trägheit dem allgemeinen Wohle entgensetzen, das nur das Resultat des höchsten und allgemeinsten individuellen Wohlstandes ist, so ist nicht mehr zweifelhaft, was auch in dieser Angelegenheit von hellsehenden Regierungen erwartet werden dürfe.“ (S. 231.)

Diejenigen, welche heute noch den Verfall mancher Städte durch Förderung von Zunft Einrichtungen aufhalten möchten, sollten beachten, was vor mehr als fünfzig Jahren Hoffmann darüber, so wie auch über die ungeheure Auflage sagte, welche die Zunftverfassung mit ihrem ganzen Gefolge dem Publikum aufbürdet.

Als die Landleute das Feld noch schlecht bauten und die städtischen Gewerbe in den grösseren Städten und den eigentlichen Fabrikorten sorgloser betrieben wurden, konnten die kleinen Städte mit beiden gleichen Schritt halten. Aber seitdem die Landwirthschaft überhaupt fortgeschritten ist, ist die Ackerwirthschaft der kleinen Städte zurückgeblieben und sie sind verhältnissmässig ärmer geworden. Viele Bedürfnisse, denen ehemals nur durch bestellte Arbeit abgeholfen wurde, werden jetzt durch Waaren befriedigt, die auf den Kauf gemacht sind. Für unsere Bedürfnisse kann jetzt der Handwerker in der entfernten Resi-

denz und im fernen Auslande arbeiten. Der Käufer findet es bequemer, seine Bedürfnisse auf einem grossen Markte oder in einem reichen Waarenlager aufzusuchen, und der kleinstädtische Handwerker wird nur auf die Nothwendigkeiten beschränkt, womit man den Jahrmarkt nicht erwarten kann, oder auf die geringfügigsten Bedürfnisse, die es nicht der Mühe lohnt, aus der nächsten grossen Stadt kommen zu lassen, oder endlich auf die undankbaren Flickereien, die man dem Grossstädter nicht anmuthen darf. „So lange der Kleinstädter nur auf bestellte Arbeit rechnet — und er muss so lange darauf rechnen, als er sein Gewerbe nur als Nebensache betreibt — so lange sinkt er immer tiefer herab, indem der Zeitgeist immer mehr Kaufarbeit in Umlauf bringt. Zwar lehrt die Erfahrung, dass auch der kleinste Ort eigenthümliche Vortheile darbietet, welche, zwanglos und thätig benutzt, ihm in irgend einem Erwerbszweige ein Uebergewicht geben, womit er die nachtheilige Bilanz in den übrigen Bedürfnissen ausgleichen, und statt der Brosamen, welche ihm der reiche Mann, der Grossirer und Fabrikant, verächtlich überlassen will, eine anständige Competenz an dem Gemeingute der öffentlichen Betriebsamkeit erringen kann. Giebt es nicht sogar Dörfer in den unfruchbarsten Wildnissen, die ihre Steine in Brod verwandeln, indem sie Knippkälchen (?) daraus drehen? Oder andere, die ihr tägliches Brod und ihr Huhn in den Topf durch das Monopol mit Pillenschachteln erwerben, welches ihre Industrie errungen hat? Wahrlich, es ist kein Bethlehem so klein in Juda, dass nicht aus ihm irgend eine Frucht des Fleisses in alle Welt ausgehen könnte! Aber wenn diese Zeichen und Wunder geschehen sollen, muss der Handwerker nicht brauen und pflügen, sondern ganz seinem Gewerbe leben.“

„Das Kapital der kleinen Städte ist theils der Boden ihrer Feldmark, theils die Industrie ihrer Handwerker und Handelsleute. Was man auch gegen die Foundation einer Stadt auf Landwirtschaft sagen mag, so ist es doch für die mehrsten Länder noch zu früh, die kleinen Städte auf die mechanischen Künste und den Handel allein zu gründen. Die Marktplätze würden zum Nachtheil des Landes entweder zu weit von einander liegen müssen; oder es könnten sich so wenig Menschen darin nähren, dass die Einwohnerzahl nicht hinreichend wäre, städtische Anstalten für öffentliche Ordnung, Bequemlichkeit und Sicherheit zu unterhalten. Nur sehr bevölkerte Länder, worin viel Wohlhaben-

heit unter den niedern Ständen verbreitet ist, können alle ihre kleinen Städte auf die Gaben Mercur's allein verweisen. Das Uebel liegt auch wohl nicht darin, dass in den kleinen Städten Landbau und Stadtgewerbe zugleich betrieben werden, sondern darin, dass jeder einzelne Bürger beides zugleich betreiben will.“ — „Die kleinen Städte verarmen, und den Wohlstand der grossen hält aufrecht, wenigstens nicht der Erwerb des Handwerkers, sondern der Handel im Grossen, welcher der Zunftformen ungeachtet nie unter einem eigentlichen Zunftzwange erlag, der unzünftige Fabrikant, und der Zusammenfluss von öffentlichen und Privat-Einkünften, welche hier von Höfen, Besoldeten und Rentenirern verzehrt werden. Wird erst der Tag anbrechen, dessen Morgenröthe an dem Saume des abgeschiedenen Jahrhunderts schimmert; wird das Land überall von freien Händen gebaut; werden die grossen Güter in kleine Höfe zerlegt, auf welchen der Hausvater für seinen eigenen Vortheil wirthschaftet; werden alle Servituten, welche dem Belästigten mehr kosten, als sie dem Begünstigten einbringen, die Hut- und Triftrechte, die Beholzungsrechte, die Jagd auf urbaren Feldmarken, abgekauft; werden die Gemeinheiten getheilt, die Jeder nutzt und Keiner pflegt; wird das vermischte Eigenthum abgesondert, und das Zerstreute arrondirt: so ist es unmöglich, dass der zünftige Bürger sich unabhängig neben dem freien Landmanne erhalte. Alle diese wohlthätigen Ereignisse sind nicht mehr fern. Die öffentliche Meinung hat sich bestimmt für alle diese Befreiungen erklärt. Die Staaten erkennen ihr wahres Interesse, und jeder Unbefangene mit ihnen. Was auch örtliche Verwickelungen, was die Macht der Erziehung und der Gewohnheit, was selbst die unverkennbaren Schwierigkeiten, die mit der Abänderung uralter Einrichtungen nothwendig verbunden sind, für Hindernisse bereiten möchten; der milde Geist des Zeitalters wird dennoch unaufhaltsam fortschreiten, und dem zünftigen Arbeiter wird nur die Wahl übrig bleiben, ob er auch seine Fesseln aufgeben, und der Früchte seines Fleisses leben; oder ob er geduldig seiner Verarmung entgegen sehen, und zum Tagelöhner des wohlhabenden Landmannes herabsinken will.“ (S. 123 188.)

Was kostete nun den Unterthanen des Preussischen Staats das Zunftwesen am Anfange dieses Jahrhunderts jährlich?

„Wenn in einem Staate von 8000000 Einwohnern etwa 2500000 oder 500000 Familien in den Städten wohnen, so darf man wohl

160000 zünftige Meister und Herren darin annehmen. Hat jeden im Durchschnitt die Erlangung des Meisterrechts, der Zeit- und Geldverlust auf die Verfertigung des Meisterstücks, mit Einschluss aller Ehrenaussgaben, welche die conventionelle Sitte erpresst, wenn auch das Gesetz sie nicht fordert, nur 150 Thlr. gekostet, welches ein sehr mässiger Anschlag ist, so beträgt diese Auslage allein 24000000 Thlr. Diese Summe ist mit dem Tode der jetzigen Meister verloren, und muss von ihren Nachfolgern jedesmal von neuem aufgebracht werden. Da die Mehrsten ohngefähr im dreissigsten Jahre das Meisterrecht erlangen, so kann man die mittlere Zeit, während welcher ein Meister sein Handwerk nutzt, etwa auf 24 Jahre rechnen, und dies um so mehr, da viele Handwerker im hohen Alter ihr Gewerbe niederlegen, andere verarmen, und von öffentlichen Instituten ernährt werden müssen, mithin hier nicht bloss die Sterblichkeit allein in Anschlag zu bringen ist. Wer Geld in einem kleinen Gewerbe anlegt, muss es wenigstens zu 10 vom Hundert nutzen; darüber ist man ziemlich einverstanden, und häufig genug würde man mit so viel reinem Gewinn nicht einmal zufrieden sein wollen. Da nun hier das Anlagekapital mit dem Austritt der Interessenten verloren geht, so muss man die Sache so ansehen, als werde für 24000000 eine 24jährige Rente auf den Zinsfuss von 10 für 100 gekauft. Diese Rente beträgt in runden Summen 2670000 Thlr. jährlich, und muss ausser dem Arbeitslohne von den zünftigen Meistern gewonnen werden, wenn sie für ihre Auslage auf das Meisterrecht entschädigt werden sollen.“ Hierzu rechnet Hoffmann noch die Zinsen von dem Kapital zum Ankauf von Gewerbe-Gerechtigkeiten, mit 1200000 Thlrn.; ferner die jährlichen Aufwendungen der Meister für die Zunftverbindung, mit 1600000 Thlrn.; endlich die Aufopferungen, welche dadurch entstehen, dass die Zunft Einrichtungen häufig die wirthschaftlichste Bearbeitung der Producte verhindern, mit 1500000 Thlrn. „Die angegebenen vier Artikel betragen nun zusammen beinahe 7000000 Thlr. Vorausgesetzt, dass auch die Zünfte ihr Monopol gar nicht zur Ungebühr nutzten, und wirklich den guten Willen hätten, die Arbeiten so wohlfeil zu liefern, als sie bei freier Concurrenz nur geliefert werden können, so müssen sie doch schlechterdings diese 7000000 mehr von ihren Kunden erheben, wenn sie nur eben so gut stehen wollen, als die unzünftigen Arbeiter. Das heisst: es zahlt jeder Kopf im

Lande beinahe 1 Thlr. jährliche Abgabe, weil das Land Zünfte hat!“ (S. 176.)

Noch im Jahre 1829 scheint Hoffmann nicht für eine Beschränkung der Gewerbefreiheit gewesen zu sein. Er äusserte damals, dass wenn in den mittleren und kleineren Städten über die Vermehrung der Landhandwerker geklagt würde, doch nicht abzusehen sei, dass diese Städte dabei gewinnen könnten, wenn die Landmeister auch dahin zögen, wo sie jedenfalls weniger Gelegenheit finden, ihren Unterhalt zu erleichtern. Darauf ginge aber eigentlich der Wunsch nicht, sondern darauf, dass diese Handwerker verschwänden, ohne die Zahl der Stadtmeister zu vermehren. Dann würden die letzteren allerdings mehr Arbeit haben, folglich mehr Gehülfen halten und also mehr erwerben können. Wo jedoch diese Mehrzahl von Gehülfen bleiben solle, wenn sie endlich auch einen eigenen Heerd verlange, ergäbe sich aus solchen Vorschlägen zur Aufhülfe der Gewerbe nicht. Die Verlegenheit, welche daraus entsteht, dass Leute in den Jugendjahren als Gehülfen gebraucht werden, ohne ihnen einen sicheren Erwerb für das spätere Leben anzuweisen, hätte mit der Auflösung oder Befestigung des Zunftverbandes nichts gemein. Das Missverhältniss zwischen der Anzahl der Meister und der Gehülfen herrsche ebenso wohl in denjenigen Provinzen, wo der Zunftverband längst gänzlich aufgehoben worden, als in denen, wo er noch grösstentheils bestände. Eine wohlhabende ländliche Bevölkerung bedürfe auch viele Handwerker, und ein zahlreicher Handwerkerstand auf dem Lande vermehre selbst den Verbrauch städtischer Handwerkerarbeit, da er so viele Werkzeuge und Zuthaten bedürfe und an nicht wenige persönliche Genüsse gewöhnt sei, die nur aus den Werkstätten und Läden der Städte entnommen werden könnten. Ueberhaupt könne das städtische Handwerk nur darin eine sichere Begründung finden, dass seine zahlreichen Gehülfen nicht in der unbedingten Nothwendigkeit bleiben, auch ohne hinreichende Kundschaft und Verlag städtische Meister zu werden, wenn die Jahre herankommen, worin sie nach Vernunft und Billigkeit einen eigenen Hausstand verlangen. Das Land kann Viele aufnehmen und bei seiner wohlfeilern Lebensweise mit kleinerem Erwerbe hinreichend nähren, die in den Städten nach wenig in schmachlicher Dürftigkeit verlebten Jahren nur die Zahl der Almosenempfänger und Hospitaliten vermehrt hätten. Will und kann der städtische

Handwerker auch fernerhin der wohlfeilen Hülfe junger unverehelichter Gesellen nicht entbehren; will und kann der wohlhabende Bürger sich nicht mit der lebenslänglichen Versorgung derer befassen, deren Jugendkräften er zunächst seinen höheren Erwerb verdankt, soll endlich das Gewerbe selbst gegen die widernatürliche Zersplitterung bewahrt werden, die aus der Verlegenheit, alternden Gesellen ein Unterkommen zu verschaffen, entsteht, so wird es das Interesse der städtischen Handwerker und Gemeinen selbst erfordern, dass die Ansiedelung der Handwerker in Flecken und Dörfern durch keine Beschränkung verkümmert werde.“ *)

Dass Hoffmann's Schrift: Die Befugniss zum Gewerbebetrieb, sein schwächstes Werk ist, erklärt sich nicht etwa daraus, dass er sie in seinem siebenundsiebzigsten Lebensjahre herausgab. Denn noch im einundachtzigsten, völlig erblindet, hat er Arbeiten geliefert, denen man die Schwäche des Alters nicht anmerkt. Obgleich er weder ein Vergötterer des Mittelalters war, noch in seinem Alter reactionär wurde, so bleibt es doch immer auffallend, dass, nachdem er sich 1803 so entschieden gegen das Zunftwesen ausgesprochen hatte, er 1841 die Zünfte gegen gewöhnliche Vorwürfe einigermassen zu rechtfertigen sucht, namentlich wegen der langen Dauer der Lehrjahre und wegen Verwendung der Lehrlinge zu häuslichen Verrichtungen, wegen Begünstigung der Meistersöhne in Bezug auf das Anlernen zum Handwerke, wegen Verzögerung der Erlangung des Meisterrechts, wegen der Verpflichtung zum Wandern, wegen Anfertigung von Meisterstücken, wegen Anordnungen, wodurch Arbeiten gewisser Art besonderen Gewerken ausschliesslich zugewiesen werden. (S. 99—116.)

Dass übrigens ohne alles Zunft- und Innungswesen, ohne Gewerbeordnungen (d. h. Beschränkungen der natürlichen Gewerbefreiheit) und ohne alle Bevormundung der Gewerbetreibenden durch den Staat (d. h. durch Beamte) die Industrie sehr rasch fortschreiten und das Volk immer reicher werden kann, dafür liefern doch wahrlich die Vereinigten Staaten hinreichende Beweise.

In einem neueren Reisewerke**) wird die Meinung ausge-

*) Nachlass kleiner Schriften staatswirthschaftl. Inhalts. S. 400. 402. 408.

**) M. Wagner und C. Scherzer, Reisen in Nordamerika in den Jahren 1852 und 1853. I. S. 16—18. 203. II. S. 46.

sprochen, dass Nordamerika der Freiheit zwar im Laufe kommenden Jahrhunderte verlustig gehen möchte. Es könnten die einzelnen Republiken sich in Monarchien verwandeln, wenn bei wachsender Bevölkerung und inneren Kriegen auch die Centralisation der Gewalt eine politische Nothwendigkeit werden und nur in der Vermehrung des stehenden Heeres ein Zügel für die Leidenschaften des grossen Haufens zu finden wäre. Die bürgerliche Gleichheit aber würde sich der Amerikaner nimmer entreissen lassen. Sie sei ein Gut, dessen Werth jeder Einzelne tief fühle, und das ein wesentlicher Theil des Nationalcharakter's geworden sei. „Wie die vollendete gesellschaftliche Gleichheit den Charakter der Einwanderer aus den niederen Ständen erhebt, so spornt die vollkommene Freiheit der Niederlassung, der Gewerbe und des Handels den Arbeitseifer und die Thatkraft des Mannes, den Muth und die Lust, alle Kräfte an Geist und Knochen, die ihm die Natur verliehen, zu gebrauchen. Daheim waren oft dem Talentvollsten, dem Unternehmendsten die Flügel gestutzt oder gebunden, wenn er nicht einer der bevorzugten Kasten angehörte. Alte Privilegien und Zunftrechte, die Erfüllung langwieriger und peinlicher Formalitäten, tausend Hemmnisse, welche interessirte Monopolisten und ein unseliges Bevormundungssystem des Schreiberregiments, dieser alte Fluch und der empfindlichste Hemmschuh des deutschen Gewerbefleisses, seiner bürgerlichen Laufbahn entgegenstellten, hatten ihm Lust und Muth genommen, seine Kräfte dem Vaterlande zu widmen. Amerika bietet mit seinem weiten Bodenraum bekanntlich jedem Ansiedler die unbeschränkteste Freiheit, nicht nur zu weilen und zu wandeln, wann und wo es ihm behagt, sondern auch jedes Feld nützlicher Thätigkeit zu betreten; das seinen Kräften und seiner Neigung zusagt. Hier bewährt sich der Mann, und wer ökonomisch zu Grunde geht, ohne durch eigene Thätigkeit sich wieder zu erheben, hat wenigstens keinen Vorwand, das Schicksal oder die politischen Verhältnisse anzuklagen.“ „Ein Etwas, das in der neuern Welt den reisenden Europäer mehr befremdet und überrascht als jene augenfälligen Wunder, die der rastlose Unternehmungsgeist einer thatkräftigen Nation geschaffen, ist neben dem Entstehen und Aufblühen von ausgedehnten Staaten der Mangel jener Potenzen, welche nach europäischen Begriffen zum Gedeihen der Civilisation unentbehrlich sind — wir meinen eine wohldisciplinirte bewaffnete Macht, eine wohlorganisirte löbliche Polizei, eine scharfe Ueberwachung

der Vereine und der Presse, eine nothwendige Gewerbsbeschränkung und eine weise Bevormundung der Gemeinden durch die Staatsbehörden. Von all dem sieht man in den Vereinigten Staaten das Gegentheil; und dennoch existiren, wachsen und gedeihen sie.“ „Die ganze ungeheure Bewegung dieser Republik in all' ihren industriellen und mercantilischen Unternehmungen stützt sich auf die unbeschränkteste Freiheit der Gewerbe und der Individuen. Nur aus dieser Freiheit und dem Associationsgeiste, der gleichfalls unter einer Beaufsichtigung der Behörden leiden würde, zieht diese fortschreitende Bewegung ihre Nahrung und Kraft.“

II.

Die Gesetzgebung bis 1845.

In dem Entwicklungsgange Deutschlands nehmen die Städte eine gewichtige Stellung ein. Nur hinter ihren Mauern war nothdürftige Sicherheit für den Gewerbefleiß zu finden, und auf den städtischen Wohlstand stützte sich die wiedererwachende Staatsgewalt, als sie die Macht der Feudalherren zu brechen begann. Aber noch bis in neuere Zeiten bestand ein scharfer Gegensatz zwischen Stadt und Land. Der Reichthum der deutschen Städte im fünfzehnten Jahrhundert war besonders die Folge eines ausgedehnten Handels. Trotz bestehender Zölle, die jedoch nicht Schutzzölle waren, herrschte vielleicht mehr Handelsfreiheit in Europa, als jetzt. Die Gilden, Zünfte, Innungen der Handwerker, deren gutes und schlechtes Wirken in politischer Beziehung hier nicht in Betracht kommt, verlangten aber nicht nach Gewerbefreiheit, sondern nach Freiheiten, Privilegien, Monopolen, die sie auch schon früh erhielten und erkaufen. Die Zunftmissbräuche nahmen indessen immer zu und waren unausrottbar, so dass endlich Kaiser und Reich 1731 einschritten und mit Aufhebung aller Zünfte — die übrigens schon von den Kaisern Carl dem Grossen, Friedrich I. und II. erfolglos verboten waren — drohten. Der Reichstagsbeschluss von 1731 wurde auch in Preussen durch ein Edikt Friedrich Wilhelms I. vom 6. August 1732 bekannt gemacht. Die Wirkung davon war aber nicht von Erheblichkeit. Noch im Anfang dieses Jahrhunderts war der Zunftzwang die Regel, und besonders wegen der Verbrauchssteuern wurden Industrie und Handel wesentlich auf die Städte beschränkt. Die Accise, die sich auf 2775 Gegenstände erstreckte, und die nöthigsten Lebensbedürfnisse und Rohstoffe vertheuerte,

war kein geringeres Hemmniss für die Industrie, als es die städtischen Octrois in Frankreich sind.*) Die alte Gewerbeverfassung konnte nicht unverändert bestehen bleiben.

Da nach dem Tilsiter Frieden der König bis gegen Ende des Jahres 1809 in der Provinz Preussen residirte, so war es wohl natürlich, dass auch auf die damals erlassenen gewerblichen Gesetze diejenigen Ansichten von Einfluss waren, welche in der östlichsten Haupt- und Universitätsstadt Kraus während mehr als zwanzig Jahre mündlich vorgetragen und Hoffmann 1803 hatte drucken lassen.

Schon am 4. Mai 1806, unter Stein's erstem Ministerium, war eine Verordnung wegen des freien Betriebes der Lein- und Baumwollen-Weberei in Ost-, West- und Neu-Ostpreussen ergangen, wodurch, da der zunftmässige Betrieb dieses Gewerbes demselben „statt förderlich zu sein, offenbar nachtheilig ist — alle Garn-Züchner, Leinweber-Zünfte, Gilden und Innungen, so wie die damit verbundenen oder nicht verbundenen Baumwollen-Weberei-Zünfte, Gilden und Innungen“ für gänzlich aufgehoben erklärt wurden.

*) Barthold, Geschichte der deutschen Städte, I. S. 5. 82—86. 205. 206. 271. 287. 288. 298. II. S. 8. 73. 130. 147. 159. 171. IV. S. 253—257. 485—487. Hoffmann, Befugniss etc. S. 13—21. 120. A. L. R. II. 8. Abschnitt 3. Dieterici, Volkswohlstand, S. 562. Raudot, Ueber die mögliche Grösse Frankreichs, übersetzt von C. J. Bergius. S. 133. — In England ist die Bevölkerung der Städte von der Bevölkerung des umliegenden Landes nicht so vollständig gesondert, wie in einigen andern Ländern; denn die in den Bürgerkriegen zerstörten Mauern, Thore und Befestigungen sind niemals wiederhergestellt, und die Bevölkerung ist über die alten Grenzen hinausgewachsen, während steinerne Demarkationslinien niemals um die Mittelpunkte der Bevölkerung gezogen worden sind. Zölle sind zwar seit einer sehr frühen Periode in den Markorten erhoben worden; aber ein Octroisystem hat niemals bestanden. Die Bürger genossen in einigen Städten vor Alters ausschliessliche Gewerbsprivilegien; aber das Bürgerrecht konnte immer durch die Zahlung von Abgaben erworben werden; und durch die grosse Massregel der Municipalreform von 1835 ist jede Stadt dem Zuzug aus jeder Gegend geöffnet worden. Während die Bevölkerung der Städte und des Landes gleich wurde — zehn Millionen gegen zehn Millionen — ist die Verbindung zwischen ihnen durch die Umstände, welche zu dem Wachsthum der Städte geführt haben, inniger geworden, als sie vorher war, denn sie sind jetzt durch unzählige Verwandtschaftsbande ebenso sehr als durch Geschäftsverbindungen an einander gekettet. Ein grosser Theil der Bevölkerung in den Marktstädten, den Landstädten, den Fabrikstädten und der Hauptstadt ist auf dem Lande geboren. Von den Einwohnern Londons sind mehr als die Hälfte vom Lande. Edinb. Rev. Juli 1856, S. 67. 69.

Kaum war im Oktober 1807 Stein abermals in das Ministerium getreten, aus welchem er indessen noch vor 1809 wieder ausschied, als aus Memel das Edikt, den erleichterten Besitz und freien Gebrauch des Grundeigenthums, so wie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner betreffend, von 9. Oktober 1807 erging, welches, in Erwägung, „dass es eben sowohl den unerlässlichen Forderungen der Gerechtigkeit, als den Grundsätzen einer wohlgeordneten Staatswirthschaft gemäss sei, Alles zu entfernen, was den Einzelnen bisher hinderte, den Wohlstand zu erlangen, den er nach dem Mass seiner Kräfte zu erreichen fähig war,“ neben Freiheit des Güter-Verkehrs auch freie Wahl des Gewerbes einführte. Dies gereichte namentlich auch dem Adel zum Vortheil. Denn obgleich derselbe als der erste Stand im Staate bezeichnet war, konnte er doch in der Regel nicht seine Güter an reiche Bürgerliche vortheilhaft verkaufen oder Gewerbe treiben. (A. L. R. II. 9 §. 137. 76—82.)

Unterm 23. Januar 1808 hob ein Patent für Ost- und Westpreussen das Mühlensteinregal auf und gab die Verfertigung und den Handel mit Mühlensteinen aller Art frei. Dieselbe Freiheit gewährte das Patent vom 20. März 1809 auch für die Kurmark, die Neumark und Pommern.

Das Edikt vom 29. März 1808 hob in Ostpreussen und Litthauen das Mühlenregal und den Mühlenzwang auf.

Durch die Verordnung vom 24. October wurden, in Erwägung, „dass der den Bäcker-, Schlächter- und Hökergewerken in den Städten Unserer Provinzen Ost- und Westpreussen und Litthauen zustehende Zunftzwang und das Verkauf-Monopol den sämmtlichen übrigen Einwohnern der Städte zum grossen Nachtheil gereicht, und die zur Beschränkung willkührlicher Verkaufspreise der nothwendigsten Lebensmittel angeordneten monatlichen Viktualientaxen den Zweck nicht erfüllen, und in sich keine feste Grundlage haben, dass dagegen nur völlige Gewerbefreiheit und uneingeschränkte Concurrenz von Verkäufern die möglichst wohlfeilsten Preise herbeiführen kann,“ die Hökerzünfte in den genannten Provinzen aufgehoben. Jedes Mitglied einer Bäcker- oder Schlächterzunft konnte aus derselben ausscheiden und sein Gewerbe doch fortbetreiben. Jeder städtische Einwohner erhielt die Befugniss, zum Verkauf zu schlachten, zu backen und Lebensmittel aller Art feil zu halten. Der Betrieb dieser Gewerbe durfte nicht von einer Gewerbsqualifikation oder

einem Vermögensausweis abhängig gemacht werden. Jeder konnte bei diesen Gewerben ganz nach seinem Willen Gehülfen und Lehrlinge annehmen, unter Bedingungen, die vertragsweise festzusetzen waren. Die Beschränkungen bei dem Hökergewerbe in Bezug auf Ein- und Verkauf wurden aufgehoben; jeder Höker konnte, mit Ausnahme der Stunden des Gottesdienstes, zu jeder Zeit seine Waare einkaufen und in beliebiger Grösse verkaufen. Jedermann konnte vom platten Lande und aus andern Städten alle Gattungen von Brod, Fleisch und Lebensmitteln in die Städte einführen und in beliebiger Weise feil halten. Grosshändler und Kaufleute konnten ihre Vorräthe im kleinsten Detail an die Consumenten und Zwischenhändler verkaufen. „Bei der verstatteten Gewerbefreiheit hört die Verbindlichkeit der Bäcker- und Schlächtergewerke auf, täglich frisches Brod und Fleisch zum Verkauf zu stellen.“ „Mit dem 1. Januar 1809 sollen keine Taxen weiter gefertigt werden. Alsdann steht es jedem Verkäufer von Brod, Fleisch und andern Lebensmitteln frei, diese Waaren, gleich den bisher den Taxen nicht unterworfenen Waaren, in beliebiger Grösse, Gestalt und unschädlicher Mischung und zu jedem Preise feil zu haben, auf den von der Polizei bestimmten Plätzen öffentlich auszustellen und herumtragen zu lassen.“

Die Verordnung vom 18. November sagt im Eingang, das Edikt vom 17. November 1747 wider die Auf- und Vorkäuferei habe zwar den heilsamen Zweck gehabt, theils sowohl dem Consumenten als Fabrikanten den Einkauf seiner Bedürfnisse zu erleichtern, theils das städtische Gewerbe des Produktenhandels zu befördern. Dieser Zweck sei aber dadurch, wie Erfahrung und richtige Grundsätze lehrten, weder erreicht, noch zu erreichen; vielmehr würde dadurch der Vertrieb der Produkte erschwert, mithin die Produktion selbst beschränkt, und da nur durch deren Erhöhung dauerhaft für die Consumption gesorgt werden könne, auch dieser, statt des beabsichtigten Nutzens, geschadet. Es wurden daher durch diese Verordnung anderweite, nur wenig beschränkende Bestimmungen in Ansehung des inländischen Produktenhandels und des Verkehrs mit ländlichen Fabrikaten, wie auch der damit in Verbindung stehenden Kahnfahrerei erlassen; namentlich durfte Niemand deshalb, weil er nicht zu einer Schiffergilde oder Innung gehörte, von dem Wassertransport auf Flussschiffen aller Art ausgeschlossen werden.

In der von Königsberg datirten Geschäftsinstruktion für die Regierungen in sämmtlichen Provinzen vom 26. December 1808*)

*) „§. 34. Bei allen Ansichten, Operationen und Vorschlägen der Regierungen muss der Grundsatz leitend sein, Niemanden in dem Genuss seines Eigenthums, seiner bürgerlichen Gerechtsame und Freiheit, so lange er in den gesetzlichen Grenzen bleibt, weiter einzuschränken, als es zur Beförderung des allgemeinen Wohls nöthig ist; einem jeden innerhalb der gesetzlichen Schranken die möglichst freie Entwicklung und Anwendung seiner Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte in moralischer sowohl als physischer Hinsicht zu gestatten, und alle dagegen noch obwaltende Hindernisse baldmöglichst auf eine legale Weise hinweg zu räumen. §. 50. Die Wirksamkeit der Regierungen bei Ausübung der Polizeigewalt muss nicht bloß auf die Abwendung von Gefahren und Nachtheilen, und Erhaltung dessen, was schon da ist, sondern auch auf die Mehrung und Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt sich erstrecken. Dieses kann nur durch eine feste Ausübung des §. 34 enthaltenen Grundsatzes, und durch die möglichste Gewerbefreiheit, sowohl in Absicht der Erzeugung und Verfeinerung, als des Vertriebes und Absatzes der Produkte, geschehen. Es ist dem Staate und seinen einzelnen Gliedern immer am zuträglichsten, die Gewerbe jedes mal ihrem natürlichen Gange zu überlassen, das heisst: keine derselben vorzugsweise durch besondere Unterstützungen zu begünstigen und zu heben, aber auch keine in ihrem Entstehen, ihrem Betriebe und Ausbreiten zu beschränken, in so fern das Rechtsprincip dabei nicht verletzt wird, oder sie nicht gegen Religion, gute Sitten und Staatsverfassung anstossen. Es ist unstaatswirthschaftlich, den Gewerben eine andere als die eben bemerkte Grenze anweisen und verlangen zu wollen, dass dieselben von einem gewissen Standpunkt ab in eine andere Hand übergehen, oder nur von gewissen Klassen betrieben werden. Neben dieser Unbeschränktheit bei Erzeugung und Verfeinerung der Produkte ist Leichtigkeit des Verkehrs, und Freiheit des Handels, sowohl im Innern, als mit dem Auslande, ein nothwendiges Erforderniss, wenn Industrie, Gewerbefleiß und Wohlstand gedeihen soll, zugleich aber auch das natürlichste, wirksamste und bleibendste Mittel ihn zu befördern. Es werden sich alsdann diejenigen Gewerbe von selbst erzeugen, die mit Vortheil betrieben werden können, und dieses sind wieder diejenigen, welche dem jedesmaligen Produktionszustande des Landes und dem Kulturzustande der Nation am angemessensten sind. Es ist unrichtig, wenn man glaubt, es sei dem Staate vortheilhaft, Sachen dann noch selbst zu verfertigen, wenn man sie im Auslande wohlfeiler kaufen kann. Die Mehrkosten, welche ihm die eigene Verfertigung verursacht, sind rein verloren, und hätten, wären sie auf ein anderes Gewerbe angelegt worden, reichhaltigen Gewinn bringen können. Es ist eine schiefe Ansicht, man müsse in einem solchen Fall das Geld im Lande zu behalten suchen, und lieber nicht kaufen. Hat der Staat Produkte, die er ablassen kann, so kann er sich auch Gold und Silber kaufen, und es münzen lassen. Je vortheilhafter der Producent und Fabrikant seine Erzeugnisse absetzen kann, je mehr bestrebt er sich, sie hervorzubringen, und je mehr davon hervorgebracht wird, um so weniger lässt sich Mangel davon besorgen. Ausfuhrfreiheit ist also gerade dahin gerichtet, dem Mangel vorzubeugen, statt, wie

wurden die allgemeinen Grundsätze über die Gewerbepolizei den Regierungen eingeschärft, und die unparteiische Geschichte wird

„man gewöhnlich glaubt, ihn herbeizuführen. Freiheit des Handels macht den „Spekulationsgeist des Kaufmanns rege. Dieser wird seine Waaren nicht sofort „absetzen, wenn er noch Aussicht hat, solches vortheilhafter thun zu können, „oder gerne das Steigen der Preise abwarten wollen, wenn er sie höher einge- „kauft hat; er wird sie also auch nicht ausführen, wenn er sie im Lande selbst „noch mit Vorthail abzusetzen hoffen darf. Auf diese Weise schafft sich der „Staat Vorräthe und Magazine im Lande, ohne dass er besondere Kosten darauf „verwenden darf. Leichtigkeit des Verkehrs und der Kommunikation wird die „Waaren im Lande jedesmal dahin bringen, wo sie am nöthigsten sind, weil sie „da am theuersten bezahlt werden. Es ist nicht nothwendig den Handel zu be- „günstigen, er muss nur nicht erschwert werden. Eben diese Freiheit im Ge- „werbe und Handel schafft zugleich die möglichste Concurrrenz in Absicht des „producirenden und feilbietenden Publikums, und schützt daher das consumi- „rende am sichersten gegen Theurung und übermässige Preissteigerung. Es ist „falsch, das Gewerbe an einem Ort auf eine bestimmte Anzahl von Subjekten „beschränken zu wollen. Niemand wird dasselbe unternehmen, wenn er dabei „nicht Vorthail zu finden glaubt; und findet er diesen, so ist es ein Beweis, dass „das Publikum seiner noch bedarf; findet er ihn nicht, so wird er das Gewerbe „von selbst aufgeben. Man gestatte daher einem Jeden, so lange er die vorbe- „merkte Grenzlinie hierin nicht verletzt, sein eigenes Interesse auf seinem eigenen „Wege zu verfolgen, und sowohl seinen Fleiss, als sein Kapital in die freieste „Concurrrenz mit dem Fleisse und Kapitale seiner Mitbürger zu bringen. Dieses „sind die Grundzüge, nach denen die Regierungen bei Verwaltung der Gewerbe- „und Handels-Polizei zu verfahren haben. Nicht staatswirthschaftliche, sondern „blos politische Gründe (oder allenfalls Bedürfniss des Augenblicks, welchem aber, „wenn diese Maximen befolgt werden, der Regel nach immer wird vorgebeugt „werden können) können es nöthig und räthlich machen, anderweite Massregeln „zu ergreifen. Von einem solchen Falle werden die Regierungen aber jedesmal „höhern Orts benachrichtigt werden, vorzüglich in Absicht der Getreideausfuhr. „Ihr Augenmerk muss dahin gehen, die Gewerbe- und Handelsfreiheit so viel als „möglich zu befördern, und darauf Bedacht zu nehmen, dass die verschiedenen „Beschränkungen, denen sie noch unterworfen ist, abgeschafft werden, jedoch nur „allmählich auf eine legale Weise, und selbst mit möglichster Schonung des „Vorurtheils, da jede neue Einrichtung mit Reibungen verbunden ist, und ein „zu schneller Uebergang von Zwang zur Freiheit manchmal nachtheiligere Folgen „hervorbringt, als der Zwang selbst. Auf keinen Fall aber müssen die Regie- „rungen von jetzt ab Concessionen oder Berechtigungen zu Gewerben, von „welcher Gattung diese sein mögen, ertheilen, durch welche ein Exclusiv- oder „gar Zwangs- und Bannrecht begründet werden soll. Letztere sollen von jetzt „ab unter keinen Umständen mehr verliehen und Exclusivrechte gleichfalls, so „viel als möglich, vermieden, höchstens nur dann und nur auf gewisse Jahre „gegeben werden, wenn bei einem neuen Gewerbe der Versuch gemacht werden „soll, ob es gedeihen werde. Es ist dazu auch jedesmal die Genehmigung der „höhern Behörde nothwendig.“

es immer zum hohen Ruhme der Regierung Friedrich Wilhelms III. erzählen, dass sie durch dies Gesetz schon vor einem halben Jahrhundert ganz entschieden ausgesprochen hat, dass die Principien der Handels- und Gewerbefreiheit massgebend und leitend sein müssen.

Diesen Principien wäre es nun entsprechend gewesen, alle Beschränkungen in Bezug auf Darlehne und Zinsen aufzuheben. Es wurden aber durch ein Gesetz vom 15. Februar 1809 die Wuchergesetze nur suspendirt. Und dies geschah auch nur auf die Zeit bis Ende 1810 — daneben war jedoch den Grundbesitzern Indult bewilligt, Schuldner waren also auf Kosten ihrer Gläubiger begünstigt, was mit der Gerechtigkeit nicht in Einklang steht.

Durch Edikt vom 29. März 1809 wurde die Zunftverfassung aller Müllergewerke in Ostpreussen und Litthauen, sammt Ermland und dem Marienwerder'schen Kreise für gänzlich aufgehoben erklärt. Das Gewerksvermögen sollte unter die Mitglieder vertheilt werden.

Ein von Berlin datirtes Edikt vom 9. April 1810 bestimmte „in Verfolg Unserer bereits erklärten landesväterlichen Absicht, Jedermann den freien Gebrauch seiner persönlichen Kenntnisse und Fähigkeiten, so weit es mit der Verfassung und den wohl erworbenen Privatrechten verträglich ist, zu gestatten,“ dass in der Provinz Schlesien, wo bereits die mehrsten Webereien von zünftigen und unzünftigen Personen auf dem platten Lande betrieben werden durften, es hierbei verbleiben solle, und dass Jedem in Ost- und Westpreussen sammt Litthauen, der Kur- und Neumark und Pommern auf dem platten Lande der Betrieb der Weberei jeder Art in beliebiger Weise gestattet sein solle, ohne einer Zunft beizutreten oder in einer Zunft zu bleiben.

Nachdem in dem, von Hardenberg contrasignirten, Edikt über die Finanzen vom 27. October „eine völlige Gewerbefreiheit gegen Entrichtung einer mässigen Patentsteuer und mit Aufhören der bisherigen Gewerbesteuern“, ferner Aufhebung der Bann- und Zwangsgerechtigkeiten gegen Entschädigung abseiten des Staates für wirkliche Verluste u. s. w. in Aussicht gestellt worden war, erging schon an dem folgenden Tage das Edikt wegen der Mülhengerechtigkeit und Aufhebung des Mühlenzwanges, des Bier- und Branntweinzwanges in der ganzen Monarchie. Nach einem anderen Gesetze von demselben Tage sollte die Bestimmung des

Lohns für Bearbeitung des Getreides auf den Mühlen künftighin dem freien Uebereinkommen zwischen dem Müller und Mahlgast überlassen bleiben.

Demnächst erging unterm 2. November das Edikt über die Einführung einer allgemeinen Gewerbesteuer: „In dem Edikt über die Finanzverwaltung vom 27. v. M. haben Wir Unsern getreuen Unterthanen die Nothwendigkeit eröffnet, in der Wir Uns befinden, auf eine Vermehrung der Staatseinnahmen zu denken. Unter den Mitteln zu diesem Zweck hat Uns die Einführung einer allgemeinen Gewerbesteuer für Unsere getreuen Unterthanen weniger lästig erschienen, besonders da Wir damit die Befreiung der Gewerbe von ihren drückendsten Fesseln verbinden, Unsern Unterthanen die ihnen beim Anfange der Reorganisation des Staats zugesicherte vollkommene Gewerbefreiheit gewähren und das Gesamtwohl auf eine wirksame Weise befördern können.“

Nach diesem merkwürdigen Gewerbesteueredikt von 1810 musste derjenige, welcher, es sei in den Städten oder auf dem Lande, sein bisheriges Gewerbe, es bestehe in Handel, Fabriken, Handwerken, es gründe sich auf eine Wissenschaft oder Kunst, wenn er auch schon das Meisterrecht besass oder sich im Besitz einer Concession befand, fortsetzen oder ein neues unternehmen wollte, gegen Zahlung einer Steuer einen auf seinen Namen lautenden Gewerbeschein lösen. Von dieser Verpflichtung waren nur einige Klassen frei, namentlich Staats- und Gemeindebeamte, Landwirthe, Tagelöhner, gemeines Gesinde. Wer mehrere Gewerbe betrieb, hatte für jedes einen besonderen Gewerbeschein zu lösen. Der Gewerbeschein gab dem Inhaber das Recht, das darin bezeichnete Gewerbe im ganzen Umfang des Staats, so wohl in den Städten als auf dem Lande „zu treiben und von den Behörden dabei geschützt zu werden. Keiner Corporation und keinem einzelnen steht ein Widerspruchsrecht, welcher Grund dazu auch angeführt werden mag, zu.“ Die Gewerbefreiheit durfte auch durch die Existenz von Gewerbe-Gerechtigkeiten nicht beschränkt und Niemandem auf den Grund derselben ein Gewerbeschein zum Betrieb des in Rede stehenden Gewerbes versagt werden.

Im Allgemeinen durfte Niemanden der Gewerbeschein versagt werden, welcher ein polizeiliches Attest über seinen rechtlichen Lebenswandel beibringt. Für Minderjährige, Ehefrauen, Staats- und Privatdiener war jedoch die vorherige Einwilligung

ihrer Eltern oder Vormünder, Ehemänner, Dienstvorgesetzten oder Lohnherren erforderlich. Ferner erforderte der Handel mit Salz, Spielkarten und Stempelpapier, die Haltung von Privatposten und Privatlotterien Staatsgenehmigung. Auch durften Aerzte nicht Arzneien dispensiren, Apotheker nicht Arzneikunst ausüben und Mäkler*) nicht selbst Handel treiben.

„§. 21. Zu Gewerben, bei deren ungeschicktem Betrieb gemeine Gefahr obwaltet, oder welche eine öffentliche Beglaubigung oder Unbescholtenheit erfordern, können nur dann Gewerbescheine ertheilt werden, wenn die Nachsuchenden zuvor den Besitz der erforderlichen Eigenschaften auf die vorgeschriebene Weise nachweisen. Zu diesen gehören jedoch nur: 1) Abdecker, 2) Aerzte und Wundärzte aller Art, 3) Apotheker und Laboranten, 4) Berggeschworene, 5) Dollmetscher und Uebersetzer, Behufs gerichtlicher und gewerblicher Geschäfte, 6) Feldmesser, Nivellirer und Markscheider, 7) Gast- und Schankwirthe aller Art, einschliesslich derer, die gewerbweise meublirte Zimmer halten, Schlafstellen vermieten und sitzende Gäste haben, 8) Gesindemäkler, 9) Güterbestätiger und Schaffner, 10) Hebammen, 11) Justiz-Commissarien, Notarien, Procuratoren, 12) Juwelirer, Gold- und Silberprobirer, 13) Lohnlackeier, 14) Lootsen, 15) Mäkler, Dis-pacheurs und Auktionatoren, 16) Marionettenspieler, 17) Maurer, 18) Messer, Wäger, Braker, Schauer, Stauer, überhaupt alle die bestellt sind die Quantität, Qualität und richtige Verpackung von Waaren zu constatiren, 19) Mühlenbaumeister, 20) Oekonomie-Commissarien, 21) Personen, welche mit Thieren und andern Sachen zur Schaustellung umherziehen, 22) Personen, die ein Gewerbe daraus machen, Leichen zu reinigen und anzukleiden, 23) Schauspieldirektoren, 24) Schiffer- und Steuerleute für Seeschiffe, 25) Schornsteinfeger, 26) Schreib- und Rechenmeister, in so fern ihre Atteste über die Identität oder Verfälschung einer Schrift oder die Richtigkeit einer Rechnung öffentlichen Glauben haben sollen, 27) Schweine-, Vieh- und Pferde-Castrirer, 28) Seeschiffs-Zimmerleute, 29) Seiltänzer, Equilibristen, Taschenspieler, 30) Todtengräber, 31) Vieh- und Rossärzte, 32) Verfertiger chirurgischer Instrumente, 33) Vorsteher von Privat-Irrenhäusern, 34) Zimmerleute.

*) Kraus (V. S. 252) sagte schon: „Zweckmässig, obgleich wenig wirksam, ist die Beschränkung, dass Mäkler nicht selbst handeln sollen.“

Wegen des Gewerbebetriebes der Juden wurden besondere Bestimmungen in Aussicht gestellt. Alle bisherigen Abgaben von Gewerben, insofern sie die Berechtigung zum Betriebe derselben betreffen, hörten auf. Endlich wurden im §. 31. alle Bestimmungen des allgemeinen Landrechts und besonderer Verordnungen, welche dem Inhalt des Edikts entgegen sind, für aufgehoben erklärt.

Das Edikt vom 20. November hob, „da die Gesetze wider die Vor- und Aufkäuferi a. den Verbrauch der Produkte erschweren, die Produktion und zuletzt mithin auch die Consumption beschränken, b. mit den Grundsätzen der Gewerbefreiheit und dem neuen Besteuerungssystem in Widerspruch stehen“, das Vor- und Aufkaufsedikt vom 17. November 1747, die schon oben erwähnte Verordnung über diesen Gegenstand vom 18. November 1808 und alle dahin einschlagende allgemeine oder besonderen Verordnungen ohne Unterschied auf, und erlaubte jedem Stadt- und Landbewohner, der den erforderlichen Gewerbeschein zum Handel gelöst hat, Produkte und Fabrikate des platten Landes aufzukaufen und wieder zu verkaufen. Doch blieb an Markttagen „das Aufkaufen und Verkaufen, im, und vor den Thoren, so wie auf den Strassen und in den Wirthshäusern, kurz an jedem Orte ausser dem Markt untersagt.“ Alle auf dem Markt selbst nach der besonderen Verfassung eines jeden Orts etwa bestehende Vorkaufsrechte einzelner Klassen wurden aufgehoben, so dass ein völlig freier Marktverkehr stattfand.

Durch das Gesetz über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe vom 7. September 1811 wurden, in Verfolg des Gewerbesteueredikts, einige „nähere und besonders polizeiliche Vorschriften“ erlassen; zunächst in Beziehung der Gewerbescheine auf das Bürgerrecht und auf die Militairverhältnisse, dann auf die Zunftverhältnisse.

Wer bisher nicht zünftig war, konnte auf den Grund seines Gewerbescheins jedes Gewerbe treiben, ohne deshalb genöthigt zu sein, irgend einer Zunft beizutreten. Er war dem ohnerachtet auch berechtigt, Lehrlinge und Gehülfen anzunehmen. In diesem Fall konnten die Lehrzeit oder die Dauer des Dienstes, das etwaige Lehrgeld, Lohn, Kost und Behandlung durch freien Vertrag bestimmt werden. Wer bisher zünftig war, konnte dem Zunftverband entsagen. Zünftige Gesellen konnten ohne Nach-

theil an ihren Zunftrechten auch bei Unzünftigen arbeiten. Jedes Gewerk konnte sich auflösen. Auch die Bezirksregierung konnte jedes Gewerk zu jeder Zeit für aufgelöst erklären.

Darauf folgen Bestimmungen über die Ablösung der Real-Gewerbsberechtigungen; über die bisherigen Realberechtigungen auf dem Lande; über die Grenzen der Berechtigung, welche Gewerbescheine geben; über die Berechtigung, mehrere Gewerbe neben einander zu betreiben.

Hinsichtlich der Staatsdiener blieb es der „billigen“ Beurtheilung jeder Behörde überlassen, zu welchen Gewerben sie ihren „Officianten“ die Genehmigung versagen will. „Kein Officiant ist befugt, solchen Versagungen zu widersprechen. Jedoch folgt bei Officianten aus dem Besitz von Landgütern stets auch die Befugniß, mit dem Betriebe der Landwirthschaft gewöhnlich verbundene Gewerbe zu treiben.“ „Bei welchen Gewerben die Erlaubniß zum Betriebe derselben von dem Erweise besonderer Eigenschaften abhängig sein soll, ist zwar bereits §. 21. des Edikts vom 2. November verordnet. Es sollen indess noch einige andere Gewerbe gleicher besonderer Aufsicht unterworfen und überhaupt darüber folgende Vorschriften beobachtet werden.“ Diese Vorschriften umfassen nicht weniger als 78 Paragraphen.

Alle polizeilichen Taxen der Lebensmittel, Kaufmanns- und Bäckerwaaren wurden überall und gänzlich aufgehoben. Die Gastwirthe in den Städten erster und zweiter Klasse wurden jedoch verpflichtet, monatlich sich selbst, und zwar jeder für sich besonders, eine Taxe zu setzen, diese in allen Gaststuben anzuschlagen, und im Laufe des Monats bloß danach zu liquidiren. Den Polizeibehörden der Städte dritter Klasse blieb überlassen, diese Einrichtung auch einzuführen, wenn sie dieselbe dem Verkehr der Stadt angemessen fanden. Endlich wurden noch alle Lohntaxen für Handwerkerarbeit aufgehoben. — Für Aerzte wurde am 21. Juni 1815 eine neue Taxe eingeführt. —

Eine — durch §. 190 der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 jedoch als aufgehoben zu erachtende — Verordnung vom 24. October 1811 bestimmte, dass es zwar wegen Prüfung der Apotheker bei den schon bestehenden Gesetzen sein Bewenden behalten, die Anlage neuer Apotheken aber nur stattfinden sollte, wenn das Bedürfniss einer Vermehrung derselben erwiesen sei. — Wenn also Jemand die Apothekerprüfung gut bestanden hatte,

so konnte er doch nur dann eine neue Apotheke anlegen, wenn nach dem subjektiven Ermessen von Beamten ein Bedürfniss dazu war. Dies stimmt offenbar weder mit den Grundsätzen von 1808,*) noch mit der 1810 verheissenen völligen, vollkommenen Gewerbefreiheit überein. — In späteren Gesetzen spielt die Bedürfnissfrage noch eine grössere Rolle.

Das Edikt, betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden, vom 11. März 1812 gab auch dem Gewerbebetrieb der Juden grössere Freiheit.

Eine Kabinetsordre vom 19. April 1813 versagte den Verträgen, welche die gesetzlich gegebene Gewerbefreiheit beschränken oder hindern, falls sie nach dem 2. November 1810 geschlossen sind, die Klagbarkeit für den Contrahenten, der dadurch Rechte erlangt zu haben glaubt.

Ueber die Entschädigung für die am 28. Oktober 1810 erfolgte Aufhebung des Mühlen-, Bier- und Branntweinzwanges erging am 15. September 1818 eine besondere Verordnung.

Eine fernere Verordnung vom 18. November 1819 erklärte hinsichtlich aller später entstehenden Windmühlen die landrechtliche Vorschrift, nach welcher Niemand berechtigt war, durch Anpflanzung hoher Bäume da, wo dergleichen vorher nicht gewesen, einer Windmühle den nöthigen Wind zu benehmen, für aufgehoben, da diese Vorschrift bei der, seit Einführung der Gewerbefreiheit, stattfindenden Vermehrung der Windmühlen nicht ferner angemessen sei.

Endlich wurden unterm 30. Mai 1820 die durch das Edikt vom 2. November 1810 eingeführte allgemeine Gewerbesteuer, und sämtliche Gewerbe-, Patent- und Nahrungssteuern, die in den seit 1. Januar 1813 wieder- oder neuerworbenen Landestheilen bis dahin erhoben worden waren, für aufgehoben erklärt. Dagegen wurde aber eine andere Gewerbesteuer eingeführt, die im ganzen Staat gleichförmig erhoben werden sollte.

Die Gewerbesteuer nach dem Edikt vom 2. November 1810 war auch in den später an Preussen gelangten Ländern erhoben

*) „Es ist falsch, das Gewerbe an einem Ort auf eine bestimmte Anzahl von Subjekten einschränken zu wollen. Niemand wird dasselbe unternehmen, wenn er dabei nicht Vorthail zu finden glaubt; und findet er diesen, so ist es ein Beweis, dass das Publikum seiner noch bedarf; findet er ihn nicht, so wird er das Gewerbe von selbst aufgeben.“

worden. Hier war aber das Gewerbepolizeigesetz vom 7. September 1811 nicht eingeführt, und es wurden nur denjenigen Gewerbescheine ertheilt, welche nach der vorgefundenen gewerblichen Verfassung zum selbstständigen Betriebe des Gewerbes berechtigt waren, worauf sie den Gewerbeschein nachsuchten. Das Gewerbesteuergesetz vom 30. Mai 1820 verhiess, dass die Gesetze, welche die Berechtigung zum Gewerbe bisher in einzelnen Landestheilen verschiedentlich bestimmt hatten, einer Revision unterworfen und, wo es nöthig, verbessert, ergänzt oder durch neue Anordnungen ersetzt werden sollten. Bis dahin sollten allenthalben diejenigen Personen für solche geachtet werden, die ein Gewerbe umherziehend betreiben, welche in den §. 136 — 139 des Gewerbepolizeigesetzes vom 7. September 1811 als solche bezeichnet sind und nur für diese sollten noch Gewerbescheine ausgefertigt werden.

Jeder, der ein Gewerbe anfangen oder aufgeben will, muss dem Gemeindevorstand davon Anzeige machen. Die Bezahlung der Gewerbesteuer giebt an und für sich noch kein Recht zum Gewerbebetrieb, obwohl wegen nicht bezahlter Steuer der Gewerbebetrieb einstweilen untersagt werden kann. Während nach dem Gesetz von 1810 jedes Gewerbe steuerpflichtig war, welches nicht ausdrücklich als steuerfrei erklärt ist, sind jetzt nur steuerpflichtig: der Handel mit sogenannten kaufmännischen Rechten in der weitesten Ausdehnung, namentlich auch die Rhederei und das im Grosshandel vorkommende Mäklergeschäft; der Handel ohne kaufmännische Rechte, wozu namentlich auch Aufkäuferi und Hökerei gehört; Gast- und Schankwirthschaft aller Art, mit Einschluss des gewerbsweise betriebenen Vermiethens möblirter Zimmer; Handwerker, wenn sie entweder ihr Gewerbe mit mehr als einem erwachsenen Gehülfen und einem Lehrlinge betreiben, oder wenn sie auch ausser den Jahrmärkten Lager von fertigen Waaren auf den Kauf halten; Bäcker; Fleischer; Brauer; Müller; Flussschiffahrt mit grösseren Fahrzeugen; Frachtfuhrleute und Pferdeverleiher; Gewerbe, die im Umherziehen betrieben werden. —

Alle auf Gewerbe und Industrie bezüglichen Gesetze, welche seit 1820 erlassen sind, hier aufzuzählen, würde zu weit führen. Ich lasse daher hier nicht blos die weniger wichtigen, sondern auch diejenigen über die Presse, über das Zollwesen, über Eisen-

bahnen, Bergwesen, Actiengesellschaften, Münzwesen,*) Versicherungsanstalten**) etc. unerwähnt. Bis 1845 ist die Gesetzgebung von der Gewerbefreiheit und den Principien von 1808 und 1810 nicht entschieden abgewichen, wenn auch einige bedenkliche Beschränkungen angeordnet wurden und Rückschritte vorkamen.

Unterm 11. Juli 1822 erging ein deklarirendes Gesetz über die, binnen längstens 30 Jahren zu beendigende, Ablösung der Realgewerbeberechtigungen. Dennoch ist diese Ablösung jetzt noch nicht in allen Städten ganz vollständig durchgeführt.

Die Verordnung vom 5. Januar 1823 hob in den östlichen Provinzen die öffentlichen Schauanstalten für Tuch und andere Wollwaaren als Zwangsanstalten auf.

Unterm 21. Mai 1824 erhielt das ministerielle Regulativ über den Gewerbebetrieb im Umherziehen und insbesondere das Hausiren, vom 28. April 1824, Gesetzeskraft. Hierdurch wurde dieser Gewerbebetrieb vielfach beschränkt und ohne Noth gehemmt und erschwert. Namentlich soll der Hausirhandel nur mit gewissen Waaren gestattet werden, und Ausländer dürfen nicht einmal mit allen diesen Waaren handeln.

Der Freiherr von Ulmenstein***) meint, es gäbe ein Gebiet, in welchem der unverhohlenste Republikanismus, ja der radikalste Demokratismus jederzeit walten und die Verhältnisse leiten sollte

*) Durch den Wiener Münzvertrag vom 24. Januar 1857 und seine Genehmigung von Seiten der Preussischen Volksvertretung bin ich noch nicht in den Ansichten irre geworden, welche ich in meinem Aufsatz: Eine Deutsche oder eine Preussische Münzreform? (Zeitschrift für Staatswissenschaft. 1854. S. 419—496) ausgesprochen habe.

**) In dem Aufsatz: Die Preussische Gesetzgebung über das Feuerversicherungswesen (Bremer Handelsblatt. 1855. Nr. 188. 189) habe ich nachgewiesen, dass die bezüglichen Gesetze vom 8. Mai 1837, 30. Mai 1841, 5. Januar 1847 und 17. Mai 1853 theils unnütz, theils schädlich sind, ihre Aufhebung demnach Bedürfniss ist, wenn nur mit Zuchthausstrafe und Geldbusse derjenige bedroht wäre, welcher vorsätzlich oder aus Fahrlässigkeit für eine höhere Summe Versicherung gegen Feuersgefahr genommen hat, als der muthmassliche Verkaufspreis der versicherten Gegenstandes zur Zeit des Versicherungsabschlusses war, oder welcher nach einem Brande vorsätzlich oder aus Fahrlässigkeit deshalb eine höhere Entschädigung gefordert hat, als der wirkliche Verlust beträgt, der ihm lediglich durch den Brand unmittelbar erwachsen ist — da Betrugsfälle dieser Art im §. 242 und 244 des Strafgesetzbuchs nicht vorgesehen sind.

***) Ueber einige Zweige des Handels und insbesondere über den Hausirhandel (Rau, Archiv der politischen Oekonomie. 1835. I. S. 207—236.)

und welches dennoch durch ein wunderliches Gemisch von Tyrannei, Aristokratie, ja Oligarchie, und sogar von ungezügelter Herrschaft der anmassenden Menge in sich fasse. Dies Gebiet — sei das Gebiet des Handels und zum Theil selbst des gewerblichen Verkehrs. Nun fänden sich in diesem Gebiet noch Verirrungen, welche aus alterthümlichen Theorien entstanden, gegenwärtig sich nur mit neuen Federn schmücken, um zweckmässigen, den Handel belebenden Institutionen solche Hindernisse in den Weg zu legen, die, keineswegs den beabsichtigten Zweck erreichend, hauptsächlich nur zum Versiegen jedes Handels beitragen. „Der Hausirhandel ist nebst dem sehr nahe damit verwandten Karavanen-, so wie dem Mess- und Markthandel, der Vater unseres jetzigen Handelssystems und da, wo er noch in der Volksthümlichkeit und der Natur der durch ihn abgesetzten Waaren erscheint, durchaus nicht zu entbehren und sogar durch kein Verbot, durch keine Regierungsmassregel, ohne den grössten Nachtheil für die Verkäufer sowohl, als die Käufer, zu unterdrücken, ja manche Zweige desselben sind von einer solchen Natur, dass sie sehr wesentlich zum Unterrichte und zu der Bildung der Völker mit beitragen.“ Nachdem Ulmenstein den Hausirhandel in mehreren und zum Theil den ungleichartigsten Ländern untersucht, kommt er zu dem Resultat, dass er überall naturgemäss und volksthümlich ist. In den scandinavischen Staaten z. B. „treffen wir fremde Hausirer aller Art, und selbst in den Wäldern Schwedens und Norwegens verhältnissmässig mehr Betriebsamkeit und Wohlstand an, als da, wo der auf sich selbst beschränkte, einsam wohnende Landmann nicht mit dem Hausirer in Verkehr treten und durch den Eintausch seiner, obgleich sehr mässig gesteigerten, Bedürfnisse gegen die von ihm genommenen und sonst nicht leicht anzubringenden Produkte die ersten Stufen eines höheren civilisirten Lebens betritt.“ In England findet sich die vollkommenste Unbeschränktheit des blühenden Hausirhandels; und auch in Frankreich ist der Hausirhandel im Ganzen frei. Auch ausser Europa, jedoch nur in den Ländern, wo dem Gesetze Ansehen und dem Handel Schutz zu Theil wird, leistet der Hausirhandel die wesentlichsten Dienste. Die Colonisation würde in Amerika nicht so reissende Fortschritte machen können, wenn der Colonist nicht seine Bedürfnisse von dem Hausirer erhielte und diesen, wenigstens zum Theil, mit eigenen Erzeugnissen bezahlte. Eine besondere Art des Hausirens ist das Hausiren

mit Arbeit und mit Dienstleistungen. Dies zu beschränken fehlt jeder genügende Grund. Der Austausch der verschiedenen menschlichen Kräfte ist kaum weniger wichtig, als der Austausch der Waaren. „Lasset uns den Erfindungsgeist der neueren Zeit und die liberalen Bestrebungen derjenigen Regierungen dankend preisen, von denen die Mittel zum Reisen und weitem Fortkommen in der Fremde nicht erschwert, sondern vielmehr erleichtert worden sind. Sein Sumpfleben hat den sonst fähigen Chinesen entnervt: der Deutsche fühlt sich in allen Verhältnissen frei, weil er, selbst gedrückt, überall ein neues Vaterland findet, wohin er seinen Fleiss verpflanzt und wohin er ein grösseres Gut, seine geistige Ausbildung, als Ausstattung mitbringt.“ „Neue Handelsartikel, neue Formen und Muster werden am besten und schnellsten durch den Hausirhandel, oder was so ziemlich gleich ist, durch den Markt- und Messverkehr eingeführt. Der Hausirhandel erhält die Handelswelt jugendlich und frisch, er widerstrebt der kaufmännischen Einseitigkeit, Aristokratie und Oligarchie und der nicht genug zu bekämpfenden Sucht zu monopolisiren; er nährt und hebt manchen angehenden Fabrikanten, er begründet manches neue Geschäft. Ohne ihn würden wir, besonders in kleinen Landstädten, worin wenig oder gar keine Concurrrenz unter den wenigen Krämern oder Kaufleuten aufkommen kann, und wo durch Verabredungen die Preise gemacht und erhalten, öfters keine Waaren zu den niedrigsten Preisen haben können, und das Zunft- und Innungswesen würde, obgleich in sehr vielen Staaten gesetzlich aufgehoben, dennoch einen gewissen Grad von Selbstständigkeit wieder zu erlangen wissen. Selbst wo die Innungen noch bestehen, lässt ein blühender Hausirhandel, dem man keine Fesseln anlegt, die Missbräuche der Zünfte fast nicht aufkommen.“ „Wir sind der Meinung, dass der Hausirhandel füglich als die Controlle, als der Prüfstein jedes örtlichen Handels angesehen werden könne, dass es da, wo die Hausirer aller Art viel Absatz finden, mit dem eigenen Handel übel bestellt sei, und dass da, wo nicht der gemeine Krämergeist vorherrscht, in der Regel kein Hausirhandel aufkommen könne. Wir haben bereits bemerkt, dass gewisse Waaren so lange auf dem Wege des Hausirens werden abgesetzt werden, bis für sie ein regelmässiger Handelsweg sich wird gebildet haben; was aber den Absatz aller andern Gegenstände betrifft, welche nach der Ortsgewöhnheit öffentlich in einem Laden verkauft werden, so hat jeder Kaufmann vor dem fremden in der

Regel so viel voraus, dass er seine Waaren, wenn er keinen übertriebenen Nutzen nimmt, eben so wohlfeil und wohlfeiler verkaufen kann, als der Hausirer, der keine feste häusliche Einrichtung hat, öfters die Waaren nicht so im Grossen einkaufen kann, keine bestimmte Kundschaft besitzt, selten durch längere Bekanntschaft sich bereits Vertrauen erworben hat und überhaupt manchen Zufälligkeiten unterworfen ist. Wir können überhaupt keinem Gewerbtreibenden, keinem Arbeiter ein ausschliessendes Recht auf einen bestimmten Verdienst einräumen; der Kaufmann, der Gewerbetreibende hat sich durch die Wahl seines Berufes der ohnedem für die Käufer (Consumenten) wohlthätigen Concurrenz dahin gegeben, sie ist sein Herr und Meister, aber sie wendet ihm ebenso viel und mehr Vortheile als Nachtheile zu, wenn er sich ihren Gesetzen fügt.“ Wenn das Hausiren keine Hemmung verdient, so verdient es doch auch keine Begünstigung durch Steuerfreiheit. Aber man soll den Hausirer nicht mehr als jeden Andern beschweren, „denn durch die Geburt hat der Mensch bereits das Recht erlangt, sich auf der mütterlichen Erde frei zu bewegen und seine Kräfte zu üben.“

Man kann das Hausiren überhaupt für nützlich halten, ohne deshalb Jedem jedes beliebige Umherziehen gestatten zu wollen, z. B. Drehorgelspielern, Harfenistinnen, Seiltänzern u. dergl., Händlern mit Giften, Branntweinen u. s. w. Abgesehen hiervon aber wird man das Regulativ von 1824 doch als viel zu beschränkend erachten und seine baldige Aufhebung um so dringender wünschen müssen, als die bezüglichlichen Bestimmungen des Gewerbepolizeigesetzes doch dreizehn Jahre lang genügend waren.

Hoffmann,*) der den Hausirhandel nicht für so nützlich hielt, wie Ulmenstein, hob doch besonders hervor, dass der Eingang des Regulativs von 1824 dessen Unvollkommenheit selbst andeute, indem er dasselbe nur als eine vorläufige Verordnung bezeichne. Inzwischen ist durch die Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 §. 14 u. 15 aus einem ein- und zwanzigjährigem Provisorium ein Definitivum geworden. Alle Gewerbe, die nicht im Regulativ von 1824 als im Umherziehen betrieben bezeichnet sind, sind als „stehende“ anzusehen. Dazu gehört z. B. auch das Gewerbe der Feldmesser, der Lootsen, der Schiffer, der Fuhrleute, der Eisenbahngesellschaften, und nur deshalb werden von letzteren

*) Lehre von den Steuern. S. 205. Befugniss zum Gewerbebetriebe. S. 254.

auf Grund der neuesten Gemeindeordnungen Gemeindesteuern gefordert.

Als ein fernerer Rückschritt musste es angesehen werden, dass nach der Kabinetsordre vom 23. October 1826, welche erst durch §. 38. der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 wieder aufgehoben worden ist, die Anlage neuer Getreidemahlmühlen nur stattfinden sollte, wenn nach dem subjectiven Ermessen von Beamten ein Bedürfniss dazu vorhanden war.

Die Verordnung vom 2. Juni 1827, betreffend die polizeilichen Verhältnisse des Leinengewerbes in Schlesien, setzte, da die frühere besondere Einwirkung der Landespolizei auf das Leinengewerbe nicht mehr in gleichem Grade nöthig sei, an die Stelle veralteter Vorschriften neue und zeitgemässere.

„Um den Gefahren, welche aus dem in neuerer Zeit immer allgemeiner werdenden Gebrauche der Dampfmaschinen zu besorgen sind, möglichst vorzubeugen,“ wurden durch die Kabinetsordre vom 1. Januar 1831 besondere Bestimmungen erlassen, und das Staatsministerium erhielt die Weisung „auch dafür zu sorgen, dass die Behörden, zur Wahrnehmung des technisch-polizeilichen Interesses in jedem einzelnen Falle, mit einer allgemeinen belehrenden Anweisung versehen werden, und dass durch Zögerungen bei Ertheilung der Erlaubnisscheine und bei den erforderlichen Revisionen das gewerbliche Interesse nicht leide.“ Eine fernere Kabinetsordre vom 27. September 1837 bestimmte, dass vorge dachte Kabinetsordre auch auf die Anlage und den Betrieb von Dampfkesseln zu andern Zwecken als zum Maschinenbetriebe Anwendung finden solle. Noch weitere Bestimmungen sind in §§. 27—37 der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 und in dem Gesetz vom 7. Mai 1856 enthalten, und ausserdem sind eine Reihe weitläufiger ministerieller Instructionen, Regulative und Anweisungen erlassen worden.

So gutgemeint gewiss alle diese Gesetze, Verordnungen und besonderen Strafandrohungen sind, so darf man doch bezweifeln, ob eine derartige, jedenfalls beschwerliche und hemmende Staatseinmischung an sich nöthig und nützlich ist. Denn diejenigen Personen, welche Dampfmaschinen fabriciren, aufstellen und benutzen, haben selbst das grösste Interesse, Schaden und Unglücksfälle möglichst zu verhüten, und in vielen, vielleicht in den meisten Fällen verstehen sie auch von Dampfmaschinen nicht weniger, als Beamte, welche die Anlagen revidiren und überwachen sollen.

Hat denn die Erfahrung in Preussen etwa schon erwiesen, dass bei dem durch Staatsbeamte betriebenen Eisenbahnverkehr weniger Unglücksfälle vorkommen, als auf den durch Privatgesellschaften betriebenen Bahnen? Eine Sicherheit verschafft auch die Staatsgenehmigung zum Betriebe einer Dampfmaschine, eines Dampfkessels oder Dampfentwicklung, oder zu irgend einer andern gewerblichen Anlage für den Unternehmer nicht, selbst wenn er sich genau nach der ihm von Beamten ertheilten Concession richtet. Denn wenn er einem Andern Nachtheil oder Schaden zufügt, so läuft er dennoch Gefahr, von dem Richter zu einer Entschädigung verurtheilt zu werden; und für Tödtungen oder Körperverletzungen droht das Strafgesetzbuch §. 184, 185, 202, 203 schwere Strafen an.

Da in mehreren Städten der Provinz Posen „noch Zunftzwang und ähnliche Beschränkungen des Gewerbefleisses das zeitgemässe Fortschreiten desselben“ hemmten, so wurden durch das Gesetz vom 13. Mai 1833 alle ausschliesslichen Gewerbeberechtigungen der Zünfte und Corporationen oder einzelner Individuen, in gewissen Fällen gegen Entschädigung, aufgehoben. Die Befugniss zum Betriebe eines Gewerbes kann mit der Wirkung eines Untersagungsrechtes nicht mehr in Anspruch genommen werden. Ein anderes Gesetz von demselben Tage hob auch die Zwangs- und Bannrechte in gedachter Provinz auf.

Nach den Kabinetsordres vom 7. Februar 1835 und 21. Juni 1844, den §. 55 und 63 der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 und der Kabinetsordre vom 16. November 1846 ist auch derjenige, welcher einen Kleinhandel mit Getränken, oder Gast- oder Schenkwirthschaft betreiben, oder überhaupt zubereitete Speisen oder Getränke zum Genuss auf der Stelle gegen Bezahlung verabreichen will, manchen Beschränkungen unterworfen. Er muss zu diesem Gewerbe, bei welchem ein Betrieb durch Stellvertreter verboten ist, eine Concession nachsuchen, welche aber nur ertheilt wird, wenn nach dem subjectiven Ermessen von Beamten seine Persönlichkeit, Führung und Vermögensverhältnisse die genügende Bürgschaft eines ordnungsmässigen Gewerbebetriebs gewähren, das Gewerbelocal geeignet und die Anlage nützlich und ein Bedürfniss ist. Die Concession wird immer nur auf Ein Jahr ertheilt und die Verlängerung demjenigen versagt, welcher bei seinem Gewerbsbetrieb zu begründeten Beschwerden Veranlassung giebt.

Wenn diese Gesetze nur den Brantweinschank und den Brantweinverkauf im Kleinen beträfen, so würde sich kaum etwas dagegen einwenden lassen. Es scheint aber doch nicht gerechtfertigt, auch das Ausschanken von Wein und Bier und den Kleinhandel damit, so wie die Gastwirthschaft und die Speisewirthschaft solchen Beschränkungen zu unterwerfen. Wenn Jemand, ohne allen eigenen Vorthail, mit eingesammelten Almosen eine Speiseanstalt einrichtet und leitet, um dadurch den ärmeren Klassen wohlfeiles und gutes Essen zu verschaffen, so ist diese Uneigennützigkeit anzuerkennen. Indessen darf man fragen, ob solche Almosenanstalt nöthig ist? ob, wenn jene beschränkende Gesetzgebung nicht wäre, die Privatindustrie nicht dauernd dasselbe leisten würde? Bei einem grossartigen Geschäft kann ein intelligenter Unternehmer entsprechenden Gewinn haben und doch wohlfeil verkaufen. Wird aber ein reicher Mann jetzt leicht ein bedeutendes Kapital in einem Unternehmen anlegen, wenn er die Polizeibeamten jährlich um Erlaubniss bitten muss, sein nützliches Geschäft fortführen zu dürfen, und wenn er nicht einmal einen Stellvertreter halten darf?

Der Entwurf eines Reglements, den Debit der Arzneiwaaren betreffend, vom 16. September 1836 bezeichnet, unter Bezugnahme auf ältere Verordnungen — die man durch §. 31 des Gewerbesteuer-Edictes vom 2. November 1810 für aufgehoben hätte erachten sollen — eine Menge Waaren, mit welchen nur Apotheker handeln dürfen, ferner eine Menge Waaren, welche Nichtapotheker nicht unter einem Pfunde verkaufen dürfen, und endlich eine Menge Waaren, mit welchen Nichtapotheker nicht unter zwei Loth handeln dürfen. Dieser Entwurf erhielt durch die Kabinetsordre vom 17. October 1836 Gesetzeskraft. Gewiss werden viele von denen, welche glauben mögen, dass wirklich die Sterblichkeit grösser sein würde, wenn wir weniger Medicinalpolizei hätten, diese Beschränkungen der Handelsfreiheit zu Gunsten der Apotheker doch als viel zu weit gehend erachten.

Ein ministerielles Regulativ vom 9. März 1839, welches durch die Kabinetsordre vom 6. April 1839 Gesetzeskraft erhielt, und das Gesetz vom 16. Mai 1833 bezweckten, das Arbeiten von Kindern in Fabriken und bei Berg-, Hütten- und Pochwerken zu beschränken.

In den Fabriken auch Kinder zu beschäftigen, ist keine neue Erfindung. Schon im siebenzehnten Jahrhundert hat in England der Gebrauch, Kinder vorzeitig zur Arbeit zu verwenden, in einer Ausdehnung geherrscht, die, im Vergleich mit dem Umfang des Manufaktursystems, unglaublich scheint. So wurden in Norwich, dem Hauptsatz des Tuchgewerbes, Kinder von 6 Jahren beschäftigt. „Mehrere Schriftsteller jener Zeit und darunter Einige, die für ausgezeichnet wohlwollend galten, erwähnen mit Frohlocken die Thatsache, dass in jener einzelnen Stadt Knaben und Mädchen von zartem Alter Vermögen erzeugten, was das zu ihrem Unterhalt Nöthige um 12000 £ jährlich überstiege. Je sorgfältiger wir die Geschichte der Vergangenheit untersuchen, desto mehr Grund werden wir finden, von Denen abzuweichen, die sich einbilden, unser Zeitalter sei an neuen socialen Uebeln fruchtbar gewesen. Das Wahre ist, dass die Uebel mit kaum einer Ausnahme alt sind. Was neu ist, das ist die Einsicht, die sie erkennt, und die Humanität, die ihnen abhilft.“*)

Das Streben, dem Uebel durch die Gesetzgebung abzuhelpen, scheint an sich wohl gerechtfertigt zu sein. Selbst Mill (II. S. 438), obgleich durchaus kein Vertheidiger der Staatseinmischung in die Privatthätigkeit, meint, es wäre Recht, dass Kinder und noch nicht zur Reife gelangte Personen, so weit das Auge und die Hand des Staats reichen können, vor Ueberarbeitung geschützt werden. Zu viele Stunden am Tage zu arbeiten und zu schwere Arbeit zu verrichten, müsse bei Kindern verboten sein; denn wenn es gestattet sei, könnten Kinder immer dazu gezwungen werden. Freiheit der Verträge wäre hier gleichbedeutend mit Freiheit des Zwanges.

Die Sache hat indessen doch manche Bedenken, die man auch in England, wo sie von Lord Ashley fortwährend betrieben wurde, nicht verkannte. Es wurde dort 1833 eine Ministerialcommission bestellt, welche darüber berichten sollte. „Dass die Kinder sich überarbeiteten, lag klar zu Tage. Obgleich es weniger geschwollene Gelenke, zusammengeschrumpfte Glieder und schief gewordene Rücken gab, als behauptet worden war, so gab es doch viel zu viel zurückgehaltenes Wachsthum, und viel zu wenig von den Eigenthümlichkeiten der natürlichen Kindheit unter jenen, welche man „die Opfer des Fabriksystems“ nannte,

*) Macaulay, Geschichte Englands, übersetzt von Bülow. I. S. 379.

welche aber in der That die Opfer der Armuth und der Herzlosigkeit ihrer Eltern waren. Aber konnte in einem blossen Gesetz ein Heilmittel gefunden werden? Die Commissare glaubten es nicht. Sie sahen vorher, dass viele falschen Eide über das Alter der Kinder und vielerlei Betrug vorkommen würde, den kein Gesetz hindern und aufdecken könnte: da die Eltern, gegen welche die Kinder Schutz bedurften, gerade diejenigen sind, welche sich aus Betrug und Meineid am wenigsten ein Gewissen machen würden.“ Fortwährend sahen auch die Fabrikanten ein, „wie erfolglos alle Versuche sein müssen, zwischen Eltern und Kindern etwas zu bestimmen, und wie die Manufakturen unter willkührlichen, ihnen durch die Gesetzgeber aufgelegten Beschränkungen hinwelken müssen. Die Arbeiter wurden in einem Zustand der Aufregung gehalten, wie auch immer ihre Ansichten über die Sache sein mochten. Einige ärgerten sich, dass die Legislatur Lord Ashley nicht gestattete, sich ihrer Kinder anzunehmen; während jene von der entgegengesetzten Denkart sich dahin aussprachen, dass die Zeit nicht danach wäre, ihre Angehörigen abzuhalten, sich Alles, was sie nur könnten, zu verdienen, und diese Einmischung in ihren einzigen Besitz, ihre Arbeit, als den entsetzlichsten Angriff, der noch jemals gegen die Rechte der Armen versucht worden, übel aufnahmen.“*)

Aber nicht blos in England, auch bei uns hat diese wohlgemeinte Gesetzgebung ihre praktischen Schwierigkeiten**) und

*) Harriet Martineau, Geschichte England's während des dreissigjährigen Friedens von 1816 — 1846, übersetzt von C. J. Bergius. II. S. 260 — 265. III. S. 248 — 250. IV S. 114 — 134.

**) So berichteten öffentliche Blätter von Ende December 1856 aus Berlin: „Durch die polizeilichen Recherchen bei hiesigen Gewerbtreibenden, welche, ohne im strengen Sinne des Wortes Fabrikarbeiten machen zu lassen oder sich Fabrikanten zu nennen, doch ihre Erzeugnisse durch Kinder arbeiten lassen, und durch die massenhaften Denunciationen solcher Gewerbtreibender bei der Polizeianwaltschaft, weil sie fast alle Kinder unter 14 Jahren in mehr als der vorgeschriebenen Zeit beschäftigen, sind in den letzten Wochen wohl an 1000 Kinder der Arbeit entzogen worden. Da durch diese Massregel nicht nur die Aeltern der Kinder erheblichen Verlust erleiden, sondern auch die Gewerbtreibenden theurer fabriciren, so soll eine Vereinigung unter den Letzteren zu einer Petition an das Königl. Ministerium des Innern stattgefunden haben, in der sie bitten, nicht mit Strenge auf Ausführung der Arbeiterverordnung zu dringen, da, abgesehen von dem pecuniären Nachtheil, der den Gewerbetreibenden eben so wie den Arbeiterfamilien durch solche Strenge zugefügt würde, auch die Moralität der Kinder

beweist, dass es Uebel giebt, denen durch Gesetz und Polizei nicht abgeholfen werden kann. 3

dadurch gefährdet werde, dass sie stundenlang ohne die nöthige Aufsicht, die ihnen ihr Arbeitgeber doch widmen müsse, bleiben, wenn sie nicht beschäftigt seien, und deshalb nur zu oft dem Verbrechen und der Prostitution in die Arme geführt würden.

III.

Gewerbefreiheit und Gewerbesteuern.

Ehe ich auf die Gewerbegesetzgebung seit 1845 übergehe, erscheint es zweckmässig, sowohl die Folgen, welche die Gewerbefreiheit bis dahin gehabt hatte, als auch die Besteuerung der Gewerbetreibenden etwas näher zu betrachten.

In den Jahren 1829 und 1832 suchte C. W. Ferber durch seine Beiträge und seine Neue Beiträge zur Kenntniss des gewerblichen und commerciellen Zustandes der Preussischen Monarchie „nicht allein den Bewohnern des Preussischen Staats, sondern auch der Wissenschaft, einen neuen praktischen Beweis von den glücklichen Folgen der Freiheit des Handels und der Gewerbe zu liefern.“ Ueber Breslau, die zweite Stadt der Monarchie, besitzen wir noch ältere, günstige Zeugnisse von J. J. H. Ebers*) aus dem Jahre 1825. Damals waren seit Verkündi-

*) Er sagte in seiner Schrift: Ueber Gewerbe und Gewerbefreiheit in Breslau. S. VIII. 16. 44—47. 58. 59., die Kenner der Geschichte würden wissen, was es mit der Bildung der Zünfte für eine Bewandtniss hätte, wie sie sich frei und selbstständig entwickelt, was sie geleistet und wie sie geblüht; — aber auch, wie sie in der Zeit veraltet, und wie sie endlich durch eine Art künstlicher Pflege zu einem Baume erwachsen, dessen weitgebreitete Aeste jede junge und frische Vegetation zu ersticken drohten, und der, während in seinem Schatten nur einzelne Pflanzen gediehen, selbst Früchte zu tragen durch das Alter unfähig geworden war. Die kräftige Zeit der Zünfte und ihr entschiedener Einfluss auf die Kultur erreichen das Ende schon mit dem sechszehnten Jahrhundert, im siebenzehnten Jahrhundert und nach dem dreissigjährigen Kriege höre alle ihre Wirksamkeit für die Fortbildung der Gewerbe ganz auf; die neue Zeit habe ihnen nichts weiter zu verdanken. Uebrigens habe es wohl nur wenige Städte gegeben, welche das Zunftwesen so in sich ausgebildet hatten, wie Breslau, ungeachtet man schon in den frühesten Zeiten genöthigt gewesen, die enggezogenen Schranken hin und her zu erweitern. „Ueberall erblickt man jetzt Nieder-

gung der Gewerbefreiheit erst vierzehn Jahre verflossen, und unter diesen schwere Kriegsjahre. Durch seine 1846 erschienene Schrift:

lagen von Fabrikaten, wo sonst nur auf Bestellung gearbeitet wurde. Schuhmacher und Schneider, Tischler und Stuhlmacher, Seiler, Klempner, Schmiede und Stellmacher, Wagenbauer und Sattler halten Waarenlager, und die meisten Professionisten arbeiten auf Vorrath. Die Läden der Gold- und Silberarbeiter, der Porcellan- und Glashändler sind vermehrt, Oefen und Töpferwaaren in Vorräthen. Die Fuhrwerke sind häufiger und besser vorhanden. Ja, mehrere Professionisten arbeiten jetzt ins Grosse, wie Meubles-Tischler, Wagenbauer, die Verfertiger musikalischer Instrumente, die Schuhmacher, so dass sie fast Fabrikanten gleich zu stellen sind. Indem der monopolistische Geist der früheren Zeit immer mehr und mehr zurückgedrängt wird, und — das Gewerbe nicht mehr wie sonst ein reines Gliederwerk (ein automatisches Leben) ist, zeigt sich auch mehr wie sonst ein Streben nach rationalen Ansichten und ein fabrikmässiger Betrieb desselben.“ „Jeder Unpartheiische möge auftreten und die Fragen beantworten: Hatten wir in Breslau vor der Aufhebung der Zünfte ausgezeichnet geschickte Handwerker? Wie stand es um die Bearbeitung des Tuches? der Schuhmacherwaaren, der Schneiderei, der Tischlerarbeit? war man in dem Geschmacke, in der Kunstfertigkeit, in der Güte der Arbeit und in vielem Andern vorausgeeilt, ja hielten wir mit unsern Nachbarn auch nur gleichen Schritt? Wie stand es mit den Bauten, der Einrichtung der Häuser, ihrer Beheizung; — wie mit Speisewaaren, Brod, Bier und Fleisch? — Wie mit den Preisen der ersten Lebensbedürfnisse? Waren es die Zunftvereine oder die Behörden, welche mit Maass und Gewicht, und mit Untersuchung der Güte der Waaren selbst, den Betrug und Unterschleif verhüteten? Und war es dieser Behörde auch nur möglich, einen der Zeit und den Umständen angebildeten Preis zu behaupten? Und wurde es auch erwiesen, dass in Breslau der Brodpreis und der vieler andern Victualien fast wohlfeiler war, wie der an andern Orten, und konnte sich namentlich das Bäckermittel von dem Vorwurfe des Betruges reinigen, so war es noch lange nicht erwiesen, dass dies aus seinen Institutionen hervorgegangen war, und die Geschichte aller Theuerungen in Breslau — wir gedenken namentlich der von 1736 und der von 1805 und 1806 — beweist, dass niemals die Zünfte dem Bedürfniss, selbst nicht mit dem besten Willen, zu begegnen vermochten, und dass immer äussere Mittel aufgeboten und ein freier Verkehr erlaubt werden musste, wenn sonst nicht die Noth alle Grenzen übersteigen sollte. Gab es wirklich eine Innung, welche als solche für das Wohl ihrer Mitbürger sorgte, geschickte Arbeiter erzog, für die Moralität ihrer Mitglieder wachte? War eine Stiftung da für Erweckung des Kunstfleisses, für die Fortbildung zu höherer Kunstfertigkeit, und war die Kunstschule, welche hier errichtet wurde, vom Staate oder von den Innungsmeistern gebildet? Waren die letzten nicht die wahren Antagonisten des Guten und bessern Neuen, und alles dessen, was aus dem alten Gange des Betriebes herausschritt? Wo steht das Gebäude, wo ist das Kunstproduct zu sehen, welches Zeugniß gäbe von der Thätigkeit irgend einer Innung der neueren Zeit? Und waren nicht alle die Einrichtungen, welche eine alte kunstfertige Zeit geschaffen, und die Gesetze, auf welchen ein alter kindlicher Bürgersinn, die Sittlichkeit der Zunftgenossen gegründet, waren sie

ter

-:-

JGL

ter

-:-

JGL

-:-

JGL

ter

-:-

JGL

Der Volkswohlstand im Preussischen Staate, hoffte C. F. W. Dieterici die Ueberzeugung zu gewähren, dass die Preussische Re-

nicht vergessen oder zu einer Mumie vertrocknet, welcher kaum die organische Form, geschweige denn das Leben übrig geblieben war? War nicht der Geist der Selbstsucht ebenso in diese Körperschaften eingedrungen, wie er sich nun in den Einzelnen aufzeigt? — ja, so wie heute, war das Geschlecht auch damals, und ich habe es eben jetzt erlebt, dass, als man in einem öffentlichen Bau eine Arbeit einem Mittel übergab, der Obermeister das Beste für sich nahm und die Arbeit am schlechtesten förderte. Die alte Geschichte von den Söhnen des Priesters Eli, welche vom Opfer die besten Bissen verschlangen, wiederholt sich in allen Congregationen. Es ist eine der sonderbarsten Behauptungen, dass die Gewerbefreiheit dem Wesen einer monarchischen Verfassung entgegen träte und den Grund zur Anarchie im Volke legte. Abgesehen davon, dass die Erfahrung bisher für diese Behauptung gar nichts aufstellte, so ist auch noch weniger abzusehen, wie Freiheit der Beschäftigung die Grundlage der Staaten erschüttern könnte. Hier in Breslau gingen die Volksaufläufe sämmtlich aus den Zunftinnungen hervor, und nachdem der grosse Charakter aus der Breslauer Geschichte verschwunden war, trugen sie alle das Gepräge der Aufwiegelung gegen Neuerungen, des Egoismus und einer damit verbundenen Elendigkeit und Schwäche, so dass man ihre Geschichte nicht ohne eine Art von Ekel lesen mag. Die veränderte Zeit machte andere Formen nothwendig; so wird es sein, so lange die Welt steht. Dass die Zünfte, wie sie in der Zeit ihrer Auflösung waren, eine wahre Moralität, sowohl unter sich, als in ihrer Beziehung zum öffentlichen Wohle, begründet hätten, das wird schwerlich Jemand behaupten, der sich auch nur irgend mit den frühern Verhältnissen bekannt gemacht und die Geschichte der Menschheit überhaupt studirt hat. Der moralische Werth einer Stadt und einer Nation unterliegt ganz anderen Einflüssen, als denen des Zunftzwanges, welcher nur sehr unbedeutend auf demselben einwirkt. Denn wenn auch jetzt das Verhältniss des Meisterthums zu dem der Gesellen und der Lehrlinge verändert, ja verletzt erscheint: so entsteht immer die doppelte Frage: wie steht es denn mit dem Verhältniss der Meister in ihrem moralischen Werthe; — blieben diese in der letzten sturmbewegten Zeit unverändert und unverletzt, — haben sie die alte ehrsame Bürger- und Meistersitte in sich erhalten, — sind nicht auch unsere Bürger von dem Strome fortgerissen und zum Theil in der Genusssucht und dem Egoismus unserer Tage untergegangen? Und sind sie nicht mehr die Alten, wie viel weniger mögen sie verlangen, dass alte Verhältnisse, die vom Wurm benagt und in ihren Grundfesten erschüttert waren, wieder jung, neu und kräftig werden sollen! Und dann: hat nicht, wie überall, auch hier das grosse Verhältniss der Menschen und ihre Veränderung in der Zeit und durch sie einen noch bedeutenderen Einfluss auf die kleineren und innigeren Verhältnisse der Zunftgenossen, der Meister und ihrer Umgebungen ausgeübt? Man kann zugeben, dass, wenn es möglich wäre, ein moralischer Verband unter jungen Handwerksgenossen von dem höchsten sittlichen Werth sein müsste; dass aber jener Verband der Gesellen, wie er vor dieser Zeit bestand, von diesem Zwecke weit entfernt war, ist leider nur zu gewiss, — war früher schon allgemein bekannt, und ebenso gewiss, dass die veralteten Formen eben

gierung mit grosser Vorsicht, reifer Ueberlegung und aufrichtigem Wohlwollen bei Berathung der Gesetze, welche auf den Wohlstand der Bevölkerung vom wesentlichsten Einfluss sind, verfahren, und dass der Volkswohlstand in der That seit einer Reihe von Jahren andauernd gestiegen ist. (S. XVII.)

Die Gewerbebesteuer brachte jährlich im Durchschnitt

1821—1826 auf 11,960,429 Seelen 1,750,533 Thlr.

1827—1832 - 12,882,535 - 2,047,958 -

1833—1838 - 13,804,026 - 2,194,778 -

ein.*) Während also die Bevölkerung von 100 auf 108 und 115 stieg, stieg der Ertrag der Gewerbebesteuer stärker, nämlich von 100 auf 117 und 125. Da die Gewerbesteuergesetzgebung in dieser Zeit im Wesentlichen unverändert geblieben war, so darf man hieraus im Allgemeinen wohl den Schluss ziehen, dass die Industrie erheblich fortgeschritten ist und dass die Gewerbefreiheit nicht nachtheilig, sondern vortheilhaft gewirkt hat, dass also kein genügender Grund vorlag, um die Gewerbefreiheit wieder zu beschränken.

Wenn aber auch die Gewerbefreiheit für das Publikum im Allgemeinen sich als nützlich erwiesen hat, so liesse sich doch denken, dass sie vielleicht für einzelne Klassen von Gewerbetreibenden nachtheilig gewesen wäre.

Handelsleute und Fabrikanten sind selten über die Gewerbefreiheit unzufrieden. Nur aus dem Handwerkerstande lassen sich Klagen darüber vernehmen. Dass aber Gesellen und Lehrlinge irgend eine begründete Veranlassung haben könnten, den Zunft- und Innungszwang der Gewerbefreiheit vorzuziehen, ist doch nicht

so wenig zur Fortbildung der Gewerbe, als zur Vorbereitung für ein sittliches Bürgerleben geschickt waren. Wenn auch in einigen Fällen aus dem Gesellenvereine einige unsittliche — besser, mit Lastern beladene — Mitglieder ausgestossen wurden, so fehlt es auch nicht an Beispielen, dass Vorurtheil und Privathass manchen jungen Mann durch die ganze Welt getrieben und ihn dem Elende und der Verzweiflung Preis gegeben hatten. Ist aber in den Gesellen und Meistern heute noch ein wahrer Geist der Sittlichkeit und der Kunstbeflis-senheit, so ist in den Gesetzen kein Verbot enthalten, welches die Verbindung zu solchem Zwecke für unerlaubt erklärte.“ — Auch später noch hat Ebers (in seinem 1828 herausgegebenen Werke: Das Armenwesen der Stadt Breslau. S. 253—256) die Ansicht ausgesprochen, dass die Gewerbefreiheit keinesweges als ein Grund der Verarmung angesehen werden kann, dass sie vielmehr die Armuth vermindert.

*) Hoffmann, Lehre von den Steuern. S. 209—211.

zu glauben. Es kann sich also eigentlich nur fragen, ob etwa den Meistern die Gewerbefreiheit Nachtheil gebracht hat.

Mechanische Künstler und Handwerker*) waren im ganzen Staat vorhanden:

	1816	1825	1843
Meister	258,830	315,118	400,932
Gehülfen und Lehrlinge	145,459	187,176	309,570
überhaupt	404,289	502,294	710,502.

Da nun der Staat

1816	10,349,031	1825	12,256,725	1843	15,471,765
------	------------	------	------------	------	------------

Einwohner hatte, so kamen auf 100,000 Einwohner

1816:	3906	1825:	4098	1843:	4592
-------	------	-------	------	-------	------

mechanische Künstler und Handwerker, und zwar Meister, Gehülfen und Lehrlinge. Die Zahl der Handwerker überhaupt ist also stärker gestiegen, als die Bevölkerung. Dies würde wohl nicht geschehen sein, wenn die Nachfrage nach Handwerksarbeit nicht erheblich zugenommen hätte. Hieraus kann man also nicht schliessen, dass die Gewerbefreiheit den Handwerkern überhaupt Nachtheil gebracht hat.

Auf 1000 Meister kamen:

1816:	562,	1825:	593,	1843:	772
-------	------	-------	------	-------	-----

Gehülfen und Lehrlinge. Diese bedeutende Zunahme der Gehülfen und Lehrlinge zeigt entschieden, dass die Meister bei der Gewerbefreiheit nicht zurück-, sondern bedeutend vorwärts gekommen sind, indem der Umfang ihres Geschäfts, also ihr Verdienst, im Durchschnitt erheblich zugenommen haben muss.

Es ist nicht ohne Interesse, die Verhältnisse der beiden volkreichsten Städte der Monarchie etwas näher zu betrachten.

In Berlin**), dessen Civilbevölkerung von 1822 bis 1843 von 192,383 auf 309,260 Seelen stieg, waren:

		Meister,	Gehülfen etc.	auf 1000 Meister kamen also Gehülfen etc.
Schuhmacher	1822	1213	1343	1107
	1843	2353	3049	1291

*) Dieterici, Volkswohlstand. S. 187. 253. Ferber, Beiträge. S. 229.

**) Jahresbericht des statistischen Amtes im K. Polizeipräsidio zu Berlin für das Jahr 1852, in O. Hübners Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik. 2. Jahrgang. S. 15. 47. Dieterici, die statistischen Tabellen des Preuss. Staats für 1843. S. 130.

		Meister.	Gehülften etc.	auf 1000 Meister kamen also Gehülften etc.
Schneider	1822	1121	1183	1056
	1843	2379	3682	1548
Tischler	1822	700	1117	1596
	1843	1235	3252	2633
Grobschmiede	1822	84	294	3500
	1843	133	692	5203
Bäcker	1822	200	495	2475
	1843	266	978	3676
Schlosser	1822	337	498	1477
	1843	482	1844	3825
Fleischer	1822	227	370	1629
	1843	308	617	2003
Stellmacher	1822	65	172	2646
	1843	106	340	3208
Böttcher	1822	96	150	1562
	1843	153	270	1764

Bei den hauptsächlichsten Handwerkern hat hiernach die Zahl der Meister, der Gehülften und der Lehrlinge ansehnlich zugenommen. Bei allen diesen Handwerken kommen 1843 auf einen Meister durchschnittlich mehr Gehülften und Lehrlinge, als 1822. Die hauptstädtischen Handwerksmeister hatten also wahrlich keinen genügenden Grund, sich über die Gewerbefreiheit zu beklagen, und Zunft- und Innungszwang zurückzuwünschen. Aehnliches zeigt Breslau.

In Breslau, dessen Civilbevölkerung von 1822 bis 1843 von 78,865 auf 97,939 Seelen gestiegen ist, waren:

		Meister.	Gehülften etc.	auf 1000 Meister kamen Gehülften etc.
Schuhmacher	1822	615	503	818
	1843	713	871	1221
Schneider	1822	585	417	713
	1843	620	1035	1669
Tischler	1822	269	357	1327
	1843	328	964	2939
Grobschmiede	1822	47	89	1893
	1843	53	145	2736
Bäcker	1822	142	228	1606
	1843	121	268	2214

		Meister.	Gehülfen etc.	auf 1000 Meister kamen Gehülfen etc.
Schlosser	1822	113	167	1477
	1843	156	368	2359
Fleischer	1822	153	151	986
	1843	124	174	1403
Stellmacher	1822	38	47	1237
	1843	46	111	2413
Böttcher	1822	78	82	1051
	1843	93	120	1290

Wenn man nach Vorstehendem nun auch anerkennen wird, dass in den beiden grössten Städten die Gewerbefreiheit wohlthätige Folgen gehabt hat, so könnte man doch vielleicht glauben, dass die Handwerksmeister in den andern Orten dabei Schaden gelitten hätten. Nachstehende Tabelle bezieht sich auf den ganzen Staat und die am zahlreichsten besetzten Handwerke, nämlich alle, bei welchen 1843 mehr als 10,000 Meister vorhanden waren.

		Meister.	Gehülfen etc.	auf 1000 Meister kamen Gehülfen etc.
Schuhmacher	1816	50157	27970	557
	1843	81126	45455	560
Schneider	1816	42878	19115	445
	1843	65946	36411	552
Tischler	1816	15467	8716	563
	1843	36656	28722	783
Grobschmiede	1816	24188	10571	437
	1843	35382	20537	580
Bäcker	1816	18133	7118	393
	1843	24257	12385	515
Schlosser	1816	12930	9465	732
	1843	20769	19788	952
Fleischer	1816	13367	4754	355
	1843	18399	8173	444
Stellmacher	1816	10064	3086	306
	1843	16497	6856	415
Böttcher	1816	8927	3479	389
	1843	14169	6390	451

Bei allen diesen Handwerken beschäftigten die Meister 1843 mehr, und bei einigen sehr viel mehr Gehülfen und Lehrlinge als 1816. Man kann also sicher schliessen, dass die Gewerbefreiheit den Meistern überhaupt recht sehr vortheilhaft gewesen ist. Nachstehende Zusammenstellung zeigt, wie namentlich bei den Schuhmachern, Schneidern, Bäckern und Fleischern*) — den Handwerkern, welche für Kleidung und Nahrung sorgen — die Zahl der Meister und der Gehülfen zugenommen hat, und wie der Geschäftsumfang und folglich auch der Verdienst der ersteren sich allmählig vergrössert haben muss.

		Meister.	Gehülfen.	auf 1000 Meister kamen Gehülfen.
Schuhmacher	1822	56724	27976	493
	1825	61775	32986	533
	1828	64419	32968	512
	1831	65870	32630	495
	1834	69993	35656	509
	1837	73708	39616	538
Schneider	1822	49298	18959	384
	1825	52676	21670	411
	1828	53791	22022	409
	1831	53919	21290	395
	1834	57121	24623	431
	1837	59205	27913	471
Bäcker	1822	19651	6853	349
	1825	20223	7287	360
	1828	21708	7559	348
	1831	21217	8049	379
	1834	22175	9118	411
	1837	23437	10452	445
Fleischer	1822	14871	4846	326
	1825	15163	5257	346
	1828	15654	5344	341
	1831	15367	5350	348
	1834	16095	6021	374
	1837	16853	6987	414

Von Interesse würde es nun sein, wenn man die Verhältnisse von 1843 noch mit den Verhältnissen einer früheren Zeit als

*) J. G. Hoffmann, die Bevölkerung des Preussischen Staats im Jahre 1837. S. 115—121.

1816, nämlich der Zeit vor 1806 vergleichen könnte. Ganz sichere und vollständige Nachrichten aus jener Zeit fehlen indess. Es ist aber auch kein Grund vorhanden, gegen die Nachrichten und Schätzungen L. Krug's*) ein besonderes Misstrauen zu hegen. Die Bevölkerung des Staats um 1803 kann man zu 9,600,000 und 1843 zu 15,500,000 Seelen annehmen.

Zahl der Meister um 1803.

Auf 100,000 Einwohner kommen Meister:

		1803	1843
Schuhmacher	46509	484	523
Schneider	39672	413	425
Tischler	11394	118	237
Schmiede	26614	277	228
Bäcker	15289	159	163
Schlächter	11443	119	118
Stellmacher	9296	97	106
Böttcher	7321	76	91

Wenn man, was hier wohl zulässig erscheint, davon absieht, dass der Preussische Staat am Anfang dieses Jahrhunderts nicht ganz dieselben Bestandtheile hatte, wie jetzt, so zeigt obige Tabelle allerdings, dass die Zahl der Handwerksmeister im Allgemeinen mehr zugenommen hat, als die Bevölkerung. Diese Zunahme ist aber doch auffallend gering, wenn man berücksichtigt, wie stark während der in Rede stehenden 40 Jahre die Nachfrage nach Handwerksarbeit gestiegen ist, wie sich der durchschnittliche Verdienst eines Meisters also vermehrt haben muss.

Man kann hiernach gewiss nicht sagen, dass sich zu viele Personen als Meister etablirt haben. Die Behauptung, die man zuweilen hört, dass die Gewerbefreiheit leichtsinnige Etablirungen befördere, ist thatsächlich nicht begründet, und die Erfahrung hatte keinen genügenden Anlass gegeben, den Handwerkerstand in dieser Beziehung zu bevormunden und die Etablirungen der Meister direkt oder indirekt zu erschweren. —

Dies ist aber durch die Gesetzgebung von 1845 und 1849 geschehen. Von 1849 bis 1852 stieg die Bevölkerung von 100 auf 103 $\frac{1}{3}$ und die Zahl der Gewerbetreibenden von 100 auf 106. Da 1849 im ganzen Staat 535,232 Meister waren, so hätten, wenn ihre Zahl sich nur im Verhältniss der Bevölkerung vermehrt

*) Betrachtungen über den National-Reichthum des Preuss. Staats und über den Wohlstand seiner Bewohner. I. S. 326. II. S. 172. 204.

hätte, 1852 552,895 sein müssen. Es waren aber nur 552,866. Wenn hierzu Dieterici*) bemerkt: „Es ist also nicht richtig, dass die Gewerbefreiheit, so weit sie im Princip der neueren Gesetzgebung noch besteht, eine Ueberzahl der Meister herbeigeführt hätte,“ so kann man diesem Schluss nicht beitreten. Denn diese geringe Zunahme der Meister hat offenbar nicht in der Gewerbefreiheit, sondern in der Beschränkung der Gewerbefreiheit und eben darin ihren Grund, dass die neuere Gesetzgebung die Etablirung als Meister erschwert hat. —

Hat nun aber die Gewerbefreiheit in Preussen doch nicht ganz so günstig gewirkt, als man wohl hätte erwarten können, so darf nicht unbeachtet bleiben, welche Steuerlast vorzugsweise den Gewerbtreibenden aufgebürdet worden ist. Hierüber und nicht über die Gewerbefreiheit**) sollte man klagen. In dieser Beziehung empfiehlt es sich, auch auf andere Länder einen Blick zu werfen.

In Frankreich wurde in der Revolution — als die Bevölkerung etwa 30 Millionen betrug — den Gewerbtreibenden eine mässige Patentsteuer und den Grundbesitzern eine bedeutende Grundsteuer aufgelegt. Die Steuern wurden indessen damals schlecht bezahlt. Von der Patentsteuer erwartete man einen jährlichen Ertrag von 22 Millionen Livres. Für 1792 waren am 2. November aber nur 4 Millionen eingegangen. Im Jahre 1793 war eine so bedeutende Nachfrage nach Arbeit, dass der Tagelohn des Handlangers von 15 oder 18 auf 40 Sous, und der des

*) Mittheilungen des statistischen Bureaus. 1854. S. 334. 343.

**) Dass die Gewerbetreibenden und namentlich die Handwerker in früheren Zeiten, wo an Gewerbefreiheit noch nicht gedacht wurde, besser daran gewesen wären, ist wohl behauptet, nicht aber bewiesen worden. Macaulay (I. S. 358) meint, während die Gesellschaft mit eifriger Hast beständig vorwärts rücke, blicke sie doch beständig mit zartem Sehnen zurück. Beide Neigungen entspringen aus unserer Ungeduld über den Zustand, in dem wir uns in der Wirklichkeit befänden. Indem diese Ungeduld uns antreibe, vorhergehende Generationen zu übertreffen, mache sie uns zugleich geneigt, das Glück derselben zu überschätzen. „Es ist in gewissem Sinne, unbillig und undankbar von uns, dass wir mit einem Zustande unzufrieden sind, der sich beständig verbessert. Aber fürwahr ebendeshalb findet beständiger Fortschritt statt, weil beständige Unzufriedenheit besteht. Wären wir durch die Gegenwart vollkommen befriedigt, so würden wir aufhören, zu erfinden, zu arbeiten und mit Rücksicht auf die Zukunft zu sparen. Und es ist natürlich, dass wir, von der Gegenwart unbefriedigt, eine zu günstige Ansicht von der Vergangenheit fassen.“

Handwerkers von 26 bis 30 auf 70 bis 80 Sous, mithin auf das Doppelte, ja beinahe auf das Dreifache des früheren Satzes stieg. Ueberall waren die Löhne stärker als die Preise der Waaren in die Höhe gegangen, und folglich die Lage der Arbeiter günstiger als jemals in Frankreich geworden. *)

In Preussen sollte nach dem Finanzedikt vom 27. Oktober 1810 ebenfalls eine Patentsteuer, und zwar eine „mässige“, eingeführt, die Grundsteuer im Ganzen aber nicht erhöht werden. Die erste und für damalige Zeiten und Umstände bedeutende Steuer, welche nach der Schlacht von Jena neu eingeführt wurde, war die Gewerbesteuer von 1810, von welcher die Grundbesitzer nicht betroffen wurden. Für das Rechnungsjahr vom 1. Juni 1811 bis dahin 1812 war sie nach Hoffmann (Lehre von den Steuern. S. 207—209.) auf 773,168 Thlr. veranschlagt und wirklich gingen 631,320 Thlr. ein, und zwar von den Städten 437,868 Thlr. oder 69 Prozent, vom Lande aber nur 193,452 Thlr. oder 31 Prozent. Damals hatte Preussen, mit Ausschluss des Militärs, nicht mehr als 4,650,493 Einwohner.

Hiernach darf man behaupten, dass die Gewerbetreibenden in Frankreich während der Revolution weniger Steuern zahlten, als 1811 und 1812 in Preussen — abgesehen noch davon, dass die Kosten des Zunftwesens, welche Hoffmann 1803 auf 7 Millionen jährlich geschätzt hatte, keineswegs ganz weggefallen waren.

Von der Gewerbesteuer von 1820 sagte Hoffmann (S. 200): „Die Gewerbesteuer erscheint in der Gestalt, welche das neue Gesetz ihr giebt, nur als ein Zusatz zur Klassensteuer, und wird in den klassensteuerpflichtigen Ortschaften mit dieser zugleich, auch durchgängig monatlich erhoben: ihre wahre Bestimmung ist, das Missverhältniss auszugleichen, welches dadurch entsteht, dass ein beträchtlicher Theil der Gewerbetreibenden weder durch die Klassensteuer, noch durch die Verbrauchssteuern unmittelbar und mittelbar nach dem vollen Masse seiner Fähigkeit Steuern zu zahlen, betroffen werden kann.“ Wenn wirklich die Gewerbesteuer nur als ein Zusatz zur Klassensteuer anzusehen war, so hätten die Gewerbetreibenden billigerweise wohl erwarten können, bei Einführung der Einkommensteuer von 1851 von der Gewerbesteuer frei zu kommen, wenn auch die Grundbesitzer nicht etwa beanspruchen konnten, in der Grundsteuer erleichtert zu werden.

*) Sybel, a. a. O. I. S. 196. II. S. 21, 304. 305.

Denn die Grundsteuer ist wohl noch niemals als ein Zusatz zur Klassensteuer angesehen worden. Sie hat sogar im Lauf der Zeit in allen Provinzen faktisch eigentlich aufgehört, eine Steuer zu sein, hat vielmehr ganz die Natur einer, nicht einmal auf allen Grundstücken lastenden Rente — die aber noch nicht für ablöslich erklärt ist — angenommen.

Die Mahl- und Schlachtsteuer kann als eine zweite Gewerbesteuer angesehen werden. Denn sie vertheuert den städtischen Gewerbetreibenden die unentbehrlichsten Lebensmittel. In den Jahren 1854, 1855 und 1856, wo Brod und Fleisch an sich schon theuer waren, war die Mahl- und Schlachtsteuer noch um 25 Procent erhöht.

Die Steuern, die nicht Staatsteuern sind, wie Provinzial-, Kreis- und Gemeindesteuern, werden meistens in der Form von Zuschlägen zur Grundsteuer, zur Klassensteuer, zur Einkommensteuer, ferner zur Mahl- und Schlachtsteuer, mitunter sogar auch auch zur Gewerbesteuer erhoben. In den grossen, gewerbreichen Städten werden mit der Mahl- und Schlachtsteuer bis zu 50 Procent Gemeindezuschläge erhoben. Die Zuschläge dieser Art machen eigentlich eine dritte Gewerbesteuer aus.

Für das Jahr 1853 betrug, und zwar ohne die Zuschläge, für den Kopf:

die Klassensteuer	—	Thlr. 16	Sgr. 1	Pf.
die Mahl- und Schlachtsteuer	1 „	11 „	4 „	
die Einkommensteuer, die Klassensteuer und die Mahl- und Schlachtsteuer	— „	23 „	3 „	
in der Provinz Westphalen (wo die Mahl- und Schlachtsteuer ganz abgeschafft ist)				
die Einkommensteuer und die Klassen- steuer nur	— „	18 „	8 „	
in Berlin (wo die Klassensteuer nicht erho- ben wird) die Einkommensteuer und die Mahl- und Schlachtsteuer nicht weniger als	2 „	21 „	7 „	

In demselben Jahre waren zur Einkommensteuer, zu welcher alle diejenigen verpflichtet sind, die jährlich 1000 Thlr. und mehr Einkommen haben, veranlagt: in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Ortschaften 22,768 Personen mit 1,295,652 Thlr. Steuer, und in den klassensteuerpflichtigen Ortschaften nur 21,639 Personen mit 1,313,982 Thlr. Steuer. *)

*) Dieterici, Mittheilungen 1854. S. 180. 207.

Nach der Veranlagung für 1854 betrug die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten 23,545 und unter der klassensteuerpflichtigen Bevölkerung 24,177. Also auch in diesem Jahre war beinahe die Hälfte aller Einkommensteuerpflichtigen in nur 77 Städten. Diese sind zwar nicht sämmtlich Gewerbetreibende. Wahrscheinlich leben aber ausserhalb dieser Städte mehr einkommensteuerpflichtige Gewerbetreibende, als in ihnen einkommensteuerpflichtige Grundbesitzer. Wollte man selbst annehmen, dass alle Einkommensteuerpflichtigen, die nicht Gewerbetreibende sind, Grundbesitzer, und dass einkommensteuerpflichtige Gewerbetreibende nur in diesen 77 Städten wären, so bleibt doch die Zahl der einkommensteuerpflichtigen Grundbesitzer gegen die einkommensteuerpflichtigen Gewerbetreibenden so klein, dass die Preussische Grundbesitzaristokratie merkwürdig arm erscheint.

Die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen überhaupt — im Vergleich zur Bevölkerungszahl — ist zwar in der Preussischen Hauptstadt etwas grösser als in Grossbritannien; allein das durchschnittliche Einkommen derselben ist beträchtlich geringer. Das durchschnittliche Einkommen eines Einkommensteuerpflichtigen in England beträgt 3720 Thlr., und in Berlin nur 2120 Thlr.; im ganzen Staat nur 1958 Thlr. Das Einkommen wird aber in Preussen, und selbst in der Hauptstadt, weniger vollständig besteuert, als in England. Die Mehrzahl der Steuerpflichtigen scheint noch nicht mit ihrem vollen Einkommen zur Steuer herangezogen zu werden. C. G. Kries bemerkt, „dass man bei uns häufig die Aeusserung vernimmt, dass das Einkommen aus Grundeigenthum im Verhältniss zu dem aus Gewerbebetrieb zu niedrig eingeschätzt werde, und dass man das letztere sicherer ergreifen könne. In England sind alle Behörden darüber einig, dass umgekehrt die Einschätzung des Einkommens aus Grundbesitz fast gar keine Schwierigkeiten darbiete, während man bei der Veranlagung der Gewerbetreibenden grossentheils im Dunkeln umhertappe. Diese letztere Ansicht ist ohne Zweifel die der Natur der Verhältnisse entsprechendere, und wenn bei uns die entgegengesetzte gefasst werden kann, so weist dies wohl nur darauf hin, dass die Einschätzung der Steuerpflichtigen überhaupt noch sehr weit hinter dem Ziel zurückbleibt.“*)

*) Ergebnisse der Preussischen Einkommensteuer und Vorschläge zu ihrer Verbesserung (Zeitschrift für Staatswissenschaft. 1855 S. 361—420.)

Man wird als gewiss annehmen können, dass bei uns die Gewerbetreibenden durch die Einkommensteuer schwerer betroffen werden, als die Grundbesitzer. Dabei darf auch die Unbilligkeit nicht unbeachtet bleiben, dass Einkommen aus Gewerbe oder Amt nicht einmal mit einem geringeren Procentsatz besteuert ist, als Einkommen aus Grundbesitz oder Renten.

Was England betrifft, so bestehen dort keine Steuern, die sich mit unserer Klassensteuer, Gewerbesteuer oder Mahl- und Schlachtsteuer vergleichen lassen. Nach Macaulay (IV. S. 302—305) betrug die Grundsteuer 1693 so viel, als niemals vorher in einem Jahre durch direkte Besteuerung erhoben worden war. Endlich wurde sie 1798 im Betrage von 20 Procent von dem im Jahre 1692 festgestellten Katastraltertrage für bleibend und ablösbar erklärt. Während Kries für Preussen die Communalabgaben, ohne die Provinzial- und Kreisabgaben — vielleicht zu niedrig — auf 10 bis 12 Millionen Thaler schätzt, giebt er für das vereinigte Königreich den Betrag der Lokalabgaben, d. h. der Steuern, die nicht Staatssteuern sind, auf 15 Millionen £ an. Davon kommen 12 Millionen £, oder etwa 80 Millionen Thaler, auf England und Wales, und hiervon werden nicht weniger als etwa 60 Millionen Thaler durch direkte Steuern vom Grundeigenthum aufgebracht, und zwar neben der obengedachten Staatsgrundsteuer. Die bedeutendste von allen Lokal- und Gemeindesteuern ist die Armensteuer. Die andern Gemeindesteuern werden meistens als Zuschläge zur Armensteuer erhoben, und factisch ist die Armensteuer eine Grundsteuer.*) Dennoch hat die im Parlament so mächtige Grundbesitzaristokratie es nicht abgelehnt, noch eine bedeutende Steuer zu übernehmen. Die Einkommensteuer brachte in den zehn Jahren 1842 bis 1851 jährlich im Durchschnitt 5,697,654 £ ein. Dazu trug das Grundeigenthum 2,626,128 £ und der Gewerbebetrieb 1,644,967 £ bei. Während also die Gewerbetreibenden noch nicht 29 Procent zahlten, zahlten die Grundbesitzer nicht weniger als 46 Procent zur Einkommensteuer, und unter mehr als 340,000 Einkommensteuerpflichtigen überhaupt waren noch nicht 150,000 einkommensteuerpflichtige Gewerbetreibende.**)

*) Kries, über die Gemeindesteuern in England (Zeitschrift für Staatswissenschaft. 1855. S. 6—10. 224. 225. 229. 257).

**) Kries, Grundzüge und Ergebnisse der Englischen Einkommensteuer (Zeitschrift für Staatswissenschaft. 1854. S. 239. 548—551.)

Es wird sich hiernach nicht in Abrede stellen lassen, dass die Gewerbetreibenden, im Vergleich mit den Grundbesitzern, in England weit weniger mit Steuern belastet sind, als in Preussen. Dass die Gewerbesteuer nicht noch erhöht worden ist, wurde nur durch die Beschlüsse des Herrenhauses vom 7. und 12. Mai 1857 verhindert. *)

*) Das um dieselbe Zeit von beiden Häusern angenommene Gesetz wegen Besteuerung der Aktiengesellschaften würde zwar einen Millionär, der für alleinige Rechnung ein industrielles Unternehmen mit reichem Gewinn betreibt, mit einer besonderen Gewerbesteuer nicht belegen, in vielen Fällen aber durch eine besondere Vermögenssteuer die kleinen Ersparnisse fleissiger Arbeiter vermindern. Werden dieselben nämlich in Sparkassen angelegt, so bringen sie gewöhnlich nur $3\frac{1}{3}\%$ Zinsen. Wenn jedoch 100,000 Personen je 10 Thlr. zu einer industriellen Association zusammenschliessen, so können sie ihr Kapital vielleicht zu 5% nutzen oder jährlich 50,000 Thlr. beziehen. Müssen sie hiervon aber 1% als Steuer zahlen, so bekommen sie nur 49,500 Thlr. Ihre gemeinschaftliche Million ist dann um 10,000 Thlr. vermindert, wenn der Zinsfuss durchschnittlich 5% beträgt, die Aktien daher nur 1% unter Pari verkäuflich sind.

IV.

Die Gesetzgebung seit 1845.

Die seit 1845 ergangenen gewerblichen Gesetze kann man in zwei Klassen theilen, solche, in welchen ein Fortschritt gefunden werden muss, und solche, welche nur als Rückschritte angesehen werden können.

Zur ersten Klasse ist — abgesehen von der Verfassung, welche den Genuss der bürgerlichen Rechte von dem religiösen Bekenntnisse unabhängig erklärt — vorzugsweise die Wechselordnung zu rechnen. Nach derselben hat die Wechselfähigkeit aufgehört, ein Privilegium zu sein und ist ein allgemeines Recht geworden.

Auch das Strafgesetzbuch wird wohl als ein Fortschritt anzusehen sein. Es handelt über die strafbaren Handlungen der Gewerbetreibenden in den Abschnitten von Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit (§. 142), von Verletzungen der Ehre (§. 155), von Verbrechen und Vergehen wider das Leben (§. 184), von Körperverletzungen (§. 200—203), von Untreue (§. 246 ad. 2), von Urkundenfälschung (§. 257), vom Bankerutt (§. 259—262), von strafbarem Eigennutz (§. 267), von Uebertretungen (§. 348).

Endlich muss zu dieser Klasse noch der erste Titel der allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 gerechnet werden, welcher von Aufhebung bestehender Beschränkungen des Gewerbebetriebes handelt. Aufgehoben wurden: das in einzelnen Landestheilen mit Gewerbeberechtigungen noch verbunden gewesene Recht, Anderen den Betrieb eines Gewerbes zu untersagen oder sie darin zu beschränken; ferner alle Berechtigungen, Concessionen zu gewerblichen Anlagen oder zum Betriebe von Gewerben zu ertheilen; endlich, vorbehaltlich der Gewerbesteuer

von 1820, alle Abgaben, welche für den Betrieb eines Gewerbes entrichtet wurden, so wie die Berechtigungen, dergleichen Abgaben aufzulegen. Ferner wurden gewisse Zwangs- und Bannrechte aufgehoben; die übrigen konnten von den Verpflichteten abgelöst werden, wenn die Verpflichtung auf Grundbesitz haftet, die Mitglieder einer Corporation als solche betrifft, oder Bewohnern eines Orts oder Distrikts vermöge ihres Wohnorts obliegt. Dasselbe gilt von dem Rechte, den Inhaber einer Schankstätte zu zwingen, dass er das zu seinem Debit erforderliche Getränk aus einer bestimmten Fabrikationsstätte entnehme. Dem Berechtigten steht die Befugniss, auf Ablösung anzutragen, nicht zu. In den Bestimmungen über Regalien und Monopole des Staats, über das Bergwesen, öffentliche Fähranstalten, über das Abdeckereiwesen, über Erfindungspatente wurde nichts geändert. Ein besonderes Gesetz von demselben Tage enthält die näheren Bestimmungen, unter welchen Umständen und in welcher Art für die aufgehobenen oder für ablösbar erklärten Berechtigungen eine Entschädigung zu gewähren war. Ausschliessliche Gewerbeberechtigungen oder Zwangs- und Bannrechte, welche damals für aufgehoben oder ablösbar erklärt wurden, können durch Verjährung nicht mehr erworben und durch Verträge oder ähnliche Rechtstitel immer nur auf höchstens zehn Jahre begründet werden. Verabredungen, wodurch für den Fall der Nichterneuerung des Vertrages eine Entschädigung festgesetzt wird, sind nichtig. Die Beschränkungen gewisser Gewerbe auf die Städte hörte auf. Der gleichzeitige Betrieb verschiedener Gewerbe wurde Jedem gestattet, soweit nicht besondere Gesetze eine Beschränkung anordnen. —

Zur zweiten Klasse würde ich rechnen: den zweiten und die folgenden Titel der Gewerbeordnung; die Verordnung vom 9. Februar 1849, betreffend die Errichtung von Gewerberäthen und verschiedene Abänderungen der Gewerbeordnung; das Gesetz vom 3. April 1854, betreffend die gewerblichen Unterstützungskassen; das Gesetz vom 10. April 1854, betreffend die Vereinigung der Berg-, Hütten-, Salinen- und Aufbereitungsarbeiter in Knappschaften; das Gesetz vom 24. April 1854, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter; endlich das Gesetz vom 15. Mai 1854, betreffend einige Abänderungen der Gewerbeordnung und der Verordnung vom 9. Februar 1849.

In der baldigsten Wiederaufhebung dieser Gesetze würde ich

einen bedeutenden Fortschritt erkennen. Dadurch würden die Gewerbetreibenden von vielen Ausgaben, Lasten und Beschränkungen frei werden und in Folge dessen billiger produciren können und müssen, was für die Consumenten ein grosser Gewinn wäre. Ueberdies kostet das viele Regieren den Regierten, den Steuerpflichtigen, unnöthige Opfer. Die Abschaffung dieser Gesetze würde z. B. bei jeder Regierung einen Rath, einen Sekretär und einen Kanzlisten entbehrlich machen, wonach an Gehältern jährlich etwa 50,000 Thlr., ferner Erhebliches für Papier u. s. w. erspart werden könnte.

Aus der Gewerbeordnung verdienen folgende Bestimmungen hier angeführt zu werden.

Die Errichtung oder Verlegung von Tanz- und Fechtschulen, Turn- und Badeanstalten, so wie von Betriebsstätten solcher Gewerbe, deren Ausübung mit ungewöhnlichem Geräusch verbunden ist, erfordert Staatsgenehmigung. Ferner ist Staatsgenehmigung, die nur nach vielen Formalitäten und mit Zeitverlust und Kosten zu erlangen ist, erforderlich nicht blos zu Dampfmaschinen, Dampfkesseln und Dampfentwicklern, sondern auch zu Schiesspulverfabriken, Anlagen zur Feuerwerkerei und zur Bereitung von Zündstoffen, Gasanstalten, gewissen Anlagen zur Bereitung von Steinkohlentheer und Koaks, Spiegelfabriken, Porzellan-, Fayence- und Thongeschirrmanufakturen, Glas- und Russhütten, Zuckersiedereien, Malzdarren, Kalk-, Ziegel- und Gipsöfen, Schmelzhütten, Hochöfen, Metallgiessereien, Hammerwerken, chemischen Fabriken, Schnellbleichen, Firnisssiedereien, Cichorien-, Stärke-, Wachstuch- und Darmsaitenfabriken, Leim-, Thran-, Seifen- und Flusssiedereien, Knochenbrennereien, Knochen- und Wachsbleichen, Talgschmelzen, Schlachthäusern, Gerbereien, Abdeckereien, Poudretten- und Düngpulverfabriken, Wind- und Wassermühlen, Branntweinbrennereien und Bierbrauereien. Die fernere Benutzung einer jeden gewerblichen Anlage kann zu jeder Zeit untersagt werden.

Staatsgenehmigung — welche von der Verwaltungsbehörde zurückgenommen werden kann — bedürfen, ausser den Getränkekleinhändlern, Gast- und Schankwirthen, auch: Aerzte*),

*) Wenn im Verwaltungswege z. B. einem Arzt das Recht zu praktiziren entzogen wird, so wäre dies kaum weniger hart, als eine — durch die Verfassung abgeschaffte — Vermögensconfiskation, welche selbst in dem absoluten Preussen nicht anders als durch richterliches Urtheil verhängt werden konnte.

Wundärzte, Augenärzte, Zahnärzte, Geburtshelfer, Apotheker, Unternehmer von Privat-Kranken- und Privat-Irrenanstalten, von Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, Privatlehrer, Baumeister, Seeschiffer, Seesteuerleute, Vorsteher öffentlicher Fähren, Maurer, Steinhauer, Schiefer- und Ziegeldecker, Zimmerleute, Mühlen- und Brunnenbaumeister, Schornsteinfeger, Personen, welche mit Aufstellen von Blitzableitern sich beschäftigen, welche Feuerwerke zum Verkauf bereiten, oder gegen Entgelt abbrennen, Kastrirer, Abdecker, Hebammen, Bandagisten, Verfertiger chirurgischer Instrumente, Schauspielunternehmer, Buch- und Kunsthändler, Antiquare, Inhaber von Leihbibliotheken oder Lesekabinetten, Verkäufer von Flugschriften und Bildern, Lithographen, Buch- und Steindrucker, Schlosser, Pfandleiher, Personen, welche mit gebrauchten Kleidern oder Betten, gebrauchter Wäsche, altem Metallgeräth, Schiesspulver oder Giften handeln, welche aus der Vermittelung von Geschäften oder der Uebernahme von Aufträgen, namentlich aus der Abfassung schriftlicher Aufsätze für Andere ein Gewerbe machen, oder möblirte Zimmer oder Schlafstellen gewerbsweise vermiethen, Kammerjäger, Lohnlakaien oder andere Personen, welche auf öffentlichen Strassen und Plätzen oder in Wirthshäusern ihre Dienste anbieten, Personen, welche auf öffentlichen Strassen und Plätzen Wagen, Pferde, Sänften, Gondeln und andere Transportmittel zu Jedermanns Gebrauch bereit halten, Unternehmer von Tanz- und Fechtschulen, Bade- oder Turnanstalten, Bauconducteure, Feldmesser, Nivellirer, Markscheider, Auktionatoren, See- und Binnenlootsen, Mäkler, Dispatcheurs, Gesindevermiether, Personen, welche den Feingehalt edler Metalle oder die Beschaffenheit, Menge oder richtige Verpackung von Waaren irgend einer Art feststellen, Güterbestätiger, Schaffner, Wäger, Messer, Braaker, Schauer, Stauer u. s. w., so wie diejenigen, welche ein Gewerbe daraus machen, Leichen zu reinigen und anzukleiden, oder die zur Bestattung von Leichen erforderlichen Geräthschaften und Wagen zu halten.

Es können wieder Brodtaxen eingeführt werden. Ferner können für Schornsteinfeger und Abdecker innerhalb der ihnen angewiesenen Bezirke (wo sie also monopolisirt sind) Taxen aufgestellt werden. Auch für Lohnlakaien u. s. w. können Taxen gemacht werden.

Neue Innungen können gebildet werden. Die Statuten der bestehenden Innungen sollen revidirt werden, wobei mehrere In-

nungen verbunden werden können. Die Innungen können zwar sowohl vom Staat aufgelöst werden, als auch sich selbst auflösen. Letzteren Falls muss aber die Auflösung durch zwei Drittheile der stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden. Das disponible Vermögen einer aufgelösten Innung fällt den Mitgliedern derselben niemals zu. *)

Wer Mitglied einer Innung werden will, muss sich einer Prüfung, welche Kosten verursacht, unterwerfen. Auch muss er Aufnahmekosten und laufende Beiträge zahlen. Ferner müssen alle Gerber, Lederbereiter, Ledertauer, Korduaner, Pergamenten, Schuhmacher, Handschuhmacher, Beutler, Kürschner, Riemer, Sattler, Seiler, Reifschläger, Schneider, Hutmacher, Tischler, Rademacher, Stellmacher, Böttcher, Drechsler, Töpfer, Grobschmiede, Hufschmiede, Waffenschmiede, Schlosser, Zirkelschmiede, Zeugschmiede, Bohrschmiede, Sägeschmiede, Messerschmiede, Büchenschmiede, Sporer, Feilenhauer, Kupferschmiede, Rothgiesser, Gelbgiesser, Glockengiesser, Gürtler, Zinngiesser, Klempner, Buchbinder und Färber sich ebenfalls einer Prüfung, welche Kosten verursacht, unterwerfen, selbst wenn sie nicht Mitglied einer Innung werden, aber Lehrlinge halten wollen. Als Lehrlinge sind nur diejenigen zu betrachten, welche in der durch einen Lehrvertrag ausgesprochenen Absicht bei einem Lehrherrn eintreten, um gegen Lehrgeld oder unentgeltliche **) Hülfsleistung ein Gewerbe bis zu derjenigen Fertigkeit zu erlernen, welche sie zu Gesellen befähigt. Die Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge veranlasst Kosten, die Gesellenprüfung ebenfalls.

*) Nach dem Gewerbepolizeigesetz vom 7. September 1811 konnte jede Innung durch einfache Stimmenmehrheit ihrer Meister ihre Auflösung beschliessen; Wittwen, welche blos das Gewerbe ihres verstorbenen Ehemannes auf den Grund der Innungsartikel fortsetzen, hatten dabei keine Stimme. Das disponible Vermögen der Innung konnte dann unter alle vorhandene Meister und das Gewerbe fortsetzende Meisterwittwen zu gleichen Theilen vertheilt werden.

**) Kinder vor zurückgelegtem 9. Jahre in Fabriken regelmässig zu beschäftigen, wurde 1839 verboten. Vorher muss also auch für solche Kinder in Fabriken Lohn gezahlt worden sein. Handwerkslehrlinge dagegen, die älter sind, haben nicht Anspruch auf Lohn. In dem schon erwähnten Werke über Nordamerika (I. S. 262) wird erzählt, dass z. B. ein Schriftsetzer 10 bis 15 Dollars, ein Faktor 25 bis 40 Dollars wöchentlich erhält. „Auch ist es in Amerika, wo selbst die geringste Arbeitskraft nach ihren Leistungen bezahlt

Ueber alle Prüfungen entscheiden im Wesentlichen Innungsmeister.

Die Gesellen und Gehülfen können auch zum Beitritt zu Verbindungen und Kassen zu gegenseitiger Unterstützung gezwungen werden.

Alle bisherigen allgemeinen und besonderen Bestimmungen über Gegenstände, worüber die Gewerbeordnung verfügt, wurden durch dieselbe ausser Kraft gesetzt, so weit auf bisherige Vorschriften nicht ausdrücklich hingewiesen ist. (§. 190).

Nachdem durch Patent vom 5. December 1848 die Kammern auf den 26. Februar 1849 berufen worden waren, wurde am 9. Februar 1849 die Verordnung, betreffend die Errichtung von Gewerberäthen und verschiedene Abänderungen der Gewerbeordnung, octroyirt. Da dieselbe in dem am 13. desselben Monats in Ber-

wird, nicht selten, dass sogar Lehrlinge vom Antritt ihrer Lehrzeit an wöchentlich 3 Dollars erhalten und im Verhältniss ihrer Leistungen im Laufe der fünfjährigen Lehrzeit diesen Wochenlohn verdoppeln. Da man hier nicht wie in Europa attestversessen ist, sondern das Individuum ausschliessend nach seinen erprobten Fähigkeiten beurtheilt, so bleiben Lehrlinge meistens nur so lange in diesem Verhältniss, bis sie eine gewisse Fertigkeit erlangt zu haben glauben, um sich selbstständig machen und mehr Geld verdienen zu können. Die Lehrzeit in allen Branchen der Industrie, des Handels und des Wissens ist daher sehr precär und hängt mehr von dem grösseren oder minderen Talent des Schülers als von dem Willen des Meisters ab. —“ Ist es hiernach zu verwundern, dass viele tüchtige Gewerbetreibende Preussen auf immer verlassen, um sich in Amerika schon in den Lebensjahren, welche sie in ihrem Vaterlande im Militärdienst hinbringen müssten, eine unabhängige Stellung zu schaffen? — Selbst aus dem Vereinigten Königreich sind 1851—53 1,033,537 Personen nach den Vereinigten Staaten und Britischen Colonien ausgewandert. Dennoch wurde die Bevölkerung Grossbritanniens nicht geringer. The charter of the nations; or, free trade and its results: an essay on the recent commercial policy of the united kingdom, to which the council of the national anti-corn law league awarded their first prize. By Henry Dunckley. London, 1854. S. 317. Aus Irland, wo die Kartoffelerndten 1845—47 missriethen, und wo der Census von 1851 1,513,294 Menschen weniger ergab, als der von 1841, wanderten 1847—52 etwa 1,313,000 meistens als arme Zwischendeckspassagiere aus, besonders nach den Vereinigten Staaten. Wie gut es ihnen dort ergangen sein muss, lässt sich daraus entnehmen, dass sie 1852 ihren in der Heimath gebliebenen Verwandten und Freunden blos durch Vermittelung anglo-amerikanischer Bankhäuser nicht weniger als 1,404,000 £ übermachen konnten. Companion to the almanac; or year-book of general information for 1854. S. 96. 97.

lin ausgegebenen Stück der Gesetzsammlung abgedruckt ist, so hatte sie nach dem Gesetze vom 3. April 1846, betreffend die Publikation der Gesetze, in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen, so wie in der Rheinprovinz bei der Kammereröffnung noch nicht Gesetzeskraft. Ob übrigens die Octroyirung wirklich unvermeidlich und „durch die vielfachen dringenden Anträge auf unverzügliche Reform der Verhältnisse des Handwerksstandes“ gerechtfertigt war, mag jetzt dahingestellt bleiben. Wäre die Verordnung den Kammern im Entwurf vorgelegt worden, so lässt sich sehr bezweifeln, ob sie unverändert angenommen worden wäre. Nachdem sie indessen schon längere Zeit in Geltung gewesen war, und nicht wieder unoctroyirt gemacht werden konnte, wurde sie nachträglich von den Kammern genehmigt. Wer es jedoch über sich gewinnen kann, die weder lehrreichen, noch kurzweiligen Verhandlungen darüber in der zweiten Kammer vom 17. bis 20. October 1849 und in der ersten Kammer vom 19. Januar 1850 ganz durchzulesen, dürfte wohl zu der Ansicht gelangen, dass die unbedingte Genehmigung doch eigentlich nur deshalb ertheilt wurde, weil man damals dem Ministerium keine Verlegenheiten bereiten wollte. *)

Auf das neue Institut der Gewerberäthe näher einzugehen, ist nicht erforderlich, da es sich als ein todtgebornes Kind erwie-

*) Vergl. die Verhandlungen der am 5. December 1848 einberufenen II. Kammer. S. 1. 81. 85—87. 102—104; der am 30. Mai 1849 einberufenen II. Kammer. S. 32. 63—65. 697—790; und I. Kammer. S. 2275—2308. — In ihrem schon angeführten Werke erzählt Fräulein Martineau von der Zeit um 1834 (II. S. 298): Vorher ist schon auf die schlimme Praxis der Whig-Verwaltungen hingedeutet worden, dem Geschrei nach irgend einer Forderung nachzugeben; und, dann nichts nachzugeben, ausser was mit Geschrei gefordert wurde. Es wurde schon darauf hingedeutet, dass dies wahrhaft revolutionäre System mit den Tories anfang — mit der fortwährenden Zurückweisung der Anforderungen der Katholiken: und seitdem wurde es eine bezeichnende Eigenthümlichkeit aller sogenannten liberalen Administrationen. In diesem einzelnen Punkt, welcher Lord Grey's Cabinet im Ganzen zur Last fällt, war vielleicht Lord Althorp der Hauptsünder: und deutlich wurde der Welt die Thatsache während dieser und der darauf folgenden Sitzung bekannt. Als damals bei einer öffentlichen Versammlung ein Vorschlag hinsichtlich der Rechte der Dissenter gemacht wurde, bat man den Antragsteller, zu warten und sich zu gedulden, und dem Ministerium keine Verlegenheit zu bereiten. „Keine Verlegenheit für das Ministerium!“ rief er; „Wie, ich fand noch niemals, dass man etwas erreichte, wenn man nicht dem Ministerium Verlegenheit bereitete!“ und die letzten Worte wurden unter lautem Beifall ausgesprochen.

sen hat. Dagegen verdienen folgende Bestimmungen dieser Verordnung hervorgehoben zu werden.

Alle Müller, Bäcker, Pfefferküchler, Conditoren, Fleischer, Gerber, Lederbereiter, Korduaner, Pergamenten, Schuhmacher, Pantoffelmacher, Handschuhmacher, Beutler, Kürschner, Sattler, Riemer, Täscher, Tapezierer, Buchbinder, Seiler, Reifschläger, Bürstenbinder, Perrückenmacher, Hutmacher, Tuchmacher, Tuchbereiter, Weber, Wirker, Posamentierer, Knopfmacher, Schneider, Tischler, Stuhlmacher, Rademacher, Stellmacher, Grossböttcher, Kleinböttcher, Drechsler, Kammacher, Korbflechter, Töpfer, Glaser, Grobschmiede, Kleinschmiede, Messerschmiede, Nagelschmiede, Kupferschmiede, Büchsenmacher, Sporer, Schlosser, Feilenhauer, Nadler, Siebmacher, Klempner, Schwertfeger, Gürtler, Gelbgiesser, Rothgiesser, Glockengiesser, Zinngiesser, Goldarbeiter, Silberarbeiter, Goldschläger, Silberschläger, Uhrmacher, Vergolder, Maler, Lackirer, Färber, Seifensieder, Maurer, Steinhauer, Schieferdecker, Ziegeldecker, Hauszimmerleute, Schiffszimmerleute, Mühlenbaumeister, Brunnenbaumeister und Schornsteinfeger müssen sich einer Prüfung selbst dann unterwerfen, wenn sie weder einer Innung beitreten, noch Lehrlinge halten wollen.

Baumeister dürfen bei der Leitung von Bauunternehmungen die Arbeiten derjenigen Handwerke, für welche sie nicht geprüft und concessionirt sind, nicht ohne Zuziehung geprüfter Meister ausführen lassen.

Darüber, welche Arbeiten zu den unter den einzelnen genannten Handwerkern begriffenen Verrichtungen gehören, hat — bei den vielfachen Zweifeln und Streitigkeiten, die, wenn die Verordnung nur etwas strenge gehandhabt wird, unvermeidlich sind — der Gewerberath und in dessen Ermangelung die Communalbehörde zu entscheiden.

Die gleichzeitige Ausübung mehrerer Handwerke durch dieselbe Person kann beschränkt werden. Fabrikinhaber dürfen Handwerksgesellen nur so weit sie derselben zur unmittelbaren Erzeugung und Fertigmachung ihrer Fabrikate, so wie zur Anfertigung und Instandhaltung ihrer Werkzeuge und Geräthe bedürfen, beschäftigen. Auch dürfen sie, wenn sie eines der Handwerke, bei welchen eine Prüfung vorgeschrieben ist, betreiben,

ohne dafür selbst geprüft zu sein, ausserhalb ihrer Fabrikstätten keine Gesellen oder Gehülfen beschäftigen.

Inhaber von Magazinen zum Detailverkauf von Handwerkerwaaren dürfen sich mit deren Anfertigung nicht befassen, wenn sie nicht die zum Betriebe des betreffenden Handwerks erforderliche Meisterprüfung bestanden haben. Auch kann das Halten von solchen Magazinen beschränkt werden.

Wer zur Meisterprüfung, welche Kosten verursacht, zugelassen werden will, muss drei Jahre lang Lehrling bei einem Meister gewesen sein, dann die Gesellenprüfung, welche Kosten verursacht, bestanden haben, demnächst drei Jahre lang Geselle gewesen sein und ausserdem das 24ste Jahr zurückgelegt haben. Nicht einmal „aus besonderen Gründen“ kann die Meisterprüfung vor zurückgelegtem 21sten Jahre gestattet werden. *)

Handwerksmeister dürfen sich zu den technischen Arbeiten ihres Gewerbes in der Regel nur der Gesellen, Gehülfen und Lehrlinge ihres Handwerks bedienen. Auch dürfen Gesellen und Gehülfen in der Regel nur bei Meistern ihres Handwerks in Arbeit treten.

Meister können zum Beitritt zu Kranken-, Sterbe-, Hülfswittwen- und Waisenkassen gezwungen werden. Ferner kön-

*) Merkwürdig ist es, dass man zwar in der Rheinprovinz — so wie in England, Frankreich, Belgien, Baden, Württemberg, Baiern, Sachsen, Hannover u. s. w. — mit 21 Jahren grossjährig wird, in den übrigen Provinzen aber 24 Jahre lang minderjährig bleibt; und ferner, dass in der Rheinprovinz Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts mit 18 Jahren emancipirt werden und dann die grössten Handelsgeschäfte treiben können (Civilgesetzbuch, Art. 487; Handelsgesetzbuch, Art. 2; Gewerbeordnung, §. 17), in den übrigen Provinzen Handelsgeschäfte zwar auch von Majorennerklärten betrieben werden können, die Majorennitätserklärung aber nur bei Personen weiblichen Geschlechts mit 18 Jahren, bei Personen männlichen Geschlechts dagegen erst mit 20 Jahren zulässig ist (A. L. R. II. 18. §. 719, §. 724. II. 8. §. 477. §. 488 sq. I. §. 24). Nicht weniger merkwürdig ist es, dass jeder Majorennerklärte das Gewerbe als Friseur, Barbier, Brauer, Fuhrmann, Fischer, Kupferstecher oder Bildhauer, und zwar ohne Prüfung oder Concession, selbstständig betreiben, dass man sogar vor dem 20sten Jahre Unterofficier, Officier, auch Civilbeamter werden kann (A. L. R. II. 18. §. 810; Civilpensionsreglement vom 30. April 1825 §. 9), dass man sich aber in der Regel wenigstens im 25sten Jahre befinden muss, wenn man in irgend einer Provinz das Gewerbe als Perrückenmacher, Pantoffelmacher, Weber, Glaser, Korbflechter oder Maler selbstständig betreiben will.

nen sie gezwungen werden, zu Gesellen-Unterstützungskassen Beiträge zu leisten. *)

Maler sollen sich zwar prüfen lassen. Aber andere Künstler, so wie Kaufleute werden nicht geprüft. Auch für Fabrikanten **) ist eine Prüfung nicht vorgeschrieben.

Ausländer sollen zum Betriebe eines stehenden Gewerbes nur aus erheblichen Gründen zugelassen werden. Auch sollen ausländische Gewerbetreibende nur aus erheblichen Gründen naturalisirt werden. ***)

Die Erlaubniss zum Handel mit gebrauchten Kleidern oder Betten, gebrauchter Wäsche oder altem Metallgeräth, zum Betriebe des Pfandleihgewerbes, zur gewerbsmässigen Vermittelung von Geschäften oder zur Uebernahme von Aufträgen, namentlich zur Abfassung schriftlicher Aufsätze für Andere, so wie zum Gewerbe der Lohnlakaien und anderer Personen, welche auf öffentlichen Strassen und Plätzen oder in Wirthshäusern ihre Dienste anbieten, ist von dem subjektiven Ermessen von Beamten abhängig. Denn wenn die Communalbehörde die Nützlichkeit und das Bedürfniss des beabsichtigten Gewerbebetriebes nicht anerkannt und die Polizeibehörden sich von der Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit des Nachsuchenden nicht überzeugt haben, so soll die Erlaubniss versagt werden.

*) Da durch solchen Zwang der Arbeitslohn nicht höher werden kann und es offenbar ganz denselben Effekt haben muss, ob der Arbeiter freiwillig einen Theil seines Lohns in eine Unterstützungskasse zahlt, oder der Arbeitgeber den Lohn zwischen die Unterstützungskasse und den Arbeiter theilt, so lässt sich aus dieser Bestimmung ein Nutzen durchaus nicht ersehen — es sei denn, dass man nicht die Selbstständigkeit, sondern die Unselbstständigkeit der arbeitenden Klassen erstrebt.

**) In der Verordnung ist nicht angegeben — und konnte freilich auch nicht angegeben werden — an welchen bestimmten Merkmalen in jedem einzelnen Fall ein Fabrikant von einem Handwerker sicher zu unterscheiden ist, z. B. ein Mehlfabrikant von einem Müller, ein Brodfabrikant von einem Bäcker, ein Lederfabrikant von einem Gerber, ein Tuchfabrikant von einem Tuchmacher, ein Knopffabrikant von einem Knopfmacher, ein Nadelfabrikant von einem Nadler, ein Kammfabrikant von einem Kammacher, ein Möbelfabrikant von einem Tischler. Was das A. L. R. II. 8. §. 407—423 über Fabrikanten bestimmt, ist ganz ungenügend.

***) Es unterliegt keinem Zweifel, dass durch diese Bestimmungen ausländischen Kapitalien der Zugang in Preussen erschwert werden muss. Und doch wäre es gewiss sehr zu wünschen, dass auch recht viel ausländisches Kapital in Preussen angelegt würde.

Ferner sind öffentliche Versteigerungen neuer Handwerkerwaaren Beschränkungen unterworfen.

Auf Wochenmärkten können einheimische Verkäufer vor auswärtigen bevorzugt sein; auch kann daselbst für einzelne Klassen von Käufern der Einkauf von Lebensmitteln beschränkt werden.

Alle der Verordnung entgegenstehenden allgemeinen und besonderen Bestimmungen wurden ausser Kraft gesetzt.

Schlussbetrachtungen.

In neuerer Zeit haben im Preussischen Staat mehr Auswanderungen als Einwanderungen stattgefunden. Früher war es umgekehrt. Die meisten Auswanderungen gehen nach den Vereinigten Staaten. In der Zeit vom 1. Oktober 1844 bis Ende 1855 sind nach Dietrich's (Mittheilungen. 1856. S. 171) für 161,439 Personen Entlassungsurkunden, aber nur für 31,438 Personen Nachlassurkunden ausgestellt worden. Danach hätte Preussen jährlich im Durchschnitt 11,556 Unterthanen verloren. Für 1855 betrug der Verlust 12,132.

In der Wirklichkeit ist der Verlust aber weit grösser, weil Viele ohne Entlassungsurkunden auswandern.

Die Zahlung von Ende 1853 ergab 16,935,420
 Es sind 1853 1854 1855
 geboren 652,122 648,649 617,812
 gestorben 521,196 500,787 550,460
 mehr geboren 130,926 147,862 67,352
 353,190

Es hätten also Ende 1855 vorhanden sein müssen . . . 17,388,610

Die Zahlung ergab aber, exclusive der Bevölkerung des erst 1854 in Besitz genommenen Jahlgelands, nur 17,302,604

also weniger 86,006

Es müssen also in den Jahren 1853 bis 1855 jährlich im Durchschnitt 28,669 Personen mehr ausgewandert, als eingewandert sein. Wenigstens erscheint mir Dietrich's (Mittheilungen. 1857. S. 81. 83.) Meinung, dass die Zahlung von 1855 unvollständiger wäre, als die vorhergegangenen, durchaus nicht begründet.

Ferner sind öffentliche Vorstegungen neuer Handwerker-
waren Beschränkungen unterworfen.
Am Wochenmärkten können einheimische Verkäufer vor-
auswärtigen bevorzugt sein; auch kann dasselbe für einzelne
Klassen von Käufern der Einkauf von Lebensmitteln beschränkt
werden.
Alle der Verordnung entgegenstehenden allgemeinen und be-
sonderen Bestimmungen wurden unserer Kraft gesetzt.

V.

Schlussbetrachtungen.

In neuerer Zeit haben im Preussischen Staat mehr Auswan-
derungen als Einwanderungen stattgefunden. Früher war es umge-
kehrt. Die meisten Auswanderungen gehen nach den Vereinigten
Staaten. In der Zeit vom 1. Oktober 1844 bis Ende 1855 sind
nach Dieterici (Mittheilungen. 1856. S. 171) für 161,429 Perso-
nen Entlassungsurkunden, aber nur für 31,428 Personen Natu-
ralisationsurkunden ausgefertigt worden. Danach hätte Preussen
jährlich im Durchschnitt 11,556 Unterthanen verloren. Für 1855
betrug der Verlust 12,132.

In der Wirklichkeit ist der Verlust aber weit grösser, weil
Viele ohne Entlassungsurkunden auswandern.

Die Zählung von Ende 1852 ergab				16,935,420
Es sind	1853	1854	1855	
geboren	659,122	648,649	617,812	
gestorben	521,196	500,737	550,460	
mehr geboren	137,926	147,912	67,352 . .	353,190
Es hätten also Ende 1855 vorhanden sein müssen . .				17,288,610
Die Zählung ergab aber, exclusive der Bevölkerung des				
erst 1854 in Besitz genommenen Jahdegebiets, nur				17,202,604
also weniger				86,006

Es müssen also in den Jahren 1853 bis 1855 jährlich im
Durchschnitt 28,669 Personen mehr ausgewandert, als einge-
wandert sein. Wenigstens erscheint mir Dieterici's (Mittheilun-
gen. 1857. S. 81. 83.) Meinung, dass die Zählung von 1855 un-
vollständiger wäre, als die vorhergegangenen, durchaus nicht
begründet.

Hoffmann*) glaubte, dass, wenn man auch die älteren Zählungen nicht als ganz vollständig erachtete, von 1816 bis 1837 der Ueberschuss der Einwanderungen über die Auswanderungen doch auf mehr als 360,000 zu schätzen sei. Dies würde jährlich im Durchschnitt 17,143 ergeben. Von 1822 bis 1837 betrug dieser Ueberschuss im ganzen Staate $3\frac{1}{2}$ Procent der anfänglichen Volkszahl, insbesondere in den östlichen Provinzen (Preussen, Posen) $4\frac{3}{5}$ Procent, in den westlichen Provinzen (Westphalen, Rheinland) $1\frac{1}{2}$ Procent und in den mittleren Provinzen (Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen) $3\frac{5}{8}$ Procent. Hauptsächlich die mittleren Provinzen zogen Einwanderungen aus den benachbarten Staaten an sich, und zwar in solchem Maasse, dass dadurch nicht allein der Abgang ersetzt wurde, welchen sie dadurch erlitten, dass sie an die westlichen, noch mehr aber an die östlichen Provinzen fortwährend Einwohner abgaben, sondern dass auch dieses Abgangs ungeachtet in diesen fünfzehn Jahren noch ein Ueberschuss der Einwanderungen von $3\frac{5}{8}$ Procent der zu Anfang dieses Zeitraums vorhandenen Einwohnerzahl gewonnen wurde. In den Jahren 1835 bis 1837 sind mehr geboren als gestorben 446,596

Die Zählung am Ende 1834 hatte ergeben 13,509,927

Danach hätten Ende 1837 vorhanden sein sollen . . . 13,956,523

Die damalige Zählung ergab aber 14,098,125

also mehr 141,602

Es müssen also 1835 bis 1837 jährlich im Durchschnitt sogar 47,201 mehr eingewandert, als ausgewandert sein. Nach den Zählungen nahm die Bevölkerung von 1816 bis 1843 um 5,122,734 Seelen zu, und Dieterici berechnet, dass 79 Procent auf den Ueberschuss der Gebornen über die Gestorbenen, und 21 Procent auf den Ueberschuss der Eingewanderten über die Ausgewanderten fallen, dass Preussen also durch Einwanderungen 1,072,429 (oder jährlich im Durchschnitt 39,791) Unterthanen gewonnen hatte, und meint, dass die Zeit von 1830 bis 1840 im Ganzen einen Zuschuss durch Einwanderungen von mindestens dem vierten Theil des ganzen Zuschusses ergäbe.**)

Damals waren die Einwanderungen in Preussen nicht gehemmt, eine förmliche Naturalisation fand nicht statt, und die

*) Die Bevölkerung des Pr. Staats 1837. S. 17 — 22.

**) Die statistischen Tabellen von 1843. S. 22—24.

Einwohner Preussens genossen eine grössere Gewerbefreiheit, als in den meisten andern deutschen Staaten stattfand.

In den dreissig Jahren bis 1846 stieg die Bevölkerung im Preussischen Staat 55 Procent; in Sachsen — wo die Industrie des Erzgebirges und der Handel Leipzig's einen grossen Aufschwung nahmen — 53 Procent und in den norddeutschen Staaten überhaupt 47 Procent, dagegen in Oesterreich und in den süddeutschen Staaten überhaupt nur 27 Procent.*)

Preussen hatte 1816 10,349,031 Einwohner (beinahe soviel wie Grossbritannien 1801), 1846 16,112,938 und 1855 17,202,831. Die jährliche durchschnittliche Zunahme war also 1816 bis 1846 1,86 Procent, 1846 bis 1855 dagegen nur 0,75 Procent. Wenn die Bevölkerung sich in einem halben Jahrhundert verdoppeln soll, so müsste sie 1855 bis 1866 jährlich im Durchschnitt 1,85 Procent zunehmen, was bei der jetzigen Gesetzgebung nicht zu erwarten steht, wenngleich Preussen 1816 bis 1866 durch Auswanderungen schwerlich so viel Menschen verlieren wird, als Grossbritannien 1801 bis 1851 dadurch verloren hat. Dennoch hat sich dort in diesen 50 Jahren die Bevölkerung verdoppelt, nachdem sie sich in den 100 Jahren vorher nicht ganz verdoppelt hatte. Aber während im Anfang des vorigen Jahrhunderts England im Allgemeinen ein ackerbauendes Land war und Bergbau und Manufakturen noch nicht sehr in Betracht kamen, haben im gegenwärtigen Industrie und Handel gegen den Ackerbau eine hervorragendere Stellung erlangt.**)

Das Britische Reich***) beweist, dass je mehr Beschränkungen der natürlichen Handels- und Gewerbefreiheit beseitigt werden, desto segensreichere Folgen daraus hervorgehen. Zunehmende Kenntniss hat dort den engherzigen Sinn früherer Zeiten verworfen und die wahre Wissenschaft des Verkehrs ans Licht gebracht. In Folge dessen sind die ausschliesslichen Privilegien der Zünfte abgeschafft. Jedermann hat jetzt ein gleiches Recht, sein Gewerbe in Städten und Gemeinden zu betreiben. Der Zwang in Betreff einer siebenjährigen Lehrzeit ist erlassen, die

*) Dieterici, Mittheilungen. 1848. S. 23. 26. 29.

**) Vergl. Companion for 1854. S. 16 squ.

***) Vergl. das oben schon angeführte, lehrreiche Werk Dunckley's. S. 20. 383. 41. 71. 85. 136. 139. 163—165. 192. 193. 223. 224. 277—284. 298. 301. 302. 306. 307. 312. 315. 319—326.

vormalige Herrschaft der Zünfte aufgehoben und in einer Mannigfaltigkeit von gleichartigen Massregeln ist das Princip des Freihandels mit Arbeit vom Staat anerkannt.

Wichtig waren die Freihandelsmassregeln Huskissons von 1825, noch wichtiger aber, was seit 1842 geschehen ist. Als Peel 1846 vom Ministerium abtrat, äusserte er, er wisse, dass er einen Namen hinterlasse, verflucht von jedem Monopolisten, welcher ehrenwerthe Gesinnungen ausspräche, aber zu seinem eigenen Vortheil den Schutz aufrecht erhalten wolle; indessen könne es auch sein, dass seiner zuweilen wohlwollend in den Wohnungen derer würde gedacht werden, deren Loos es ist, zu arbeiten und ihr Brod im Schweisse ihres Angesichts zu erwerben, wenn sie ihre erschöpften Kräfte mit reichlicher und unbesteueter, und um so süsserer Nahrung, als sie nicht mehr mit dem Geiste der Ungerechtigkeit gesäuert ist, wieder stärken können.

Der Werth der jährlichen Ausfuhr Britischer und Irländischer Erzeugnisse, welcher während des Schutzsystems gesunken war, stieg während des Systems des Freihandels. Er betrug im Durchschnitt:

1812—17	44,446,643 £	1842—44	52,748,341 £
1818—22	38,372,963 „	1851—52	81,960,961 „

Der Handel der Engländer beruht nicht ganz oder hauptsächlich auf ihrer maritimen Stellung. Nicht als blosse Kaufleute, wie die Venetianer, Genuesen, Portugiesen und Holländer sind sie zu Reichthum gelangt. Der Handel Grossbritanniens wird durch seine Manufakturen genährt. Die Artikel, welche die Briten hauptsächlich bieten, sind nicht die Seide China's oder die Specereien Indiens, sondern ihre eigene Industrie — die Arbeit ihrer Hände, ihrer Erfindungsgabe, ihrer physischen und moralischen Tüchtigkeit. Es sind nicht Luxusartikel, die man sich allenfalls versagen kann, sondern Artikel der ersten Nothwendigkeit für die Menschen aller Stände. Hierin liegt die Lebenskraft des Britischen Handels. Vier Siebentheil des Werths der ganzen Ausfuhr sind Gespinnste und Gewebe aus Baumwolle, Wolle, Flachs und Seide. Diese Industrie ernährt ein Fünftheil der ganzen Bevölkerung.

Von 1840—42 bis 1849—51 war die jährliche Ausfuhr von Baumwollenwaaren um 20 Procent, von Leinenwaaren um 26 Procent, von Wollenwaaren um 57 Procent, von sonstigen Waaren um 68 Procent gestiegen. Die Ausfuhr von Eisenwaaren

war von 1832 bis 1842 um 29 Procent gestiegen, seitdem aber ist sie um 61 Procent gestiegen. Die Ausfuhr von Eisen und Stahl hat sich mehr als verdoppelt.

Die Landwirthschaft macht grössere Fortschritte als je. Dabei sind die Güterpreise nicht gesunken, eher gestiegen. Auch die Löhne der landwirthschaftlichen Arbeiter sind höher geworden.

Da 1842—53 Steuern erlassen und ermässigt wurden, besonders Verbrauchssteuern, und direkte Besteuerung mehr in Anwendung kam, so wurden Tausch und Umsatz leichter; dabei hatte die Staatskasse, anstatt Deficit's, Ueberschüsse und die Unterthanen erlangten einen reinen Gewinn von mehr als 7 Millionen £ jährlich. Der Verkehr belebte sich daher wieder und Kapital floss den Gewerben, der Landwirthschaft, dem Handel und den Sparkassen zu. Allenthalben fand der Unternehmungsgeist Anregung und Belohnung.

Der Arbeitslohn im Allgemeinen ist gestiegen. Dabei sind die Preise der Lebensbedürfnisse gefallen; und in Folge dessen hat der Verbrauch zugenommen. Die arbeitenden Klassen verzehren jetzt bedeutend mehr Brod und Fleisch,*) als früherhin.

Es herrscht eine allgemeine Thätigkeit; nicht bloss die grossen Industriezweige, sondern auch jedes Handwerk scheint ein frisches Leben erhalten zu haben; die kleinsten Flecken und Dörfer, ebenso wie die volkreichsten Städte haben ein ungewöhnliches Gedeihen; der Schmied, der Zimmermann, der Schneider, der Schuhmacher können ihre Bestellungen kaum bewältigen; ihre Arbeit hat plötzlich einen neuen Werth erlangt, und ist für sie ein wirksames Mittel physischen Glückes geworden.

*) In Berlin, wo Verbrauchssteuern Brod und Fleisch jährlich um etwa 1¼ Million Thaler vertheuern, werden kaum verbraucht

Mühlenfabrikate und Backwaaren, pro Kopf jährlich 150 Pfund
oder pro Familie täglich 2 Pfund

Fleisch pro Kopf jährlich 90 Pfund oder pro Familie täglich 1½ Pfund.

Im Jahre 1854 wurde für den ganzen Staat der jährliche Verbrauch pro Kopf nur auf 4 Scheffel Getreide und 35 Pfund Fleisch — neben 5 bis 8 Scheffel Kartoffeln — geschätzt, (Dieterici, Mitth. 1857. S. 116). Wahrscheinlich war der Fleischverbrauch sonst stärker als jetzt. Denn im Verhältniss zur Bevölkerung gab es 1831 mehr Rindvieh, Schafe und Schweine als 1855. (Dieterici, Mitth. 1856. S. 273.)

Was das Armenwesen betrifft, so ist die Armensteuer geringer geworden. In den Armenverbänden von England und Wales wurden jährlich im Durchschnitt Arme unterstützt:

1849—51	905,285
1852—54	817,187

also 88,098 oder beinahe 10 Procent weniger; und in dem Armen-Inspections-District von Manchester

1847—49	17,534
1850—52	12,198

also 5,336 oder 30 Procent weniger.

Die Zahl der Heirathen betrug
1842 auf 16,148,598 Einwohner 118,825 und
1853 „ 18,004,551 „ 162,135.

Auf 10000 Individuen heiratheten also 1842 147 und 1853 180.
Dies ergäbe eine Zunahme von mehr als 22 Procent*).

*) In Preussen betrug die Zahl der Heirathen

1843 auf 15,471,083 Einwohner	140,454	und
1852 „ 16,935,420 „	143,028.	

(Dieterici, Mittheilungen. 1856. S. 120.) Auf 10,000 Individuen heiratheten also 1843. 182 und 1852. 169. Dies ergäbe eine Abnahme von 7 Procent. Bei der Civilbevölkerung des Regierungsbezirks Breslau war das Verhältniss in den Jahren 1846—50 163 und in den Jahren 1851—55 157. Dies ergäbe eine Abnahme von mehr als 3 Procent. Dagegen hat die Zahl der unehelichen Geburten in Preussen mit der beschränkenden Gesetzgebung zugenommen, während sie in Frankreich, wo die Gewerbefreiheit nicht beschränkt wurde, stationär und geringer als in Preussen ist. Vergl. C. J. Bergius: Ueber die Anzahl der unehelichen Geburten in Preussen (Zeitschrift für Staatswissenschaft. 1855. S. 620—638) und: Die Civilbevölkerung des Regierungsbezirks Breslau (33ster Jahresbericht der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur. 1856. S. 201). Im Kaiserthum Oesterreich (vergl. H. F. Brachelli, deutsche Staatenkunde. Ein Handbuch der Statistik des deutschen Bundes und seiner Staaten, mit Einschluss der nichtdeutschen Provinzen Oesterreichs und Preussens. Wien, 1856. I. S. 194. 244) besteht nur im Lombardisch-Venetianischen Königreich Gewerbefreiheit, und es sind im Jahre 1851

	im ganzen Staat	in Wien	in Lombardei-Venedig
lebend geboren	1,372,351	21,191	195,355
davon unehelich	120,800	10,963	7,015
oder Promille	88	517	36
totdgeboren	19,814	912	2,333
dayon unehelich	3,875	533	324
oder Promille	145	584	139.

Auch diese Zahlen sprechen für Gewerbefreiheit.

Die Zahl der Sparer überhaupt nimmt zu. Zwar hat die Zahl derjenigen, welche mehr als 20 £ in einer Sparkasse haben, von 1845 bis 1850 abgenommen, ohne Zweifel, weil sie ihr Kapital vortheilhafter angelegt haben. Die Zahl derer aber, welche nicht über 20 £ haben, stieg von 597,631 auf 677,960 und ihre Gesamteinlage von 3,851,027 £ auf 4,046,941 £. Es waren 1842 25,319,336 £., 1850 28,930,982 £., 1853 33,360,402 £. in den Sparkassen. Ferner sind schon Millionen von den arbeitenden Klassen verwendet worden, um Grundbesitz und Wohnhäuser eigenthümlich zu erwerben. Zu diesem Zweck gebildete und mit einander in Verbindung stehende Vereine — weit über hundert freehold land societies, sowie building clubs in grosser Anzahl — welche grössere Güter ankaufen und zertheilen, vermitteln und erleichtern die Erwerbung. Endlich sind bei Englischen und Schottischen Versicherungsanstalten gegen Lebensversicherungspolice 150,000,000 £ versichert. Davon kommen 116,000,000 £ auf 152 Englische Gesellschaften, von denen nur 10 vor dem Jahre 1810, 31 zwischen 1810 und 1830, 36 zwischen 1830 und 1844, und nicht weniger als 75 zwischen 1844 und 1850 errichtet sind.

Welche segensreiche Folgen die Englische Gewerbe- und Handelsfreiheit in der That hat, wird auch ausserhalb Englands von unbefangenen Kundigen anerkannt und bezeugt. So bemerkte kürzlich Michel Chevalier, dass seitdem England die Erzeugnisse anderer Völker mit so grosser Liberalität zulasse, der Betrag seiner Ausfuhren sich verdoppelt habe. Das Volk habe dort mehr Arbeit als je, und lebe in einem Wohlstande, der ihm seither unbekannt gewesen. Die protectionistische Meinung, die in England zu der Zeit, als Peel seine grossen Reformen durchführte, noch sehr mächtig gewesen, sei allmählig von ihren Gläubigen aufgegeben worden, und zähle jetzt keine Anhänger mehr — so laut hätten die Thatsachen gesprochen, und so heilsam hätte sich die Verkehrsfreiheit selbst für diejenigen erwiesen, welche sich davor gefürchtet hätten!*)

Wenn ich oben die Wiederaufhebung einer Reihe von neueren Gesetzen angerathen habe, so geschah dies deshalb, weil ich wünschte, dass Preussen baldigst wieder zu den gesunden Principien von 1808 und 1810 zurückkehren möchte. Es würde nicht

*) Du système prohibitif en France dans ses rapports avec les classes ouvrières et avec les intérêts britanniques. (Revue des deux mondes, 1. December 1856. S. 635).

nöthig sein, diese aufzuhebenden Gesetze durch viele andere Gesetze zu ersetzen. Das neue Strafgesetzbuch wäre nur zu ergänzen durch ein Gesetz über Bestrafung von Arbeiterverbindungen, wie England ein solches seit 1825 besitzt. *)

Wenn Arbeitgeber in Folge einer mit einander geschlossenen Verbindung ihre Arbeiter entlassen, um diese dadurch zu vermögen, auf eine Herabsetzung des Arbeitslohnes einzugehen, so scheint hierin allein etwas Unrechtes nicht zu liegen. Und wenn Arbeiter in Folge einer mit einander geschlossenen Verbindung ihre Arbeit einstellen, um ihre Arbeitgeber dadurch zu vermögen, auf eine Erhöhung des Arbeitslohnes einzugehen, so scheint hierin allein ebenfalls etwas Unrechtes nicht zu liegen. **)

In solchen Verbindungen der Arbeitgeber oder der Arbeiter hat man auch wohl früherhin in Preussen nichts Gemeingefährliches gefunden. Denn, soviel ich weiss, bedrohte sonst die Preussische Gesetzgebung Verbindungen dieser Art nicht mit Strafen.

Anders in Frankreich. Die Artikel 414, 415 und 416 des Code pénal bedrohen die Verbindungen der Arbeitgeber und der Arbeiter mit Strafen, jedoch auf sehr ungleiche Weise. In der gesetzgebenden Versammlung war die Abschaffung dieser Gesetze in Vorschlag gebracht worden. Dieser Vorschlag wurde einer Commission zur Prüfung überwiesen. Dieselbe erachtete ihn aber nicht für zulässig und hielt dafür, dass es nothwendig wäre, die Strafbestimmungen beizubehalten, sie aber so zu modificiren, dass sie unparteiisch würden. Man kann behaupten, dass dies Ziel durch die von der Commission vorgeschlagenen Abänderungen nicht erreicht wurde. Ein Manufakturist, Namens Morin, Repräsentant des Departements Drôme, überzeugt, dass die einzige Grundlage,

*) Martineau, I. S. 234—237.

**) Mill (II. S. 411—414. 736) ist ein Gegner der „Gesetze, die zum ausdrücklichen Zweck, den Lohn niedrig zu halten, erlassen und aufrecht erhalten worden sind, wie das berüchtigte „Arbeiter-Statut“, das durch die Gesetzgebung der Arbeitgeber erlassen wurde, um die arbeitende Klasse, als deren Zahl durch eine Seuche verringert war, daran zu hindern, aus der verminderten Concurrenz zur Erlangung höheren Lohnes Vortheil zu ziehen. Solche Gesetze bekunden noch den teuflischen Geist der Sklavenherren, nachdem es sich als unthunlich herausgestellt hat, die arbeitenden Klassen länger in offenkundiger Sklaverei zu halten.“ Mill hält dafür, dass Arbeiter-Combinationen, um den Lohn hoch zu halten, straffrei sein müssen. „Es ist indessen eine unerlässliche Bedingung, dass die Combination eine freiwillige sei. Keine hierzu erforderliche Strenge wäre zu gross gegen Versuche, die Arbeiter durch Drohung oder Gewalt zu zwingen, einer Vereinigung beizutreten oder an einer Coalition Theil zu nehmen.“

worauf das gute Vernehmen zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern sich stützen kann, Gleichheit vor dem Gesetz ist, wollte daher die Beschlüsse der Commission nach diesem Princip verbessern. Das Amendement, welches er deshalb stellte, wurde in der Sitzung vom 17. November 1849 durch Frederic Bastiat, Repräsentanten des Departements Landes, unterstützt, der die Mängel der Französischen und die Vorzüge der gegenwärtigen Englischen Gesetzgebung darthat.

Zwar sind die in Rede stehenden Artikel des Französischen Strafgesetzbuchs in der Rheinprovinz, wenn nicht schon durch die Gewerbeordnung, doch durch das neue Preussische Strafgesetzbuch aufgehoben. Aber die Einwürfe, welche Bastiat gegen diese Artikel gemacht hat, sind in noch grösserem Masse gegen die gegenwärtig in Preussen geltenden Vorschriften zu machen. Denn unsere Gesetzgebung ist neuerlich in bedenklicher Weise auf der schlechten Bahn der Französischen Gesetzgebung weiter gegangen. Dies, glaube ich, wird man zugestehen, wenn man die nachstehende Rede Bastiats liest und dann die jetzigen Preussischen Gesetze betrachtet. (*Oeuvres complètes*. V. S. 494—512.)

Bürger Repräsentanten!

Ich will das Amendement meines ehrenwerthen Freundes, des Herrn Morin, unterstützen; ich kann es nicht unterstützen, ohne auch den Commissionsentwurf zu untersuchen. Es ist unmöglich, das Amendement des Herrn Morin zu erörtern, ohne gewissermassen unwillkürlich in eine allgemeine Erörterung einzugehen, denn dasselbe macht es nöthig, auch den Antrag der Commission zu erörtern. Das Amendement des Herrn Morin ist in der That nicht bloss eine Modification des Hauptantrags; es setzt ein System einem andern System entgegen, und um sich darüber zu entscheiden, muss man beide vergleichen. Bürger, ich bringe in diese Discussion keinen Parteigeist, kein Vorurtheil einer Klasse, ich werde nicht zu den Leidenschaften sprechen; aber die Versammlung sieht, dass meine Lungen nicht gegen parlamentarische Stürme ankämpfen können; ich bedarf ihrer wohlwollendsten Aufmerksamkeit. Zur Würdigung des Systems der Commission erlauben Sie mir einige Worte des ehrenwerthen Berichterstatters, des Herrn v. Vatismenil, anzuführen. Derselbe sagt: „Es liegt ein allgemeines Princip in dem Artikel 414 und den folgenden des Strafgesetzbuchs; dies allgemeine Princip ist dieses: Die Verbindung, bestehe sie zwischen Arbeitgebern oder bestehe sie zwi-

schen Arbeitern, begründet ein Vergehen, und zwar unter einer Bedingung, nämlich, dass eine Ausführung versucht oder angefangen worden ist.“ Dies steht im Gesetz und dies kommt sogleich mit einer von dem ehrenwerthen Herrn Morin gemachten Bemerkung überein. Er sagte Ihnen: „Die Arbeiter können sich also nicht vereinigen, zu ihrem Arbeitgeber kommen, um mit ihm ehrlich zu verhandeln (diesen Ausdruck gebraucht er), um mit ihm ehrlich über ihre Löhne zu verhandeln!“ „Erlauben Sie, sie können sich vereinigen, fügt Herr v. Vatismenil hinzu, sie können es vollkommen, sie können es, sei es, dass sie Alle kommen, sei es, dass sie Commissionen ernennen, um mit ihren Arbeitgebern zu verhandeln; hierbei ist keine Schwierigkeit; das Vergehen beginnt, nach den Worten des Strafgesetzbuchs, nur, wenn ein Versuch oder Anfang der Ausführung der Verbindung stattgefunden hat, das heisst, sobald, nachdem die Bedingungen angefochten sind, und trotz des versöhnlichen Geistes, den die Arbeitgeber in ihrem eigenen Interesse bei solcher Art von Angelegenheiten immer mitbringen, man ihnen sagt: „Aber, da Ihr uns jedoch nicht Alles gebt, was wir von Euch fordern, so wollen wir davon gehen, und wir wollen, durch unsern Einfluss, durch Einwirkungen, die wohl bekannt sind, und in der Gleichheit der Interessen und in der Kameradschaft wurzeln, alle anderen Arbeiter der anderen Werkstätten bestimmen, das Arbeiten einzustellen.“ Wenn ich dies höre, so frage ich mich, worin das Vergehen liegt; — denn in dieser Versammlung kann es, wie es mir scheint, bei einer solchen Frage nicht eine sogenannte systematische Majorität oder Minorität geben. Alle wollen wir Vergehungen Einhalt thun; Alle streben wir dahin, dass in dem Strafgesetzbuch nicht eingebildete, vermeintliche Vergehungen aufgestellt werden, um das Vergnügen zu haben, zu strafen. Ich frage mich, worin das Vergehen liegt. Liegt es in der Verbindung, — in dem Nichtarbeiten, — in dem Einfluss, auf den man anspielt? Man sagt: Die Verbindung selbst begründet das Vergehen. Ich gestehe, ich kann diese Doctrin nicht zulassen, denn das Wort Verbindung ist mit Verein gleichbedeutend; es hat dieselbe Abstammung, denselben Sinn. Die Verbindung, abgesehen von dem Ziel, welches sie sich setzt, von den Mitteln, welche sie anwendet, kann nicht als ein Vergehen betrachtet werden, und der Herr Berichterstatter fühlt dies selbst, denn auf die Frage des Herrn Morin, ob die Arbeiter mit den Arbeitgebern über die Löhne verhandeln könnten, erwiederte ihm der ehrenwerte Herr von Vatismenil: „Gewiss können sie das; sie können einzeln, oder alle zusammen zu ihnen kommen, Commissionen ernennen.“ Nun, um Commissionen zu ernennen, muss man sich gewiss verständigen, sich verabreden, sich vereinigen; man muss eine Verbindung machen. Um es bestimmt auszusprechen, in der Thatsache der Verbindung selbst liegt also das Vergehen

nicht. Indessen, man möchte es hineinlegen, und sagt: „Es muss ein Anfang der Ausführung darin liegen.“ Kann aber der Anfang der Ausführung einer unschuldigen Handlung diese Handlung zu einer strafbaren machen? Ich glaube es nicht. Wenn eine Handlung an sich schlecht ist, so ist es gewiss, dass das Gesetz sie nur in so weit treffen kann, als ein Anfang der Ausführung stattgefunden hat. Ich behaupte sogar: Eben der Anfang der Ausführung bringt die Handlung zur Existenz. Was Ihr sagt, kommt dagegen darauf hinaus: „Das Ueberlegen ist ein Vergehen, aber es wird nur ein Vergehen, sobald man anfängt, zu überlegen.“ Herr von Vatismenil erkennt selbst an, dass man nicht die Absicht haben kann, dem Gedanken einer strafbaren Handlung nachzuspüren. Wenn nun die Handlung an sich unschuldig ist, und sich durch unschuldige Thatsachen zeigt, so ist es klar, dass dies nicht straffällig macht, und ihre Natur niemals verändern kann. Was versteht man denn nun mit den Worten „Anfang der Ausführung?“ Eine Verbindung kann hervortreten, kann anfangen ausgeführt zu werden auf tausend verschiedene Arten. Aber nein, man denkt nicht an diese tausend Arten, man hat nur das Feiern im Sinn. In diesem Fall, wenn das Feiern nothwendig der Anfang der Ausführung der Verbindung ist, dann spricht es doch aus, dass das Feiern an sich ein Vergehen ist; straft doch das Feiern; spricht es aus, dass das Feiern bestraft werden soll; dass jeder, der sich weigert, für einen Lohn, der ihm nicht zusagt, zu arbeiten, bestraft werden soll. Dann wird Euer Gesetz aufrichtig sein. Kann man aber mit gutem Gewissen zugestehen, dass das Feiern an und für sich, abgesehen von den Mitteln, die man dabei anwendet, ein Vergehen sei? Hat ein Mensch nicht das Recht sich zu weigern, seine Arbeit für einen Preis, der ihm nicht zusagt, zu verkaufen? Man wird mir erwiedern: Das ist alles wahr, wenn es sich von einem einzelnen Menschen handelt, aber es ist nicht wahr, wenn es sich von Menschen handelt, die unter einander verbunden sind. Aber, Ihr Herren, eine Handlung, welche an sich unschuldig ist, ist nicht verbrecherisch, weil sie sich durch eine gewisse Anzahl von Menschen vervielfältigt. Wenn eine Handlung an sich schlecht ist, so begreife ich, dass, wenn diese Handlung von einer gewissen Anzahl von Individuen geschehen ist, man sagen könnte, dass darin eine Erschwerung läge; aber wenn sie an sich selbst unschuldig ist, so kann sie nicht strafbar werden, weil sie die That einer grossen Anzahl von Individuen ist. Ich begreife daher nicht, wie man sagen kann, dass das Feiern strafbar ist. Wenn ein Mensch das Recht hat, zu einem andern zu sagen: „Ich will unter der und der Bedingung nicht arbeiten,“ so haben zwei oder dreitausend Menschen dasselbe Recht; sie haben das Recht, davon zu gehen. Dies ist ein natürliches Recht, welches auch ein gesetzliches Recht sein sollte. Indessen fühlt man

ein Bedürfniss, einen Schein von Schuld auf das Feiern zu werfen, und wie nimmt man sich nun? Man schiebt in Parenthese die Worte ein: „Da ihr uns nicht gebt, was wir von Euch verlangen, so wollen wir davongehen; wir wollen, durch die Einwirkungen, die wohl bekannt sind, und die in der Gleichheit der Interessen, in der Kameradschaft wurzeln. . . .“ Da haben wir also das Vergehen; die wohlbekannten Einwirkungen, die Gewaltanwendungen, die Einschüchterungen; darin liegt das Vergehen; das ist es, was Ihr treffen müsst. Nun wohl, das ist es, was das Amendement des ehrenwerthen Herrn Morin trifft. Wie könntet Ihr ihm Eure Zustimmung versagen? Aber man bringt uns eine andere Reihe von Argumenten, und sagt so: „Die Verbindung trägt zwei Merkmale an sich, weshalb sie den Vergehen beigezählt werden kann; die Verbindung an sich ist tadelnswerth, und ferner bringt sie verderbliche Folgen hervor, verderbliche für den Arbeiter, verderbliche für den Arbeitgeber, verderbliche für die ganze Gesellschaft.“ Zunächst, dass die Verbindung tadelnswerth sei, so ist dies gerade der Punkt, worüber man nicht einig ist, quod erat demonstrandum, was man beweisen muss; sie ist tadelnswerth nach Maassgabe des Zwecks, den sie sich setzt, und besonders nach Maassgabe der Mittel, die sie anwendet. Wenn die Verbindung sich auf die Kraft der Trägheit, auf die Passivität beschränkt, wenn die Arbeiter sich verabreden, sich verständigt haben und sagen: Wir wollen unsere Waare, welche Arbeit ist, nicht zu diesem Preise verkaufen, wir wollen einen andern Preis, und wenn Ihr diesen verweigert, so wollen wir nach Hause gehen, oder anderswo Arbeit suchen, — so scheint es mir, dass man unmöglich sagen kann, darin läge eine tadelnswerthe Handlung. Aber Ihr behauptet, dass dieselbe verderblich wäre. Hier glaube ich nun, trotz der Achtung, die ich dem Talent des Herrn Berichterstatters zolle, dass er auf eine mindestens sehr verworrene Schlussfolgerung gekommen ist. Er sagt: Das Feiern ist für den Arbeitgeber nachtheilig, denn es ist eine ärgerliche Sache für den Arbeitgeber, dass einer oder mehrere Arbeiter abgehen. Dies schadet seinem Geschäft, so dass der Arbeiter die Freiheit des Arbeitgebers angreift, und folglich den Artikel 13 der Verfassung. In der That, das ist eine vollständige Umkehrung der Begriffe. Was! ich stehe einem Arbeitgeber gegenüber, wir verhandeln über den Preis, der, welchen er mir bietet, sagt mir nicht zu, ich wende durchaus keine Gewalt an, ich gehe fort — und Ihr sagt, dass ich es bin, der die Freiheit des Arbeitgebers angreift, weil ich seinem Geschäft schade! Beachtet, dass das, was Ihr ausspricht, nichts Anderes ist, als die Sklaverei. Denn wer ist ein Sklave, wenn es nicht der Mensch ist, welcher durch das Gesetz gezwungen wird, unter Bedingungen, die er zurückweist, zu arbeiten? Ihr verlangt, dass das Gesetz dazwischen tritt, weil ich das Eigenthum des Arbeitgebers verletze; seht Ihr denn

nicht, dass im Gegentheil, der Arbeitgeber das meinige verletzt? Wenn er das Gesetz dazwischen treten lässt, damit sein Wille mir aufgedrängt wird, wo ist dann die Freiheit, wo ist dann die Gleichheit? Sagt nicht, dass ich Eure Schlussfolgerung entstelle, denn sie liegt ganz vollständig in dem Bericht und in Euren Reden. Ihr sagt ferner, dass die Arbeiter, wenn sie sich verbinden, sich selbst schaden, und deshalb behauptet Ihr, das Gesetz müsse das Feiern hindern. Ich stimme Euch bei, dass in den meisten Fällen die Arbeiter sich selbst schaden. Aber deshalb eben möchte ich, dass sie frei wären, weil die Freiheit sie lehren würde, dass sie sich selbst schaden; und Ihr folgert hieraus, das Gesetz müsste dazwischen treten und sie an die Werkstatt fesseln. Aber Ihr lasst das Gesetz eine sehr weite und sehr gefährliche Bahn betreten. Alle Tage klagt Ihr die Socialisten an, dass sie das Gesetz sich in Alles einmischen lassen wollen, dass sie die persönliche Verantwortlichkeit vernichten wollen. Alle Tage beschwert Ihr Euch, dass allenthalben, wo es ein Uebel, ein Leiden, einen Schmerz giebt, der Mensch unaufhörlich das Gesetz und den Staat zu Hülfe ruft. Ich für meinen Theil will nicht, dass, weil ein Mensch feiert und deshalb einen Theil seiner Ersparnisse verzehrt, das Gesetz ihm sagen kann: „Du sollst in dieser Werkstatt arbeiten, obgleich man Dir nicht den Preis, den Du verlangst, bewilligt.“ Diese Theorie lasse ich nicht gelten. Endlich sagt Ihr, dass es der ganzen Gesellschaft schadet. Es ist kein Zweifel, dass es der Gesellschaft schadet; aber das ist dieselbe Schlussfolgerung; ein Mensch glaubt, dass wenn er mit Arbeiten aufhört, er in acht oder zehn Tagen einen höheren Lohn erhalten wird; dies ist ohne Zweifel ein Verlust von Arbeit für die Gesellschaft, aber was wollt Ihr thun? Wollt Ihr, dass das Gesetz gegen Alles Hülfe schafft? Das ist unmöglich; dann müsste man sagen, wenn ein Kaufmann, um seinen Kaffee, seinen Zucker zu verkaufen, bessere Zeiten abwartet, so schadete er der Gesellschaft; man müsste dann immer das Gesetz, immer den Staat anrufen! Man hatte gegen den Commissions-Entwurf einen Einwurf gemacht, von dem es mir scheint, dass man ihn sehr leicht, zu leicht behandelt hat, denn er ist sehr ernst. Man hatte gesagt: Wovon handelt es sich? Es sind Arbeitgeber auf der einen Seite, und Arbeiter auf der andern; es handelt sich von Bestimmung des Lohns. Da sich der Lohn durch das natürliche Spiel des Angebots und der Nachfrage regulirt, so muss man offenbar wünschen, dass Nachfrage und Angebot gleich frei, oder, wenn Ihr wollt, gleich gebunden sind. Hierzu giebt es nur zwei Mittel: entweder muss man die Verbindungen ganz frei lassen, oder sie gänzlich unterdrücken. Man wendet Euch ein, — und Ihr gesteht es zu — dass es mit Eurem Gesetz ganz unmöglich ist, das billige Gleichgewicht zu halten, dass die Verbindungen der Arbeiter, die sich immer nach einem sehr grossen Fuss und am hellen Tage

bilden, sehr viel leichter zu treffen sind, als die Verbindungen der Arbeitgeber. Ihr gesteht die Schwierigkeit ein; aber Ihr fügt sogleich hinzu: Das Gesetz befasst sich nicht mit diesen Einzelfällen. — Ich antworte, es muss sich damit befassen. Wenn das Gesetz einem vermeintlichen Vergehen nur dadurch Einhalt thun kann, dass es gegen eine ganze Klasse von Bürgern die schreiendste und grösste Ungerechtigkeit begeht, so muss es sich damit befassen. Es giebt tausend ähnliche Fälle, wo es sich damit befasst. Ihr gesteht selbst zu, dass unter der Herrschaft Eurer Gesetzgebung Angebot und Nachfrage nicht mehr Eins gegen Eins stehen, da die Verbindung der Arbeitgeber doch nicht betroffen werden kann; und das ist klar: zwei, drei Arbeitgeber, die zusammen beim Frühstück sitzen, machen eine Verbindung. Niemand weiss davon. Die Verbindung der Arbeiter wird immer betroffen werden, da sie am hellen Tage geschlossen wird. Da nun die Einen Eurem Gesetz entchlüpfen und die Anderen ihm nicht entchlüpfen, so ist das nothwendige Resultat desselben, dass es auf das Angebot und nicht auf die Nachfrage drückt, dass es, wenigstens in so weit, als es wirkt, auf den natürlichen Satz der Löhne nachtheilig einwirkt, und zwar in systematischer und dauernder Weise. Das kann ich nun nicht gutheissen. Ich sage, da Ihr nicht ein Gesetz machen könnt, welches für alle betheiligten Interessen gleichmässig anwendbar ist, da Ihr ihnen nicht die Gleichheit geben könnt, so gebt ihnen die Freiheit, welche zu gleicher Zeit die Gleichheit in sich schliessen wird. Aber wenn die Gleichheit in dem Commissions-Entwurf nicht als Resultat erreicht werden konnte, ist sie wenigstens auf dem Papier? Ja, ich glaube und ich bin überzeugt, dass die Commission sich sehr bemüht hat, wenigstens die scheinbare Gleichheit zu erlangen. Es ist ihr indessen noch nicht gelungen; und um sich hiervon zu überzeugen, genügt es, den Artikel 414 mit dem Artikel 415, denjenigen, welcher sich auf die Arbeitgeber, mit demjenigen, welcher sich auf die Arbeiter bezieht, zu vergleichen. Der erstere ist ausserordentlich einfach; man kann sich dabei nicht täuschen; die Justiz, wenn sie einschreitet, — der Verbrecher, wenn er sich vertheidigt, — sie werden vollkommen wissen, woran sie sich zu halten haben. „Es soll bestraft werden . . . , 1. jede Verbindung zwischen denjenigen, welche Arbeiter beschäftigen, die zum Zweck hat, die Herabsetzung des Lohns zu erzwingen, wenn ein Versuch oder Anfang der Ausführung stattgefunden hat.“ Ich lenke Eure Aufmerksamkeit auf das Wort erzwingen, welches für die Vertheidigung der Arbeitgeber einen weiten Spielraum eröffnet: Es ist wahr, werden sie sagen, dass wir zwei oder drei uns vereinigt haben; wir haben Maassregeln ergriffen, um das Sinken der Löhne hervorzubringen, aber wir haben nicht versucht, es zu erzwingen. — Dies ist ein sehr bedeutungsvolles Wort, welches sich nicht in dem folgenden Artikel findet.

Der folgende Artikel ist in der That äusserst elastisch; er umfasst nicht eine einzelne That, er umfasst eine sehr grosse Anzahl davon. „Jede Verbindung von Arbeitern, um gleichzeitig die Arbeiten einzustellen, um das Arbeiten in den andern Werkstätten zu verbieten, um zu verhindern, dass man sich vor oder nach bestimmten Stunden dahin begiebt, und überhaupt, um die Arbeiten auszusetzen, zu verhindern, zu vertheuern (erzwingen steht nicht dort), wenn ein Versuch oder Anfang der Ausführung stattgefunden hat, u. s. w.“ Und wenn man sagen wollte, ich bekrittelt das Wort erzwingen, so würde ich die Aufmerksamkeit der Commission auf die Wichtigkeit hinlenken, welche sie selbst diesem Wort beigelegt hat. In dem Wunsch, wenigstens auf dem Papier zu einer gewissen Gleichheit zu gelangen, da es in der Wirklichkeit unmöglich ist, hatte die Commission zwei Wege einzuschlagen hinsichtlich der im Artikel 414 enthaltenen Ausdrücke ungerechter und missbräuchlicher Weise. Offenbar musste man entweder im Artikel 414 diese Worte, welche ein sehr weites Feld für die Vertheidigung der Arbeitgeber eröffnen, beseitigen, oder sie in den Artikel 415 hineinbringen, um dieselbe Thür den Arbeitern zu öffnen. Die Commission hat die Beseitigung der Worte ungerechter und missbräuchlicher Weise vorgezogen. Worauf hat sie sich dabei gestützt? Sie hat sich gerade darauf gestützt, dass, unmittelbar nach diesen Worten, das Wort erzwingen kam, und dies Wort, welches auf einer einzigen Seite ihres Berichtes fünfmal unterstrichen ist, beweist, dass sie ein grosses Gewicht darauf legt. Aber sie hat sich darüber sehr bestimmt ausgesprochen; sie sagt: „Wenn eine Verabredung von Maassregeln, welche den Gesetzen entgegen sind, zu Stande gekommen ist, um die Herabsetzung der Löhne zu erzwingen, so ist dies unmöglich zu rechtfertigen. Eine solche Handlung ist nothwendig ungerecht und missbräuchlich; denn eine Herabsetzung der Löhne erzwingen, heisst durch einen ebenso unerlaubten als der Humanität zuwiderlaufenden Vertrag eine solche Herabsetzung der Löhne herbeiführen, welche aus den gewerblichen Verhältnissen und der freien Concurrenz nicht hervorgegangen sein würde; woraus folgt, dass die Anwendung der Worte ungerechter und missbräuchlicher Weise gegen den gesunden Menschenverstand verstösst.“ Also, wie hat man die Fortschaffung der Worte ungerechter und missbräuchlicher Weise gerechtfertigt? Man hat gesagt: Das ist ein Pleonasmus; das Wort erzwingen ersetzt das alles. Aber, Ihr Herren, als es sich von den Arbeitern handelte, hat man nicht mehr das Wort erzwingen gesetzt, und seitdem haben die Arbeiter nicht mehr die glückliche Aussicht für die Vertheidigung; man hat bloss gemacht, dass sie die Löhne nicht mehr vertheuern können, nicht mehr, indem sie ungerechter oder missbräuchlicher Weise die Erhöhung erzwingen, sondern bloss

indem sie sie vertheuren. Darin liegt noch, wenigstens in der Fassung, ein Fehler, eine Ungleichheit, welche sich der noch viel grösseren Ungleichheit, von der ich eben gesprochen habe, anreihet. Das, Ihr Herren, ist das System der Commission, ein System, welches nach meiner Ansicht in jeder Beziehung fehlerhaft ist, theoretisch fehlerhaft, praktisch fehlerhaft, ein System, welches uns in vollkommener Ungewissheit darüber lässt, worin das Vergehen liegt. Liegt es in der Verbindung, liegt es in dem Feiern, liegt es in dem Missbrauch, liegt es in dem Zwang? Davon erfährt man nichts. Ich will sehen, ob der logisch gebildetste Kopf, welcher es auch immer sein mag, entdecken wird, wo die Straflosigkeit anfängt und wo sie aufhört. Ihr sagt mir: „Die Verbindung ist ein Vergehen. Gleichwohl könnt Ihr eine Commission ernennen.“ — Aber ich bin nicht sicher, eine Commission ernennen und Abgeordnete dazu schicken zu können, da Euer Bericht voll Erwägungen ist, aus welchen hervorgeht, dass die Verbindung das Wesen des Vergehens selbst ist. Ich sage ferner, dass, praktisch, Euer Gesetz voll von Ungleichheiten ist; es bezieht sich nicht genau und verhältnissmässig auf die beiden Parteien, deren Antagonismus Ihr aufhören machen wollt. Eine eigenthümliche Weise, den Antagonismus zwischen zwei Parteien aufhören machen wollen, indem man sie auf ungleiche Weise behandelt! Was das System des Herrn Morin betrifft, so werde ich mich nicht lange dabei aufhalten; es ist vollkommen klar, vollkommen lichtvoll; es beruht auf einem unerschütterlichen und von aller Welt zugestandenen Princip: Freiheit beim Gebrauch und Bestrafung beim Missbrauch. Es giebt keine Seele, welche solchem Princip nicht zustimmt. Fragt den Ersten Besten, wen Ihr wollt, ob das Gesetz ungerecht, parteiisch ist, wenn es sich begnügt, der Einschüchterung, der Gewalt Einhalt zu thun? Jedermann wird Euch sagen: Das sind wirkliche Vergehen. Ueberdies werden die Gesetze für die Unwissenden wie für die Gelehrten gemacht. Die Begriffsbestimmung eines Vergehens muss sich des Verständnisses bemächtigen, das Gewissen muss seine Zustimmung dazu geben; wenn man sie liest, muss man sagen: Ja, das ist ein Vergehen. Ihr redet von der Achtung vor den Gesetzen; hierin liegt ein wesentliches Stück von der Achtung vor den Gesetzen. Wie könnt Ihr verlangen, dass man ein unverständiges und unverständliches Gesetz achtet? Das ist unmöglich. Das, was hier vorgeht, scheint mir einige Bedeutung nach der vollkommenen Aehnlichkeit mit demjenigen zu erhalten, was in einem andern Lande, von dem Herr von Vatismenil gestern sprach, vorgegangen ist; nämlich in England, das eine so grosse Erfahrung in Betreff von Verbindungen, von Kämpfen, von Schwierigkeiten dieser Art hat. Ich glaube, dass diese Erfahrung der Mühe lohnt, dass sie um Rath gefragt und auf diese Tribüne gebracht wird. Man hat Euch von den zahlreichen und furcht-

baren Verbindungen gesagt, welche dort seit Abschaffung des Gesetzes oder der Gesetze hervorgetreten sind; aber man hat Euch nichts von denen gesagt, die vorher stattgefunden hatten. Davon hätte man doch auch sprechen sollen; denn, um über zwei Systeme zu urtheilen, muss man sie vergleichen. Vor 1824 war England gepeinigt worden durch so zahlreiche, so schreckliche, so energische Verbindungen, dass man gegen diese Plage sieben und dreissig Statute erlassen hatte, in einem Lande, wo bekanntlich das Alter gewissermassen einen Theil des Gesetzes macht, wo man selbst ungereimte Gesetze achtet, bloss weil sie alt sind. Dies Land muss durch das Uebel sehr gepeinigt und gemartert worden sein, um sich zu entschliessen, Schlag auf Schlag, und in kurzer Zeitfrist sieben und dreissig Statute, eins immer energischer als das andere, zu erlassen. Und nun, wohin hat dies geführt? Man ist dabei nicht zum Ziel gelangt; das Uebel wurde immer schlimmer. Eines schönen Tages sagte man sich: Wir haben viele Systeme versucht, sieben und dreissig Statute gemacht, versuchen wir, ob wir nicht durch ein sehr einfaches Mittel zum Ziel gelangen können, durch Gerechtigkeit und Freiheit. — Ich möchte, dass man diesen Schluss bei vielen Fragen in Anwendung brächte, und man würde finden, dass ihre Lösung nicht so schwierig ist, als man denkt; endlich indessen, bei diesem Fall, hat man diesen Schluss in England in Anwendung gebracht. Also im Jahre 1824 erging ein Gesetz auf den Vorschlag des Herrn Hume, auf einen Vorschlag, welcher dem der Herren Doutre, Greppo, Benoit und Fond ganz ähnlich war: es war die vollständige, gänzliche Aufhebung dessen, was bis dahin bestanden hatte. Die Justiz befand sich nun in England den Verbindungen gegenüber waffenlos, selbst gegen Zwang, gegen Einschüchterungen und gegen Drohungen, Handlungen, welche doch die Verbindung schlimmer machen. Bei solchen Handlungen konnte man nur die auf Drohungen, auf zufällige Streitigkeiten, die auf der Strasse vorkommen, bezüglichen Gesetze anwenden; so dass im folgenden Jahre, 1825, der Justizminister ein besonderes Gesetz verlangte, welches für Verbindungen volle Freiheit liesse, aber die Strafe für gewöhnliche Gewaltthätigkeiten erhöhte: dies ist das ganze System des Gesetzes von 1825. Der Art. 3 sagt: „Es soll bestraft werden mit Gefängniss und Geldbusse u. s. w. . . ., Jeder, welcher durch Einschüchterungen, Drohungen oder Gewaltthätigkeiten . . . , u. s. w.“ Die Worte Einschüchterung, Drohungen und Gewaltthätigkeiten kehren bei jedem Satz wieder. Das Wort Verbindung kommt nicht einmal vor. Und dann kommen zwei andere sehr beachtenswerthe Artikel, welche man wahrscheinlich in Frankreich nicht gelten lassen würde, weil sie in ihrem Wesen die Maxime in sich schliessen: Was das Gesetz nicht verbietet, ist erlaubt. Es heisst dort: „Dieser Strafe sollen nicht verfallen diejenigen, welche sich vereinigt haben, die-

jenigen, welche sich verbunden und auf die Höhe des Lohns einzuwirken gesucht haben, diejenigen, welche mündliche oder schriftliche Uebereinkünfte getroffen haben, u. s. w.“ Endlich ist die weiteste und vollständigste Freiheit ausdrücklich zugestanden. Ich sage, es liegt etwas Analoges in den Verhältnissen, denn das, was die Commission vorschlägt, ist das alte englische System, das der Statute. Der Vorschlag der Herren Doutre und Genossen ist der Vorschlag des Herrn Hume, der Alles abschafft und gar keine Erschwerung anerkennt in Betreff der Gewaltthätigkeiten, welche verabredet sind, obgleich man nicht verkennen kann, dass von einer gewissen Anzahl von Menschen vorher bedachte Gewaltthätigkeiten mehr Gefahr darbieten, als die von Einzelnen auf den Strassen begangenen Gewaltthätigkeiten. Der Vorschlag des ehrenwerthen Herrn Morin endlich entspricht vollkommen demjenigen, welcher in England zu dem definitiven Gesetz von 1825 führte. Nun sagt man Euch: Seit 1825 befindet sich England bei diesem System nicht gut. -- Es soll sich nicht gut dabei befinden? Aber ich, meines Theils, finde, dass Ihr Euch über diese Frage ausspricht, ohne sie gründlich untersucht zu haben. Ich habe England mehrere Male bereist, ich habe eine grosse Anzahl von Manufakturisten über diese Frage befragt. Nun wohl, ich kann versichern, dass ich nie auf einen traf, der es nicht gelobt und der sich nicht sehr zufrieden erklärt hätte, dass England in dieser Sache es gewagt hat, die Freiheit ins Auge zu fassen. Und deshalb vielleicht hat es später in ganz anderen Fragen es auch gewagt, die Freiheit ins Auge zu fassen. Ihr führt die Verbindung von 1832 an, die in der That eine furchtbare Verbindung war; aber man muss sich wohl in Acht nehmen, dass man die Thatsachen nicht isolirt betrachtet. In jenem Jahr war Theurung, das Getreide galt 95 Schilling das Quarter, es war dort Hungersnoth, und diese Hungersnoth dauerte mehrere Jahre . . .

Berichterstatter von Vatismenil. Ich führte die Verbindung von 1842 an.

Bastiat. Es war eine Hungersnoth 1832 und eine andere, stärkere 1842.

Berichterstatter. Ich sprach von der Verbindung von 1842.

Bastiat. Mein Schluss passt noch mehr auf das Jahr 1842. Was geschieht in solchen Zeiten der Theurung? die Einnahmen beinahe der ganzen Bevölkerung dienen dazu, um das Nothwendige zu ihrer Subsistenz anzukaufen. Man kauft nicht Manufakturwaaren, in den Werkstätten wird nicht gearbeitet, man sieht sich genöthigt, viele Arbeiter zu entlassen; es ist eine Konkurrenz der Arbeitskräfte, und die Löhne fallen. Wenn nun ein grosses Fallen der Löhne sich zeigt und sich damit eine schreckliche Hungersnoth vereinigt, so ist es nicht zu verwundern, dass in einem Lande vollkommener Freiheit Verbindungen entstehen. Dies fand in England statt. Hat man deshalb das Ge-

setz abgeändert? keinesweges. Man sah die Ursachen dieser Verbindungen, aber man trat ihnen beherzt entgegen. Man bestrafte die Drohungen, die Gewaltthätigkeiten, allenthalben, wo sie sich zeigten, aber man that nichts Anderes. Man hat Euch ein erschreckendes Bild von diesen Vereinen gegeben und gesagt, dass sie die Tentenz hatten, politisch zu werden. Zu der Zeit, Ihr Herren, von der ich spreche, handelte es sich von einer grossen Frage in England, und diese Frage war noch durch die Zeitumstände, durch die Theurung vergiftet; es war ein Kampf zwischen der industriellen Bevölkerung und den Grundbesitzern, das heisst, der Aristokratie, welche das Getreide so theuer wie möglich verkaufen wollte und deshalb die Einfuhr fremden Getreides verbot. Was geschah? Diese Vereine, welche man gestern drolliger Weise trade-unions nannte, diese Vereine, welche die Verbindungs-Freiheit genossen, da sie sahen, dass alle durch ihre Verbindung angewandten Bemühungen nicht dahin führten, die Lohnsätze zu erhöhen ...

Eine Stimme. Das ist eben schlimm.

Bastiat. Ihr sagt, das wäre schlimm; ich sage im Gegentheil, das ist sehr gut; die Arbeiter merkten, dass der Satz des Lohns nicht von den Arbeitgebern abhängt, sondern von anderen socialen Gesetzen, und sie sagten sich: „Warum sind unsere Löhne nicht in die Höhe gegangen? Der Grund davon ist einfach: weil uns verboten ist, für das Ausland zu arbeiten, oder wenigstens in ausländischem Getreide Zahlung zu empfangen. Es ist also unrecht, dass wir unsere Arbeitgeber anklagen; wir müssen deshalb diese aristokratische Klasse anklagen, die nicht allein den Boden besitzt, sondern auch noch das Gesetz macht, und wir werden nur auf die Löhne Einfluss haben, sobald wir unsere politischen Rechte wieder gewonnen haben werden.“ Wahrlich, Ihr Herren, etwas Ausserordentliches in diesem so einfachen und so natürlichen Benehmen der englischen Arbeiter finden, heisst beinahe auf dieser Tribüne eine Protestation gegen das allgemeine Wahlrecht in Frankreich vorbringen. Danach ergibt sich, dass die englischen Arbeiter durch die Freiheit eine grosse Lehre erhalten haben; sie haben gelernt, dass es nicht von ihren Arbeitgebern abhängt, den Satz der Löhne zu erhöhen oder zu erniedrigen; und in unseren Tagen hat England eben zwei oder drei Jahre durchgemacht, die sehr schwer waren, in Folge der Kartoffelfäule, der schlechten Erndte, der Eisenbahn-Manie, und auch in Folge der Revolutionen, welche Europa durchzogen und seinen industriellen Erzeugnissen die Absatzwege verschlossen haben; niemals hatte es ähnliche Krisen durchgemacht. Indessen gab es keinen Fall einer sträflichen Verbindung und nicht einen einzigen Fall von Gewaltthätigkeit; die Arbeiter haben in Folge ihrer Erfahrung davon abgestanden; das ist ein Beispiel, welches man anführen, und worüber man in unseren Lande nachdenken

kann. Endlich giebt es eine Erwägung, die mir auffällt, und die wichtiger ist, als das Alles; Ihr wollt Achtung vor den Gesetzen und Ihr habt sehr recht; aber man muss nicht das Gefühl der Gerechtigkeit bei den Menschen zerstören. Es liegen hier zwei Systeme vor, das der Commission und das des Herrn Morin. Denkt Euch, dass man nach einander, auf Grund des einen und des andern Systems, Arbeiter vor Gericht stellt. Sehen wir nun, dass Arbeiter auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes über die Verbindungen vor Gericht gestellt wären; sie wissen nicht einmal, was man von ihnen will; sie haben geglaubt, dass sie bis zu einem gewissen Punkt das Recht haben, sich zu vereinigen, sich zu verständigen, und Ihr erkennt dies selbst in einem gewissen Maasse an. Sie sagen: Wir haben unser Vermögen aufgezehrt, wir sind zu Grunde gerichtet; dies ist nicht unsere Schuld, es ist die Schuld der Gesellschaft, die uns quält, der Arbeitgeber, die uns drücken, der Justiz, die uns verfolgt; sie erscheinen vor dem Gericht mit Erbitterung im Herzen, sie treten als Schlachtopfer auf, und nicht allein sie widerstreben, sondern auch diejenigen, welche nicht vor Gericht gestellt sind, sympathisiren mit ihnen; die Jugend, die immer so hitzig ist, die Publicisten stellen sich auf ihre Seite. Glaubt Ihr, dass das für die Justiz des Landes eine sehr schöne, sehr günstige Lage ist? Verfolgt dagegen Arbeiter auf Grund des Systems des Herrn Morin; sie sind dem Gericht vorgeführt und der Procurator der Republik sagt: Wir verfolgen Euch nicht, weil Ihr Euch verbunden habt, das stand Euch vollkommen frei. Ihr habt eine Lohnserhöhung gefordert, wir sagten nichts; Ihr habt Euch darüber verabredet, wir sagten nichts; Ihr habt durch Ueberredung auf Eure Kameraden zu wirken gesucht, wir sagten nichts. Aber Ihr habt Waffen, Gewalt, Drohung angewendet; wir haben Euch vor Gericht gestellt. Der Arbeiter, welchen Ihr so verfolgt, wird das Haupt sinken lassen, weil er das Gefühl seines Unrechts haben und anerkennen wird, dass die Justiz seines Landes unparteiisch und gerecht gewesen ist. Ich will schliesen, Ihr Herren, mit einer anderen Betrachtung, und das ist diese: Nach meiner Ansicht werden gegenwärtig unter den arbeitenden Klassen eine Menge Fragen verhandelt, wobei nach meiner innigsten und festesten Ueberzeugung die Arbeiter im Irrthum sind, und ich lenke Eure Aufmerksamkeit auf diesen Punkt: jedesmal, sobald eine Revolution in einem Lande ausbricht, in welchem es mehrere rangweise über einander geordnete Klassen giebt, und wo die erste Klasse sich gewisse Privilegien beigelegt hatte, da kommt die zweite heran; sie hatte natürlich das Gefühl für Recht und Gerechtigkeit angerufen, um sich durch die anderen helfen zu lassen. Die Revolution erfolgt; die zweite Klasse kommt heran. Ebenso die dritte, ebenso die vierte. Alles das ist ärgerlich, aber es ist immer möglich, so weit es unten eine Klasse giebt, welche die

Kosten dieser Privilegien, worüber man sich streitet, tragen kann. Aber dahin ist es gekommen, dass mit der Februar-Revolution die ganze Nation, das ganze Volk bis in die untersten Massen herangekommen ist, oder durch die Wahl, durch das allgemeine Wahlrecht dahin kommen kann, sich selbst zu regieren. Und nun, durch einen Geist der Nachahmung, den ich beklage, der mir aber ziemlich natürlich erscheint, hat es gedacht, dass es seine Leiden heilen könnte, indem es sich auch Privilegien begründet, denn ich betrachte das Recht auf Kredit, das Recht auf Arbeit und viele andere Ansprüche als wirkliche Privilegien. Und in der That, Ihr Herren, sie könnten ihm bewilligt werden, wenn es unter ihm, oder in seinem Bereich eine andere, noch zahlreichere Klasse gäbe, dreihundert Millionen Chinesen z. B., welche die Kosten davon tragen könnten. So etwas existirt nun nicht; und eben deshalb würden die Männer des Volks sich einander jedes dieser Privilegien ohne denkbaren Vortheil für sich vermittelt eines complicirten Apparats bezahlen, und vielmehr noch den ganzen durch den Apparat verursachten Verlust über sich nehmen. Nun wohl, die gesetzgebende Versammlung wird berufen sein können zum Kampf gegen diese Ansprüche, die sie nicht zu leicht behandeln darf, weil dieselben, aller Hindernisse ungeachtet, ernst gemeint sind. Ihr werdet genöthigt sein, sie zu bekämpfen. Wie würdet Ihr sie mit Vortheil bekämpfen, wenn Ihr die arbeitende Klasse zurückweist, wo sie nur Vernünftiges verlangt; wo sie rein und einfach Gerechtigkeit und Freiheit verlangt? Ich glaube, dass Ihr eine grosse Stärke erlangen werdet, wenn Ihr hier einen Beweis von Unparteilichkeit gebt; Ihr werdet besser Gehör finden, Ihr werdet als Beschützer aller Klassen, und besonders dieser Klasse, betrachtet werden, wenn Ihr Euch vollkommen unparteiisch und gerecht gegen sie zeigt. Kurz, ich verwerfe den Commissions-Entwurf, weil er nur ein Compromiss ist, und das Charakteristische jedes Compromisses hat, nämlich Schwäche und Ungerechtigkeit. Ich unterstütze den Vorschlag des Herrn Morin, weil er sich auf ein Prinzip stützt; und nur Prinzipien besitzen die Macht, die Gemüther zu befriedigen, die Herzen zu gewinnen und sich mit den Gewissen in Einklang zu setzen. Man hat uns gesagt: Wollt Ihr denn die Freiheit durch eine platonische Liebe der Freiheit verkündigen? Was mich betrifft, so antworte ich: Ja. Die Freiheit kann den Nationen einige Erprobungen vorbehalten, aber sie allein klärt sie auf, erhebt sie und fördert sie moralisch. Ohne Freiheit, giebt es nur Unterdrückung, und, beachtet es wohl, Ihr Freunde der Ordnung, die Zeit ist vorbei, wenn sie jemals da war, wo man auf Unterdrückung die Eintracht der Klassen, die Achtung vor den Gesetzen, die Sicherheit der Interessen und die Ruhe der Völker gründen kann.

In den Preussischen Gesetzen finde ich für die Arbeitgeber nur folgende Strafandrohung — die aber vielleicht noch niemals zur Anwendung gekommen ist:

Gewerbetreibende, welche ihre Gehülfen, Gesellen oder Arbeiter, oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, dass sie sich mit einander verabreden, die Ausübung des Gewerbes einzustellen, oder die ihren Anforderungen nicht nachgebenden Gehülfen, Gesellen oder Arbeiter zu entlassen oder zurückzuweisen, ingleichen diejenigen, welche zu einer solchen Verabredung Andere auffordern, sollen mit Gefängniss bis zu einem Jahre bestraft werden (Gewerbeordnung §. 181).

Was die zahlreichen Strafandrohungen für Arbeiter betrifft, so scheint zwar die Vorschrift:

Die Bildung von Verbindungen unter Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehülfen oder Lehrlingen ohne polizeiliche Erlaubniss ist, sofern nach den Kriminalgesetzen keine härtere Strafe eintritt, an den Stiftern und Vorstehern mit Geldbusse bis zu 50 Thalern oder Gefängniss bis zu 4 Wochen, an den übrigen Theilnehmern mit Geldbusse bis zu 20 Thalern oder Gefängniss bis zu 14 Tagen zu ahnden (ebend. §. 183), durch Artikel 30 der Verfassung und die Verordnung über die Verhütung eines, die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Missbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850 ihre Bedeutung verloren zu haben. Dagegen ist wohl nicht zu zweifeln, dass folgende Vorschriften noch in Geltung sind:

Gehülfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche entweder die Gewerbetreibenden selbst, oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, dass sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Gewerbetreibenden verabreden, oder zu einer solchen Verabredung Andere auffordern, sollen mit Gefängniss bis zu einem Jahre bestraft werden. Diese Bestimmung ist auch anzuwenden auf Arbeiter, welche bei Berg- und Hüttenwerken, Landstrassen, Eisenbahnen, Festungsbauten und anderen öffentlichen Anlagen beschäftigt sind (ebend. §. 182). Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter, welche ohne gesetzliche Gründe eigenmächtig die Arbeit verlassen, oder ihren Verrichtungen sich entziehen, oder sich

groben Ungehorsams oder beharrlicher Widerspenstigkeit schuldig machen, sind mit Geldbusse bis zu 20 Thalern oder Gefängniss bis zu 14 Tagen zu bestrafen (ebend. §. 184).

Noch weiter geht das Gesetz, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter, vom 24. April 1854:

Gesinde, welches hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zu seiner Aufsicht bestellten Personen sich zu Schulden kommen lässt, oder ohne gesetzmässige Ursache den Dienst versagt oder verlässt, hat auf den Antrag der Herrschaft, unbeschadet deren Rechts zu seiner Entlassung, Geldstrafe bis zu 5 Thalern oder Gefängniss bis zu 3 Tagen verwirkt. Diese Bestimmungen finden auch Anwendung: a. auf die bei Stromschiffen in Dienst stehenden Schiffsknechte, b. auf das Verhältniss zwischen den Personen, welche von den zu Diensten verpflichteten bäuerlichen Besitzern zur Verrichtung dieser Dienste gestellt werden, und den Dienstberechtigten oder den von ihnen bestellten Aufsehern, c. auf das Verhältniss zwischen dem Besitzer eines Landgutes oder einer andern Acker- oder Forstwirthschaft, so wie den von ihm zur Aufsicht über die Wirthschaftsarbeiten bestellten Personen und solchen Dienstleuten, welche gegen Gewährung einer Wohnung in den ihm gehörigen oder auf dem Gute befindlichen Gebäuden und gegen einen im Voraus bestimmten Lohn, Behufs der Bewirthschaftung angenommen sind (Instleute, herrschaftliche Tagelöhner, Einlieger, Kathenleute u. dergl.), d. auf das Verhältniss zwischen solchen Handarbeitern, welche sich zu bestimmten land- oder forstwirthschaftlichen Arbeiten, wie z. B. Erndte-Arbeiten auf Acker und Wiese, Meliorationsarbeiten, Holzschlagen u. s. w. verdungen haben, und dem Arbeitsgeber oder den von ihm bestellten Aufsehern. Gesinde, Schiffsknechte, Dienstleute oder Handarbeiter der ad a. b. c. d. bezeichneten Art, welche die Arbeitsgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, dass sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitsgebern verabreden, oder zu einer solchen Verabredung Andere auffordern, haben Gefängniss bis zu einem Jahre verwirkt.

Die Herrschaften, die Gutsbesitzer, die von diesen bestellten Aufseher, die Stromschiffer, die Arbeitsgeber, sind in diesem Gesetz mit Strafen nicht bedroht. Es ist auch wohl nicht auf alle diese Personen der §. 181 der Gewerbeordnung anwendbar, da derselbe nur Gewerbetreibende mit Strafe bedroht.

In einer Verabredung der Arbeitgeber, um den Lohn herabzusetzen, scheint die Regierung, wenigstens früher, etwas Unrechtes nicht gefunden zu haben. Denn der erste Brandenburgische Landtagsabschied vom 17. August 1825 sagt, die Herabsetzung des Lohns des Gesindes und der Tagelöhner und des Arbeitslohns einiger Handwerker könne nicht Gegenstand der Gesetzgebung sein, sondern müsse „lediglich Privat-Vereinbarungen überlassen werden, welche auf Kreis-Kommunal-Landtagen zu treffen, den Ständen unverwehrt bleibt.“ Und in dem zweiten Brandenburgischen Landtagsabschied vom 30. December 1827 heisst es:

„Die von den Regierungen zu Potsdam und Frankfurt verweigerte Genehmigung der Kreistags-Beschlüsse über Herabsetzung der Tage-, Handwerks- und Gesindelöhne betreffend, so geben Wir Unsern getreuen Ständen zuvörderst zu erwägen, wie die den Kreisständen im §. 3 der Kreistags-Ordnung verliehene Befugniß:

sämmtliche Kommunen und Individuen des Kreises ohne Rücksprache mit denselben zu vertreten, und Namens derselben verbindende Erklärungen abzugeben,

niemals über die Grenzen des denselben im §. 1 dieses Gesetzes angewiesenen Geschäftskreises ausgedehnt werden dürfe, und dass mithin dieselbe auf die wegen Herabsetzung des Tage-, Handwerks- und Gesindelohnes zu treffenden Abkommen um so weniger Anwendung finden konnten, als Wir diese Angelegenheit im Landtags-Abschiede vom 17. August 1825 ausdrücklich auf Kreistagen zu treffenden Privat-Vereinbarungen, die im Gegensatze von, alle Kreis-Eingesessenen verbindenden Kreistags-Beschlüssen nur diejenigen, welche denselben beitreten, verbinden können, überwiesen und mithin der allgemein verbindlichen Kreistags-Beschliessung entzogen haben. Hierbei haben Wir daher nicht missbilligen können, wenn die erwähnten Regierungen jenen Beschlüssen, insofern sie alle Kreis-Eingesessenen und nicht bloß die, welche denselben für sich oder in speciellem Auftrage ihrer Com-

mittenten beigetreten waren, verbinden sollten, die Zustimmung verweigert haben.“

Findet man in einer Verabredung der Arbeitgeber, um den Lohn herabzusetzen, nichts Unrechtes, so kann man auch in einer Verabredung der Arbeiter, um den Lohn zu erhöhen, etwas Unrechtes nicht finden. Indessen wird man Mill (I. S. 381) doch beitreten müssen, wenn er meint, man dürfe wohl in Zweifel stellen, ob, ausser unter den Armen selbst, in irgend welcher Klasse der Gesellschaft je ein aufrichtiges und ernstliches Verlangen bestanden habe, dass der Arbeitslohn hoch sein möge. Es habe ein bedeutendes Verlangen danach sich kundgegeben, die Armensteuer zu ermässigen, aber wenn dies geschehen, seien die Meisten ganz zufrieden, dass es den arbeitenden Klassen nicht zu gut gehe. Beinahe alle, die nicht selbst Arbeiter sind, seien Arbeitgeber, und als solchen sei es ihnen nicht leid, ihre Waare wohlfeil zu erhalten.



In demselben Verlage erschien:

Statistische Tafel aller Länder der Erde.

Von

Otto Hübner.

Enthält:

Größe, Regierungsform, Staats-Oberhaupt, Bevölkerung, Ausgaben, Schulden, Papiergeld, und Banknotenumlauf, Stehendes Heer, Kriegs- und Handelsflotte, Ein- und Ausfuhr, Zolleinnahmen, Haupt-Erzeugnisse, Münze und deren Silberwerth, Gewicht, Ellenmaaß, Hohlmaaß für Wein und Getreide, Eisenbahnen, Telegraphen, Hauptstädte und die wichtigsten Orte aller Länder der Erde.

Siebente verbesserte und vermehrte Auflage der deutschen Ausgabe.

1857. Preis 4 Ngr.

-
- Horn, Das Creditwesen in Frankreich.** 20 Ngr.
- Hübner, O., Die Banken.** Enthält: a) Die Geschichte und Statistik der bestehenden Banken. b) Die Geschichte und Theorie des Bankwesens. 3 Thlr.
-
- **Jahrbuch für Volkswirthschaft und Statistik.** Fünfter Jahrgang. 2½ Thlr.
-
- do. Dritter und vierter Jahrgang à 2 Thlr.
-
- **Die Irrthümer des Schutzsystems.** Rede des Herrn Thiers und Beleuchtung derselben. 15 Ngr.
-
- **Statistical survey of all nations.** 10 Ngr.
-
- **Tableau statistique universel.** 6 Ngr.
- Die Zolltarife aller Länder.** Gesammelt, übersetzt, geordnet von Otto Hübner. Mit Angaben des Silberwerthes der verschiedenen Zollwährungen in Thalern und Gulden, mit Berechnung der fremden Maasse und Gewichte in österreichische, preussische, bairische Maasse und deutsches Zollgewicht, und mit einer vergleichenden Tafel der wichtigsten Zollsätze der grösseren Handelsstaaten. 3 Thlr.
- Bodemer, Dr. H., Die Wirkungen der Creditpapiere** in Bezug auf die Vermehrung der Banken in Deutschland. 16 Ngr.
- Friedrich Bastiat's Schriften.** Enthält: 1) Was man sieht und was man nicht sieht, oder die politische Oekonomie in Einer Lektion. 2) Frieden und Freiheit, oder das Budget. 3) Der Krieg gegen die Lehrstühle der politischen Oekonomie. Uebersetzt von Dr. C. J. Bergius. 15 Ngr.
- Ellis, Elementargrundsätze der Volkswirthschaft.** 2. Aufl. 18 Ngr.
- Wiese, H. C., Brothriefe, oder Rhapsodien über Restauration des Grundeigenthums und der Landwirthschaft.** Eleg. brosch. 1 Thlr. 6 Ngr.

In deutschen Verlage erschienen:

Statistische Tabellen aller Länder der Erde

von

Otto Hüner

Leipzig:

Verlag von Otto Hüner, Leipzig. Die Tabellen sind in 10 Bänden erschienen. Jeder Band enthält eine Reihe von Tabellen, die die statistischen Daten aller Länder der Erde enthalten. Die Tabellen sind in 10 Bänden erschienen. Jeder Band enthält eine Reihe von Tabellen, die die statistischen Daten aller Länder der Erde enthalten.

Ständige perbesserte und vermehrte Auflage der besten Ausgabe.
1857. Preis 4 Ngr.

Dessau.

Druck von Gebrüder Katz.

Hüner, O. Die Banken. (Leipzig: O. Hüner, 1857.) Die Geschichte und Theorie der Banken. 3 Tbl. 3 Ngr.

Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik. (Leipzig: O. Hüner, 1857.) 2 1/2 Tbl. 3 Ngr.

Die Politik und vieler Jahrgang. 2 Tbl. 3 Ngr.

Die Irrthümer des Schatzsystems. Rede des Herrn Thiers und Bezeichnung derselben. 15 Ngr.

Statistical survey of all nations. 10 Ngr.

Tablons statistique universel. 8 Ngr.

Die Kolonien aller Länder. Gesamtzahl, Übersicht, Verzeichniss von Otto Hüner. Mit Angaben des Silberwerthes der verschiedenen Kolonien, Währungen in Thaler und Gulden, mit Beschreibung der fremden Massen und Gewichte in österreichischen, preussischen, bairischen Massen und deutschen Kolonialwährungen, und mit einer vergleichenden Tafel der wichtigsten Kolonien der grossen Handelsstaaten. 3 Tbl. 10 Ngr.

Bödenker, Dr. H. Die Wirkungen der Creditpolitik in Bezug auf die Vermehrung der Banken in Deutschland. 10 Ngr.

Kritisch statistische Aufsätze. (Leipzig: O. Hüner, 1857.) 1) Was man nicht und was man nicht nicht, über die politische Ökonomie in einer Reihe. 2) Was man nicht nicht, über die politische Ökonomie in einer Reihe. 3) Was man nicht nicht, über die politische Ökonomie in einer Reihe. 15 Ngr.

Die Elementargrundsätze der Volkswirtschaft. 2. Aufl. 18 Ngr.

Die Elementargrundsätze der Volkswirtschaft. (Leipzig: O. Hüner, 1857.) 1. Aufl. 18 Ngr.

Bergius, Carl Julius, 1804-1871

Die preussischen Gewerbe Gesetze

Leipzig 1857

J.germ. 10 h

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10550654-6